



9. August 1926

LUDWIG QUESSEL · DIE HINTERGRÜNDE DER WÄHRUNGSKRISE FRANKREICHS

KAUM jemals wohl hat ein Land, das selbst von einer schweren Wirtschaftskrise heimgesucht wird, mit so großem Interesse die ökonomischen Schwierigkeiten eines andern Landes verfolgt wie Deutschland die Nöte Frankreichs in den Tagen des Francsturzes. Dieses Interesse für die Währungsnot Frankreichs rührt zweifellos zu einem guten Teil daher, daß der deutsche Zuschauer, der seinerzeit den Markzusammenbruch, sei es als Verlierer seiner Ersparnisse sei es als Geschädigter an seinem Arbeitseinkommen, miterlebt hat, in den Leiden des vom Fieber der Inflation geschüttelten Paris alle jene Erscheinungen wiedererkannte, die vor noch nicht 3 Jahren ihn selbst an den Rand der Verzweiflung brachten. Wo dagegen in Deutschland wirkliche Anteilnahme fehlte, oder gar Schadenfreude über das Mißgeschick Frankreichs aufkeimen wollte, blieb schließlich doch das Mitgefühl für die Opfer der Francentwertung aus dem Grund vorherrschend, weil die Einsicht, daß Frankreichs Not auch Deutschlands Not sei, wirklich nicht schwer zu gewinnen war. Es gehört kein erheblicher Scharfsinn dazu, um zu erkennen, daß jede Wertminderung der Valuta eines Landes, dessen Volkswirtschaft in so engem Konnex mit der deutschen steht wie die Frankreichs, bei uns ökonomische Rückwirkungen hervorrufen muß, die in der Zone unserer Produktion sich überall dort ungünstig bemerkbar machen werden, wo das von der Valutaentwertung gepeinigte Land als Käufer oder Verkäufer auftritt. Daß Frankreich als Käufer deutscher Erzeugnisse in dem Maß ausgeschaltet wird wie seine Valuta an Kaufkraft verliert, haben unsere Exportindustrien sehr schmerzlich empfunden. Andererseits ist es ebenso gewiß, daß die Francentwertung zu einer Verschärfung der französischen Konkurrenz auf deutschen Rohstoff- und Warenmärkten führt. Die hessische Regierung zum Beispiel hat unter dem Druck des Francsturzes den Finanzausschuß des Landtags zu einer außerordentlichen Tagung einberufen müssen, weil der hessische Erzbergbau, dessen Arbeiterzahl durch die Francentwertung von 1700 auf 600 zurückgegangen ist, jetzt der Francbaisse auf dem Markt der lothringischen Minetteerze völlig zu erliegen droht. Genau so geht es dem preußischen Eisenerzbergbau, dem der Francsturz gleichfalls den Todesstoß zu versetzen

droht. Nun gibt es allerdings in Deutschland auch Kreise, für die sich die Francentwertung angenehm bemerkbar macht. Die enorme Kurssteigerung der deutschen Aktien (fast 100 % seit Januar) wird von Sachkennern zu einem erheblichen Teil auf Kaufaufträge zurückgeführt, die von Paris und Brüssel ausgingen. Zeitungsnachrichten zufolge sollen die Kursgewinne der deutschen Aktienbesitzer, die durch die Flucht aus dem Franc bewirkt wurden, die Wirkung zeitweilig haben, daß die Luxushotels der vornehmen Bade- und Vergnügungsorte, die seit Ende der Inflation von den Deutschen geräumt wurden, jetzt wieder häufiger deutsche Gäste sehen. Wie dem auch immer sei, jedenfalls bezahlen diesen "Segen" der Inflation der andern Seite Tausende deutscher Arbeiter mit Arbeitslosigkeit.

Eine objektive Untersuchung der Vorteile und Nachteile des Francsturzes für Deutschland muß ergeben, daß dieser, mögen auch immerhin einige deutsche Kapitalbesitzer von ihm vorübergehend profitieren, für die deutsche Wirtschaft im ganzen unheilvoll wirkt, indem er in unnatürlicher Weise die französische Konkurrenz in zahlreichen Wirtschaftszweigen verschärft und andererseits den deutschen Exportindustrien den französischen Markt für ihre Fertigwaren nahezu verschließt. Diese Wirkungen werden sich um so deutlicher zeigen, je größer die Wertminderung des Franc in einem gegebenen Zeitabschnitt ist. Diese war nun in den letzten Monaten wesentlich größer als in früheren Epochen. Viele Franzosen wiesen im 1. Quartal dieses Jahres den Dollar noch zurück, den man ihnen anbot, weil sie nach wie vor unbekümmert Vertrauen zur Währung ihres Landes hatten. Diese Tatsache wird begreiflich, wenn wir uns daran erinnern, daß 100 Papierfrancs, die am 31. Dezember 1925 19,6 Goldfrancs wert waren, 3 volle Monate später, am 30. März 1926 immer noch einen Wert von 18,4 Goldfrancs aufwiesen, so daß ein volles Vierteljahr nur eine Minderung von 6,1 % herbeigeführt hat. Ein ganz anderes Tempo hat diese nun freilich im 2. Quartal dieses Jahres eingeschlagen; und diese verschärfte Entwertung hat denn auch in Frankreich viele jener Erscheinungen hervorgerufen, die wir in unserer Inflation kennen lernten, wenn freilich in viel geringerem Ausmaß. Am 10. Mai hatten 100 Papierfrancs nur noch einen Wert von 16,5 Goldfrancs, was einen Wertverlust von 10,2 % in 6 Wochen darstellt. Geradezu tragisch gestaltete sich aber die Entwicklung in den Monaten Juni und Juli. Als der Voranschlag der Staatsausgaben in den ersten Maitagen aufgestellt wurde, betrug der Goldwert von 100 Papierfrancs 16,5 Goldfrancs. In der 11wöchigen Zeitspanne vom 10. Mai bis zum 27. Juli sank er auf 12,9 Goldfrancs.

SIEHT man sich die Ausgaben des französischen Staates daraufhin an, welchen Einfluß die Wertminderung des Franc auf sie auszuüben vermag, so ergibt sich, daß immerhin über die Hälfte der Staatsausgaben von ihr betroffen werden. Nach dem ursprünglichen Voranschlag für 1926 gliedern sich die Ausgaben, die später allerdings um rund 1,5 Milliarden erhöht werden mußten, wie folgt: Der Dienst der kurzfristigen und schwebenden Schuld erforderte 14 612 Millionen Francs, der Dienst der konsolidierten Anleihen 5144, die Zivilverwaltung 10 534, die Landesverteidigung (Heer und Flotte) 5689; die Gesamtausgabe war also mit 35 979 Millionen Francs veranschlagt. Frankreich gedachte also im laufenden Jahr erheblich mehr als die Hälfte seiner Einnahmen zur Verzinsung der Staatsschulden zu verwenden.

Welches ist nun zurzeit der genaue Stand der innern Schuld Frankreichs? Die Europe Nouvelle stellte etwa vor Jahresfrist auf Grund offizieller Dokumente in einer Sondernummer folgende Zahlen zusammen: Von den ewigen und langfristigen Schulden betragen die Vorkriegsrenten 22 592 Millionen Papierfrancs, die Kriegsrenten 49 261, die Nachkriegsrenten 43 002, andere Schulden 33 259, alle zusammen also, wenn man 4340 Millionen zurückgekaufter Renten abzieht, 143 774 Millionen; die kurzfristigen Schulden (3 bis 10 Jahre) betragen 39 975, die schwebenden 86 958 Millionen. Insgesamt also hatte Frankreich damals eine innere Schuld von 270 707 Millionen Francs. Heute dürfte sie 300 Milliarden betragen. Hinzu kommt noch eine äußere Schuld, deren Betrag sich auf 38 795 Millionen Goldfrancs beläuft, so daß, wenn für die äußere Schuld ein regelrechter Zinsendienst vor sich gehen sollte, die gesamten Staatseinnahmen für den Dienst der innern und äußern Schuld draufgingen, so daß für die Zivilverwaltung und die Landesverteidigung überhaupt nichts übrigbliebe. Nun stehen freilich den äußeren Schuldverpflichtungen auch Forderungen an das Ausland gegenüber. Diese belaufen sich aber nur auf rund 15 000 Millionen Goldfrancs, sie müssen überdies zum weitaus größten Teil als völlig unrealisierbar bezeichnet werden, kommen also für den Ausgleich nicht in Betracht.

Das Verhältnis der äußern Schuld zu den äußeren Guthaben ergibt dieses Bild:

Äußere Schulden (in Millionen Goldfrancs)		Äußere Guthaben (in Millionen Goldfrancs)	
Politische Schulden	33 540	Rußland	6 040
England	15 275	Belgien	3 681
Vereinigte Staaten	15 194	Jugoslawien	1 808
Zinsen	3 070	Rumänien	1 181
Handelsschulden	5 255	Polen	1 056
Vereinigte Staaten	2 188	Griechenland	861
England	1 585	Tschechoslowakei	574
Japan	181	Italien	49
Holland	115	Lettland	11
Argentinien	92	Estland	10
Uruguay	80	Litauen	6
Spanien	5	Ungarn	1
		Österreich	1
Zusammen	38 795	Zusammen	15 279

Da von den äußeren Guthaben Frankreichs Zinserträge nicht zu erwarten sind, und die Reparationszahlungen Deutschlands an Frankreich für den Zinsendienst der Wiederaufbauausgaben verwandt werden müssen, bliebe zu Lasten Frankreichs die Verzinsung von rund 625 Milliarden Papierfrancs, wenn Frankreich gezwungen werden sollte seine äußere Schuld (rund 325 Milliarden Papierfrancs bei einem Francwert von 12 % seines frühern Goldgehalts) in vollem Umfang zu verzinsen. Bei dieser Sachlage darf Frankreich in der Schuldenfrage gar keine andere Politik betreiben als die, die auf eine Annullierung der interalliierten Schulden hinausläuft. Die Aufrechterhaltung der englisch-amerikanischen Forderungen angesichts der Bereitwilligkeit Frankreichs seine äußeren Guthaben gegen seine früheren Verbündeten restlos abzuschreiben, stellt eine Handlung dar, die man nicht nur als unfair sondern geradezu als brutal bezeichnen muß.

Kehren wir nun nach dieser Betrachtung über Frankreichs Schulden zu seinem Staatshaushalt von 1926 zurück, in dem die Verzinsung der äußern Schuld noch keine Rolle spielt, so ist festzustellen, daß von der Gesamtsumme der Ausgaben im Betrag von 35 979 Millionen Papierfrancs rund 20 000 von der Valutaentwertung unberührt bleiben, da der Zinsendienst auch mit einem entwerteten Franc bewirkt werden kann. Anders jedoch verhält es sich mit den Ausgaben für die Zivilverwaltung und die Landesverteidigung. Hier wirkt sich wegen der Preisgestaltung die Francwertung voll aus. In diesem Zusammenhang sei auch kurz auf den Unsinn hingewiesen, der immer wieder in deutschen und angelsächsischen Zeitungen auftaucht, daß nämlich Frankreich seine Währung durch Verminderung seiner Ausgaben für die Landesverteidigung sehr gut sanieren könnte. Die Ausgaben für Heer und Marine betragen nach dem Goldwert des Franc noch keine 600 Millionen Reichsmark; sie sind also wesentlich niedriger als die Ausgaben für die deutsche Reichswehr. Auch an den Ausgaben für die Zivilverwaltung kann Frankreich wenig einsparen, weil diese wohl die billigste in ganz Europa ist, sehr viel weniger kostet als die deutsche.



GANZ falsch wäre es, stellte man die Ursachen des Francsturzes denen des Marksturzes gleich. Der deutsche Marksturz hatte in allen Stadien der deutschen Inflation als wesentliche und entscheidende Ursache die zu geringen Staatseinnahmen im Verhältnis zu den enormen Ausgaben, die der aufgeblähte Staatsorganismus im Reich und in den Ländern erforderte, wozu dann noch als erschwerendes Moment die inflationistische Kreditpolitik der Reichsbank kam, durch die an einen kleinen Kreis von Personen große Vermögen tatsächlich verschenkt wurden. Beide Erscheinungen sind in Frankreich nicht zu finden. Das wesentliche Moment für den Francsturz bilden die kurzfristigen und die schwebenden Schulden, die zu einem erheblichen Teil im Ausland schwimmen und sich mit großer Schnelligkeit in Geld umwandeln lassen. Die konsolidierten Anleihen, deren Betrag sich auf mehr als 240 Milliarden beläuft, brauchen dem französischen Währungspolitiker keine Sorge zu machen. Ihre Verzinsung vollzieht sich mit Papierfrancs, gleichviel welcher Goldwert ihnen jeweils innewohnt. Gefährlich dagegen sind dem Goldwert des Franc die kurzfristig ausgegebenen bonds de défense nationale und die zumeist an Banken begebenen reinen Schatzanweisungen, die am Ende ihrer kurz bemessenen Lauffrist eingelöst werden müssen, sofern ihre Besitzer eine Verlängerung ihrer Lauffrist respektive einen Umtausch gegen neue Bons oder Schatzanweisungen ablehnen. Die Kapitalrückzahlung, zu der Frankreich sich im Vertrauen auf die Erfüllung des Londoner Zahlungsplans von 1920 durch Deutschland verpflichtet hat, wird nun zur großen Gefahr. Diese Gefahr erhält aus dem Grund einen ausgesprochen außenpolitischen Charakter, weil ein erheblicher Teil jener bonds de défense nationale und Milliardenbeträge von Francsnoten sich in den Händen von Ausländern befinden. Schon im Jahr 1925 schätzte Olphe-Gaillarde in der Information den Besitz des Auslands an französischen Werten auf 34 Milliarden Francs, die damals 8,25 Milliarden Goldfrancs repräsentierten, darunter 12 bis 14 Milliarden Francsnoten. Man kann annehmen, daß sich inzwischen der Besitz des Auslands an französischen Werten wohl auf 50 Milliarden erhöht hat. Die größte Gefahr für Frankreich sind diejenigen Anleihetitel

und sonstigen Francswerte, die in englischsprechenden Ländern schwimmen, also in Großbritannien, den Vereinigten Staaten, Canada, Südafrika und Australien. Schon vor einem Jahr konnte der frühere deutsche Staatssekretär Julius Hirsch feststellen, daß »jedemal, wenn Amerika an Zahlung seiner Forderung gegenüber Frankreich erinnert, der Franc rutscht«, was durch Verkäufe angelsächsischer Besitzer französischer Werte bewirkt wurde.

Es läßt sich leicht nachweisen, daß die Schuldenverhandlungen Frankreichs mit Amerika und England auch in diesem Jahr einen unheilvollen Einfluß auf den Franckurs ausgeübt haben. Den schwersten Stoß erhielt der Franc, als bekannt wurde, daß es Bérenger bei seinen Verhandlungen in New York mit Andrew Mellon, dem Sekretär des amerikanischen Schatzamts, nicht gelungen sei von den Vereinigten Staaten das Zugeständnis zu erlangen, daß die französischen Zahlungsverpflichtungen den deutschen Zahlungen an Frankreich zu entsprechen hätten. Die Verweigerung jeder Sicherung gegen deutsche Nichtzahlung bei dem Abkommen Bérenger-Mellon mußte auf die Börse um so ungünstiger wirken, als im Ausland allgemein angenommen wird, daß Deutschland mit angelsächsischer Unterstützung in dem jetzt beginnenden 3. Zahlungsjahr des Dawesplans einen gewaltigen Vorstoß zur Herabsetzung seiner Zahlungsverpflichtungen machen will, der sich, wenn Berlin den Wünschen Londons entspricht, bis zu einem neuen Reparationskrieg nach der Art des Ruhrkriegs steigern soll. In diesem Sinn schrieb der Brüsseler Soir, daß nach der in Deutschland vorherrschenden Meinung die Revision des Dawesplans im 3. Jahr seiner Ausführung bewirkt werden müsse; den Anstoß hierzu erwarte Deutschland direkt oder indirekt von Amerika. Ein neuer Reparationskrieg nähme natürlich Frankreich jede Möglichkeit seine Verpflichtungen im In- und Ausland anders als durch Notendruck zu erfüllen. Dazu gesellt sich die Auffassung, daß auf Grund der Bérenger-Mellonschen Vereinbarungen Frankreich ziemlich die selben Summen an Amerika zahlen müsse, die es in den nächsten Jahren von Deutschland auf Grund des Dawesplans erhalten werde, so daß sich selbst im Fall prompter und ungeminderter deutscher Erfüllung die Finanzlage Frankreichs wesentlich verschlechtern müßte, weil zu den Zahlungen Frankreichs an Amerika noch die an England kämen. Verstärkt wurde diese Befürchtung durch die Verhandlungen, die Caillaux mit Churchill in London führte. Frankreich bot England durchschnittliche Jahreszahlungen von 200 Millionen Reichsmark, England verlangte 400 Millionen. Die vorläufige Einigung zwischen Churchill und Caillaux läuft nach Ablauf des Teilmoratoriums auf durchschnittliche Jahreszahlungen von 250 Millionen Reichsmark hinaus. Frankreich erbot sich die Zahlungen an England aus den Daweszahlungen zu leisten, England forderte jedoch ihre Zahlung aus den eigenen Mitteln Frankreichs, unabhängig von dem, was der Dawesplan Frankreich einbrächte. Wie New York, so verweigerte also auch London Frankreich die Sicherung gegen eventuelle deutsche Nichtzahlung. Von Amerika wurde selbst eine Transferklausel abgelehnt, obwohl diese das Zentrum des Dawesplans bildet. Dem Anschein nach hat England allerdings im letzten Stadium seiner Verhandlungen mit Frankreich seinen Grundsatz Paris jede Sicherung gegen deutsche Nichtzahlung zu verweigern preisgegeben. In einem Annex zu dem französisch-englischen Schuldenabkommen befindet sich ein Brief Churchills an Caillaux, der Frankreich das Recht einräumt im Fall einer neuen Nichterfüllung Deutschlands, die über die Hälfte der

Daweszahlungen hinausgeht, die Frage aufzuwerfen, ob eine Minderung seiner Jahreszahlungen an England vorzunehmen sei. Wie gering diese Sicherung für Frankreich ist, erhellt jedoch daraus, daß England die Freiheit gelassen wird selbständig die Tatsachen zu prüfen und eine Herabsetzung der französischen Zahlungen zu verweigern, wenn es zu der Ansicht gelangt, daß Frankreich ungeachtet der deutschen Nichterfüllung aus eigener finanzieller Kraft in der Lage ist die Jahreszahlungen, die es England schuldet, zu leisten. Zu beachten bleibt auch, daß Churchill in der Unterhausdebatte die Bedeutung dieser Sicherungsklausel möglichst herabzusetzen suchte. Man begreift daher, daß auch der Temps ihr nur eine recht beschränkte Bedeutung zulegt. »Es wäre nach alledem schwer«, schreibt er zu der englischen Debatte über das Schuldenabkommen im Unterhaus, »in der Garantie, die uns England nach langen Monaten schwieriger Verhandlungen zugebilligt hat, etwas anderes zu sehen als ein einfaches Versprechen eventuell zu einer neuen Prüfung unserer Zahlungsfähigkeit zu schreiten«.



Es ist von allgemeinem Interesse sich mit den Einzelheiten des Caillaux-Churchillschen Abkommens vertraut zu machen, demgegenüber die Bestimmungen des Dawesplans geradezu mild erscheinen. Will man sich der Sprechweise der deutschen Rechten gegenüber dem Dawesplan bedienen, so muß man sagen, daß das Schuldenabkommen 3 Generationen des französischen Volkes in englische Schuldknechtschaft brächte.

Das Caillaux-Churchillsche Schuldenabkommen sieht nämlich für die Liquidation der französischen Schuld 62 Jahreszahlungen vor, bei denen 3 Etappen zu unterscheiden sind; zuerst ein Teilmoratorium bis 1930 mit Jahreszahlungen von 80 Millionen Reichsmark für das Jahr 1926-1927, von 120 Millionen Reichsmark für 1927-1928, von 160 Millionen Reichsmark für 1928-1929 und von 200 Millionen Reichsmark für 1929-1930; hierauf 27 Jahre von 1930 bis 1957 240 Millionen Reichsmark; endlich 31 Jahreszahlungen von 280 Millionen Reichsmark von 1957 bis 1988. Wie ernst es England mit dieser sich fast bis zum Jahr 2000 erstreckenden Schuldknechtschaft Frankreichs ist, ergibt sich daraus, daß der ursprüngliche englische Plan darauf hinauslief die französische Schuld zu kommerzialisieren, sie also im Lauf der Jahre, wenn auch unter Kapitalverlust, in eine Schuld des französischen Staates gegenüber französischen Staatsbürgern (durch ihren Verkauf auf dem französischen Kapitalmarkt) zu verwandeln. Nur mit Mühe gelang es Caillaux diesen englischen Anschlag abzuwehren. Charakteristisch für das Schuldenabkommen ist ferner, daß England das französische Golddepot im Wert von 1450 Millionen Goldmark, ungeachtet der Frankreich auferlegten harten Verpflichtung 62 Jahre lang Jahreszahlungen von durchschnittlich 250 Millionen Reichsmark zu leisten, in seinem Besitz behalten will. Eine große Kraftanstrengung war nötig, um von England das Zugeständnis der Rückgabe von noch nicht einem Drittel des Golddepots bis zum Jahr 1930 zu erlangen. Mehr als zwei Drittel des in London deponierten Goldschatzes bleiben in den Händen Englands, sofern Frankreich nicht imstande ist sie durch Zahlungen außerhalb des Rahmens des Caillaux-Churchillschen Abkommens zurückzukaufen. Hält man sich die Härte dieses Schuldenabkommens vor Augen, so begreift man, mit welchen Gefühlen in Paris die Äußerung der New Yorker Times aufgenommen werden mußte, daß keinerlei

Chance bestehe das französisch-amerikanische Abkommen nach den Linien des französisch-englischen Abkommens von London zu modifizieren. Mit Recht fragt der Temps, was die amerikanische Redensart, daß die Vereinigten Staaten kein unerbittlicher Gläubiger sein wollten, wohl für einen Wert hätte, wenn den Amerikanern das französisch-englische Abkommen noch zu milde erscheine. Im übrigen hat Churchill im Unterhaus die Auffassung, daß eine sich auf 62 Jahre erstreckende Schuldverpflichtung in gewissem Sinn imaginär sei, da für eine so lange Dauer kein Staat und kein Mensch sich festlegen könne, mit dem Einwand bekämpft, daß der Schuldner so lange zu zahlen habe, wie der Gläubiger es verlange. Den angelsächsischen Hintergedanken bei der Ausdehnung der französischen Schuldverpflichtung auf 62 Jahre hat ein vom Temps angeführtes amerikanisches Journal enthüllt, als es schrieb, daß, wenn Frankreich seinen Gläubigern (England und Amerika) nicht mehr in Gold zahlen könne, es sie eben mit Konzessionen bezahlen müsse. Aus allen diesen Äußerungen geht hervor, wie ernst es den Angelsachsen mit der Eintreibung ihrer Forderungen Frankreich gegenüber ist. Die in Deutschland kolportierte Auslegung, daß die Ausdehnung der Zahlungsverpflichtungen auf 62 Jahre lediglich dazu bestimmt sei die englischen und amerikanischen Wähler zu beruhigen, sie über die unangenehme Erkenntnis, daß die Kriegsschulden tatsächlich nicht eintreibbar seien, einstweilen hinwegzutäuschen, trifft nicht zu, wenn ihr auch zugegeben werden kann, daß eine Abzahlung in Gold, die sich auf 3 Generationen erstreckt, reichlich phantastisch erscheint. Aber phantastisch ist es auch, daß einem Staat von seinen Alliierten solche Verpflichtungen auferlegt werden sollen.

Diese Gefahr ist kurz vor Toresschluß beschworen worden. Das Dazwischentreten Herriots ist nicht zu verstehen, wenn man es lediglich mit seiner Sorge um die formale Demokratie erklären will. Man darf nicht übersehen, daß Caillaux die Finanzdiktatur doch wesentlich aus dem Grund erstrebte, um die Schuldenabkommen ohne Mitwirkung des Parlaments in Kraft zu setzen. Unter diesen Umständen war der Kampf für die Aufrechterhaltung der parlamentarischen Oberhoheit zugleich ein Kampf gegen die angelsächsischen Zumutungen. Der Eintritt Herriots in das Kabinett Poincaré ist, so gesehen, auch ein durchaus folgerichtiger Akt. Herriot wollte, als er sich von Doumergue mit der Kabinettsbildung betrauen ließ, eine Valutasanierung aus eigener Kraft herbeiführen, die Frankreich von dem Zwang befreien sollte eine angelsächsische Anleihe aufzunehmen, damit zugleich von dem Zwang die Abkommen Bérenger-Mellon und Caillaux-Churchill so wie sie sind zu schlucken. Das selbe Ziel, mit anderen Mitteln, erstrebt Poincaré. Es war nur folgerichtig, wenn Herriot, nachdem die Kammer seinen Finanzplan abgelehnt hatte, am Ziel selbst festhielt. Sein Eintritt in das Kabinett Poincaré stellt keine Änderung seines Ziels dar sondern nur eine Bekehrung zu anderen Mitteln. Die Staatsmänner, die das Kabinett Poincaré umfaßt, wollen alle das selbe. Wenn eine deutsche sozialistische Karikatur das Kabinett Poincaré als einen Leib mit 3 Köpfen (Poincaré, Herriot, Briand) darstellt und fragt, wie dieses Monstrum wohl zu einheitlichem Handeln kommen könne, so ist dazu zu sagen, daß, wenn Männer im Ziel einig sind, sie auch eine Verständigung über den Weg finden werden. Und es ist in diesem Fall ein so hohes und erhabenes Ziel, nicht nur vom französischen sondern auch vom allgemein europäischen Standpunkt aus, daß ihm gegenüber der Streit um die Mittel zu schweigen hat.



WORUM handelt es sich bei den Schuldenabkommen? Wer die Finanzkraft der beiden angelsächsischen Reiche kennt, wird nicht ernstlich glauben, daß es sich bei der brutalen Absicht der Schuldeneintreibung gegenüber Frankreich nur um finanzielle Dinge handelt. Gerade die Angelsachsen sind in Finanzangelegenheiten in der Regel viel zu großzügig, um für einen materiellen Vorteil den moralischen Nachteil einzutauschen, daß ein großes Volk sie verabscheut.

Gegen diese Auffassung sprechen nun allerdings die Vorgänge in Amerika. Die Republikaner errangen dort bei den letzten Wahlen den Sieg, indem sie den Wählern erklärten für Steuererleichterung durch rigorose Schuldeneintreibung im verarmten Europa kämpfen zu wollen. Entsprechend dieser Wahlparole lehnten die Republikaner nach ihrem Wahlsieg es auch tatsächlich ab den europäischen Schuldnern Amerikas ausreichenden Nachlaß zu gewähren. (Eine Ausnahme macht nur Italien, mit dessen Hilfe die Angelsachsen zurzeit ihre eigene Herrschaftszone ausdehnen zu können wähnen, und dem dann, was man ihm jetzt zuspricht, später bestimmt wieder abgenommen werden soll.) Noch vor einigen Monaten mußten das Kabinett und der Präsident Coolidge ihren ganzen Einfluß aufwenden, um zu verhindern, daß den europäischen Schuldnerstaaten ganz unmögliche Bedingungen auferlegt wurden. Insbesondere sah sich die Regierung, um wenigstens im Prinzip ein Abkommen mit allen Schuldnerstaaten außer Rußland zu erzielen, gezwungen den tollen Forderungen Borahs und der "Unversöhnlichen" entgegenzutreten. Alles das erweckt naturgemäß bei dem europäischen Zeitungsleser den Eindruck, als ob es sich hier für die Angelsachsen um Geld und nur um Geld handelt. Die Wirklichkeit ist aber auch hier anders als das äußere Geschehen.

Wichtiger als die Eintreibung der Schulden ist den Angelsachsen die Aufrechterhaltung ihrer Weltherrschaft, die ihnen durch die Führerrolle, die sich Frankreich in Europa erworben hat, gefährdet erscheint. Alle Anschläge der Angelsachsen seit Friedensschluß gegen Frankreich sind erfolglos geblieben. Frankreich blieb siegreich im Ruhrkrieg, zu dem der Antrieb auf deutscher Seite von London ausging, es blieb siegreich im Kampf gegen Abd el Krim dank seiner Kooperation mit Spanien, es behauptet sich in Syrien, obwohl englischer Einfluß dort alle seine Minen springen läßt, um den unbequemen französischen Konkurrenten aus Kleinasien zu vertreiben. Was man mit diesen Mitteln nicht erreichen konnte, sucht man jetzt durch den Angriff auf den Franc zu erzielen. Von der richtigen Anschauung ausgehend, daß ein bankrotttes Frankreich nicht lange Europa würde führen können, suchen die Angelsachsen jetzt Frankreich unter ihre finanzielle Vormundschaft zu bringen. In naiver Weise hat diese Absicht, Englands und Amerikas Philip Snowden, der im Kabinett MacDonald Schatzkanzler war, in einer Rede im Unterhaus ausgeplaudert: Er will Frankreich, das im Krieg die schwerste Last trug, das als Schlachtfeld für alle Völker der Erde diente, das 1 400 000 Tote zu beklagen hat (England 900 000, Amerika 40 000), als Dank für seine Blutopfer unter angelsächsische Finanzkontrolle stellen. Der Temps nennt diese Absicht ungerecht, unmoralisch und monströs und erklärt, daß sich die französische Nation ganz und unteilbar wie Frankreich selbst im gewaltigen Elan gegen jeden direkten oder indirekten Versuch dieser Art zur Wehr setzen werde. Man läßt sich in Frankreich auch nicht

durch den lauten Streit zwischen England und Amerika über die Schuldenregelung täuschen, der so weit ging, daß die englische Presse das amerikanische Volk Onkel Shylock titulierte. Worauf dieser Streit hinauswill, beweist ein New Yorker Telegramm an die Times, in dem es heißt, daß Coolidge Frankreich für den angelsächsischen Bruderstreit verantwortlich mache. Trotz der Heftigkeit, mit der jener Streit ausgetragen wird, kann man annehmen, daß er nicht ganz ernst gemeint, vielmehr dazu bestimmt ist das angelsächsische Zusammenspiel gegenüber Frankreich zu verschleiern.

Der wirkliche Zweck des Angriffs auf den Franc mittels einer Schuldenregulierung, die Frankreich finanziell die Kehle zudrücken soll, ist: die französische Führerstellung in Europa zu beseitigen und das alte Zweitmächtegruppensystem von neuem aufzurichten, das England auf dem Kontinent wieder die Vorherrschaft verschaffen soll. Diesem Ziel war England am 17. Juli, als die Kammer die Einzelberatung des Caillauxschen Ermächtigungsgesetzes mit 288 gegen 243 Stimmen ablehnte, schon sehr nahe gekommen. Die Bildung des Kabinetts der nationalen Einigung unter Poincaré am 21. Juli hat schnell diesen angelsächsischen Anschlag vereitelt. Die Ursache für den großen Abstimmungssieg Poincarés am 27. Juli, der für sein Kabinett eine Mehrheit erzielte, wie sie seit langem keine französische Regierung gefunden hat, liegt darin, daß Frankreich in Poincaré den entschlossenen Gegner jedes Versuchs sieht Frankreich unter die Finanzkontrolle der Angelsachsen zu stellen. London hat in diesen Julitagen erfahren, daß man von Frankreich viel verlangen kann, nur nicht den Verzicht auf seine unabhängige Existenz und auf seinen Einfluß in der Welt.

Frankreich wird jetzt den Weg gehen, den es zum eigenen Vorteil, aber auch zum Wohl ganz Europas einhalten muß, das heißt, es wird alle Kräfte einsetzen und alle notwendigen Opfer bringen müssen, um aus eigenen Kräften zur finanziellen Gesundung zu gelangen. Die Aufgabe ist schwer, aber nicht unlösbar. Das französische System der Landesverteidigung ist bei höchster Wirksamkeit doch so billig, daß seine Kosten bei stabilisierter Währung von der Nation leicht getragen werden können. Die Zivilverwaltung Frankreichs gehört zu den billigsten, die Europa aufzuweisen hat. Die innere Verschuldung des Staates ist, wenn die Stabilisierung auf der Basis des wirklichen (nicht des künstlich herabgedrückten) Goldwerts des Franc vorgenommen wird, auch nicht so groß, daß man sie als zur Finanzkraft des Landes im Mißverhältnis stehend bezeichnen könnte. Ebenso wenig braucht Frankreich zu fürchten, daß die Stabilisierungskrise, die nach der Francsanierung zu erwarten ist, große Arbeitslosigkeit im Land hervorrufen könnte. Frankreich beschäftigt jetzt ungefähr 2 Millionen ausländischer Arbeitskräfte, so daß es durch deren Verminderung jederzeit in der Lage ist Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt in Einklang zu bringen, ohne seinen Staatshaushalt mit großen Summen für Erwerbslosenunterstützung belasten zu müssen. Es gilt jetzt die 50 Milliarden französischer Werte, bestehend aus Banknoten und kurzfristigen Schuldverschreibungen, die im Ausland schwimmen und sich zumeist in angelsächsischen Händen befinden, einzulösen, was, radikal durchgeführt, allerdings einen Aufwand von 5 Milliarden Reichsmark erforderte. Man kann jedoch annehmen, daß schon die Hälfte dieser Summe, vielleicht sogar nur ein Drittel, ausreicht den wirklichen Francwert vor angelsächsischen Angriffen sicherzustellen.

DAS brennende Interesse, mit dem in allen Hauptstädten Europas die Währungskrise Frankreichs verfolgt wird, beweist, daß es sich hier nicht nur um eine französische sondern um eine allgemein kontinentaleuropäische Frage handelt. Eine französische Finanzkrise muß alle politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten verschärfen, mit denen die Völker Kontinentaleuropas zu ringen haben. In Frankreich hat der Wille das Unheil einer angelsächsischen Finanzkontrolle abzuwehren die Atmosphäre der nationalen Einigung geschaffen. Der stärkste Ausdruck dieses Willens ist die Berufung Poincarés zum Chef eines Kabinetts, in dem Herriot die Hochhaltung des demokratischen Geistes und Briand die Kontinuität der auswärtigen Politik im Sinn der kontinental-europäischen Einigung verbürgt. Der Kampf für den Franc, der ein europäischer Kampf ist, wird schwer sein. Die letzten Vorgänge in Frankreich zeigen jedoch, daß das französische Volk entschlossen ist ihn mutig aufzunehmen und tapfer bis zum guten Ende zu führen.

JULIUS KALISKI · WIRTSCHAFTLICHE NOTHILFE

AM 15. Juli war nach den amtlichen Erhebungen die Anzahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger in Deutschland von 1 408 527 am 1. Juli auf 1 383 596 zurückgegangen, die der weiblichen von 332 645 auf 335 265 gestiegen. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger ist somit von 1 741 172 auf 1 718 861, also um 1,3 %, gesunken. Die Anzahl der Zuschlagsempfänger (Familienangehörigen) verminderte sich von 1 728 153 auf 1 708 299. Diese Zahlen bestätigen den chronischen Charakter der schweren Arbeitskrise, die mit erhöhter Heftigkeit seit dem Herbst des vorigen Jahres in die Erscheinung getreten ist. Die Ergebnisse der amtlichen Zählung der unterstützten Erwerbslosen seit 1920 lassen die Verschärfung bei gleichzeitigem Andauern dieses Zustands der Krise unschwer erkennen. Im Jahr 1920 war der Höchststand der Hauptunterstützungsempfänger 454 775, der niedrigste Stand 271 660. Im Jahr 1921 war der Höchststand 426 600, der niedrigste Stand 149 337. Diese Zahl erhöhte sich im März 1922 auf 212 526 und sank im Lauf des Jahres auf 11 671. In den letzten 8 Monaten des Jahres 1922 konnte allgemein ein neuer Unterstützungsanspruch erworben werden. Im Jahr 1923 beginnt die Arbeitslosigkeit wieder zu steigen. Am 1. August sind 139 016 unterstützte Erwerbslose als niedrigster Stand des Jahres 1923 vorhanden; am 15. Dezember ist ihre Anzahl auf 1 487 659 gestiegen. Am 1. Januar 1924 verzeichnet man 1 533 495 unterstützte Erwerbslose, am 1. März 1 167 785, am 15. April 462 499. Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Zahlen am 1. August 1923 bis zum 15. April 1924 nur die unterstützten Erwerbslosen des unbesetzten Deutschlands wiedergeben, da für das besetzte Gebiet für diese Zeit zuverlässige Angaben wegen des Ruhrkriegs nicht vorliegen. Vom 1. Mai 1924 liegen wieder Zahlen für das gesamte Reichsgebiet vor. Der tiefste Stand wird am 1. Juni 1924 mit 401 958 erreicht. Im Februar 1925 steigt die Zahl der Unterstützungsempfänger auf 591 667, sie sinkt am 1. Juli auf 195 582 und beginnt dann wieder zu steigen, bis Ende Oktober auf rund 400 000, im November auf über 600 000, im Dezember auf 1 500 000, im Januar, Februar 1926 auf über 2 Millionen, dann sinkt sie wieder etwas, so daß der offizielle Stand am 15. Juni 1 749 111 war. Das Arbeitslosenheer wird

durch die Zahl der Ausgesteuerten ergänzt, also der Erwerbslosen, die die Höchstdauer der Erwerbslosenfürsorge überschritten und deshalb keinen Anspruch mehr auf diese Unterstützung haben. Nachdem die Dauer der Unterstützungsberechtigung kürzlich auf 52 Wochen erhöht worden ist, wird die Anzahl der Ausgesteuerten auf etwa 300 000 beschränkt. Zu diesen Millionen völlig Erwerbsloser treten alsdann mehrere Millionen Kurzarbeiter, so daß mit 4 bis 5 Millionen völlig oder teilweise Erwerbsloser innerhalb des Reichsgebiets gerechnet werden muß.

Das menschliche Elend, das diese Zahlen verkörpern, erhöht das Verantwortungsgefühl bei der wachsenden Einsicht, daß die ganze Schwere der Krise durchaus nicht mit Naturnotwendigkeit über uns kam sondern zu einem keineswegs unerheblichen Teil als Folge der Passivität anzusehen ist, mit der die Nation der Gestaltung ihrer Wirtschaft gegenüberstand. Zunächst ist ein Fortschritt in der Erkenntnis gegenüber der frühern Meinung, daß die Krise nur eine etwas intensivere Konjunktursenkung sei, der man schlimmstenfalls mit erhöhten Sätzen der Arbeitslosenunterstützung beizukommen vermöge, zu spüren. Dieser Wahn ist endlich gewichen. Vom 8. Unterausschuß des Reichstags, dann vom Volkswirtschaftlichen Ausschuß und am 28. Juni vom Plenum des Reichstags ist ein Arbeitsprogramm angenommen worden, das die Arbeitslosigkeit von Millionen nicht als schnell vorübergehenden Zustand betrachtet und die Idee der produktiven Erwerbslosenfürsorge in einem recht ansehnlichen Maß zur Tat werden lassen will.

Der Reichstag, heißt es da, hält es »für dringend geboten, daß in organischem Zusammenhang mit den Bedürfnissen der Wirtschaft die notwendigen Maßnahmen getroffen werden, um den Arbeitsmarkt zu heben, die Arbeitsmöglichkeit zu fördern und den Erwerbslosen Beschäftigung zu geben«:

»Aus sozialen und wirtschaftlichen Gründen ist es unmöglich Millionen Arbeitnehmer einer jahrelangen Erwerbslosigkeit preiszugeben. Es muß Vorsorge getroffen werden, daß ein größerer Teil Erwerbsloser zum mindesten in dem Maße mit Notstandsarbeiten beschäftigt wird, daß die längere Zeit Erwerbslosen innerhalb eines Jahres wenigstens abwechselnd ein Vierteljahr und länger Beschäftigung finden. Das würde bedeuten, daß beim gegenwärtigen Stand der Erwerbslosigkeit laufend mindestens etwa 500 000 Arbeitslose mit produktiven Notstandsarbeiten beschäftigt werden müßten. An solchen Arbeiten fehlt es nicht. Auf einer Reihe von Gebieten können Arbeiten in Angriff genommen und durchgeführt werden, zu denen entweder bereits die baureifen Pläne vorliegen oder letztere ohne erhebliche Schwierigkeiten und in kürzerer Zeit vorbereitet werden können. Bei diesen Arbeiten ist deren Zweckdienlichkeit, Wirtschaftlichkeit und Notwendigkeit voranzustellen. Dazu gehören unter anderm

1. der Straßenbau und die notwendige Erneuerung eines größeren Teils der Straßendecken, die dem neuzeitlichen Verkehr nicht genügen;
2. die Kultivierung von Ödlandflächen, Moorgeländen und anderm unfruchtbaren Boden, der in Deutschland über 3 Millionen Hektar zählt und zum größeren Teile urbar gemacht werden kann; das würde der Gesamtwirtschaft zum Vorteil gereichen und auch neue Arbeitsmöglichkeiten in der Bewirtschaftung, Ansiedlung usw. bieten;
3. die Schiffbarmachung deutscher Flüsse und deren zweckdienliche Verbindung durch Kanäle, die der Förderung des Wassertransportweges und der deutschen Wirtschaft dienen;
4. Fluß- und Bachregulierungen zur Gewinnung von Kulturboden und anderm Gelände sowie zur Verhütung von Hochwasserschäden usw.;
5. Stauanlagen, Schutzdämme usw., um den stets wiederkehrenden Hochwasserschäden vorzubeugen;
6. Anlagen zur Gewinnung von Wasserkraften, die auch zum Teil mit den unter 3, 4 und 5 vermerkten Arbeiten zu verbinden sind und die Gesamtanlagen wirtschaftlicher gestalten können;

7. der Wohnungsbau, dessen großzügige Förderung (auch eventuell durch produktive Erwerbslosenfürsorge) dringend notwendig ist, um sowohl der Wohnungsnot wie der darniederliegenden Beschäftigung zu begegnen;

8. Elektrifizierung der Eisenbahnen.

Sollen zur langfristigen Vorsorge für Arbeitsgelegenheiten die vorgenannten und ähnliche produktive Arbeiten und Anlagen vorbereitet und durchgeführt werden, so setzt dies ein enges Zusammenarbeiten von Reich und Ländern sowie deren Organen voraus. Zur Durchführung dieser Arbeiten sind erhebliche Summen notwendig. Die Reichsregierung wird dringend ersucht mit den Länderregierungen sich umgehend ins Benehmen zu setzen, damit die angeregten Arbeiten nicht nur geprüft sondern in kürzerer Frist und in weitgehendem Umlange mit ihrer Durchführung begonnen werden kann. Müssen angesichts der großen und andauernden Arbeitslosigkeit höhere Summen für produktive Erwerbslosenfürsorge in den Etat von Reich und Ländern eingestellt werden (im laufenden Jahresetat eventuell als Nachtrag), so weist der Reichstag gleichzeitig darauf hin, daß bei der Mittelbeschaffung für produktive Anlagen, wie sie auch die vorgenannten Vorschläge enthalten, Anleihen mit aufzunehmen sind. Dabei wäre auch die öffentlichrechtliche Garantie für Mindestzinszahlungen zu prüfen, ferner, ob bei einer großen öffentlichen Anleihe zum Wohnungsbau auch Mittel der Hauszinssteuer zur Zins- und Tilgungsgarantie mit Verwendung finden könnten. Die Reichsregierung wird ferner ersucht

a) zu prüfen, ob die Schwierigkeiten beim Rußlandkredit, der für mehrere Jahre zusätzliche Rußlandaufträge und damit der deutschen Wirtschaft größere Beschäftigungsmöglichkeit bringen sollte, nicht behoben werden können;

b) hinzuwirken bei den Reparationsleistungen auf die Gewinnung langfristiger Sachlieferungen im Rahmen des als möglich erachteten Transfer;

c) zu untersuchen, inwieweit der große Andrang von täglichem Geld, das zum Teil zu reinen Spekulationszwecken im In- und Ausland verwendet wird, der produktiven Wirtschaft Deutschlands zugeführt werden kann. Die Reichsregierung wird ersucht die Behandlung der in dieser Entschließung enthaltenen Fragen tunlichst zu beschleunigen und dem Reichstage zu berichten.«

Nach Verhandlungen der Reichsregierung mit den Einzelländern kam im wesentlichen eine Verständigung über dieses Programm zustande. Man ist sich vor allem darüber einig geworden das seit 1886 schwebende Projekt des Mittellandkanals auszuführen. Es gilt die Vollendung des Hauptkanals (Peine bis Burg) einschließlich folgender Teile des Südflügels: Kanal von Leipzig bis Kreypau, Saalekanalisierung von Kreypau bis Halle und Zweigkanal Bernburg-Leopoldshall-Staßfurt. Verbunden mit diesen Anlagen ist ein Zweigkanal nach Braunschweig sowie ein Elbabstieg nach Rotthensee und Niegripp. Dieses Bauprogramm soll in Angriff genommen werden, sobald die den Ländern zugestellten Verträge über die Vollendung des Mittellandkanals unterschriftlich vollzogen und dem Reich wieder zugegangen sein werden. Ebenso sind die Verhandlungen über die Reichsbahnaufträge abgeschlossen worden. Es werden Aufträge über insgesamt 120 Millionen Reichsmark vergeben. Die Reichsbahnverwaltung will 20 Millionen aus eigenen Mitteln zur Elektrifizierung der Berliner Stadt- und Ringbahn aufwenden. Von den 100 Millionen, die vom Reich zur Verfügung gestellt worden sind, sind 20 Millionen ebenfalls für die Elektrifizierung der Berliner Stadt- und Ringbahn, 30 zur Erweiterung des beabsichtigten Gleisumbauprogramms, 15 zur Fortführung und Erweiterung des geplanten Programms der großen Bauten (Brückenumbauten, Erweiterung von Bahnhöfen, neue Werkstätten, Elektrisierung, Wohnbauten) und 35 zur Beschaffung von Werkstoffen und Ersatzstücken aller Art zur Verbesserung des Fahrzeugparks bestimmt. Die Aufträge sollen möglichst nach den Bezirken gelegt werden, die unter der Arbeitslosigkeit besonders zu leiden haben. Ferner haben sich die zuständigen Ministerien des Reichs und Preußens auch über die Art geeinigt, wie der verstärkte Bau von Landarbeiterwohnungen, der auch einen Teil des Pro-

jekts für die Arbeitsbeschaffung bildet, ausgeführt werden soll. Beabsichtigt ist der Bau von 25 000 solcher Wohnungen, von denen nach Möglichkeit 10 000 noch in diesem Haushaltsjahr erstellt werden sollen. Durch diese Beschaffung von Wohnungen, die für deutsche Landarbeiter geeignet sind, sollen vor allem die ausländischen Arbeiter entbehrlich gemacht werden.

Wie die Zusammenarbeit des Reichs und der Einzelländer sich bei der Durchführung dieses Programms gestalten soll, ist noch nicht ganz geklärt. Man kann indessen annehmen, daß die Ausführung des von der Reichsregierung nach den Beschlüssen des Reichstags vorgesehenen Arbeitsbeschaffungsprogramms Mittel in Höhe von etwa $2\frac{1}{2}$ Milliarden Mark erfordert, von denen auf Kanal- und Meliorationsarbeiten allein etwa 2 Milliarden entfallen. In diesen Arbeiten und Beträgen sind auch die vorgesehenen Leistungen der Einzelländer einbegriffen. Ob und inwieweit sie die Arbeiten produktiver Erwerbslosenfürsorge von Kommunen und Kommunalverbänden umschließen sollen, läßt sich noch nicht erkennen. Vorerst will das Reich die Kosten dieser Fürsorge durch Ausgabe einer Anleihe von annähernd 200 Millionen Mark hereinbringen. Natürlich ist dieser Betrag nur eine Anbohrung des erforderlichen Kredits, der doch mehr als verzehnfacht werden muß, um der Verwirklichung des Arbeitsbeschaffungsplans einigermaßen gerecht zu werden. Bei Bewertung der Schwierigkeiten, die sich dem Aufbringen der Anleihe entgegenstellen, ist zu berücksichtigen, daß die unterstützende Erwerbslosenfürsorge im Jahr 1926 etwa $1\frac{1}{2}$ Milliarden erfordern wird, und daß bei einer weitausgedehnten Inangriffnahme der Arbeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge eben ein Teil der für die Unterstützung aufzubringenden Summen zu ihren Gunsten in Wegfall kommen würde. Aber auch, wenn sich alle Anleihehoffnungen erfüllen, werden Steuererhöhungen nach der Reinholdschen Finanzreform des Steuerabbaus unvermeidlich sein.



So viel eine schnelle und stetige Durchführung der beabsichtigten und beschlossenen Arbeiten der produktiven Erwerbslosenfürsorge für unsere gesamte Wirtschaft auch bedeutet (und das soll sehr hoch eingeschätzt werden), so darf doch nicht übersehen werden, daß selbst bei einer vollständigen Durchführung des skizzierten Programms die unmittelbaren Wirkungen zur Steigerung der Produktivität unserer Gesamtwirtschaft sich nur in engen Grenzen halten können. Besonders Kanal- und Meliorationsarbeiten können sich produktiv nur in großen Zeitabschnitten auswirken, und das auch nur im Rahmen einer Wirtschaft, deren Produktivität gesichert ist und dauernd gefördert wird. Der außerordentliche Wert der projektierten Unternehmungen zur Arbeitsbeschaffung ist deshalb vornehmlich darin zu erblicken, daß sie die Kräfte zur unmittelbaren Steigerung der Produktivität der deutschen Volkswirtschaft in intensiver Weise freimachen und antreiben könnten. Durch die Besserung der Arbeitsmarktverhältnisse wird die Wiedergewinnung einer höhern Produktivität in Industrie, Landwirtschaft und Handel ohne Zweifel erheblich erleichtert, und diese gesteigerte Produktivität zu erreichen ist die höchste und eigentliche Aufgabe der produktiven Erwerbslosenfürsorge.

Unsere Wirtschaftspolitik hätte darin zu bestehen die Industriebasis zu verringern, gleichzeitig die Produktivität der in Betracht kommenden Arbeitsgebiete zu steigern und die landwirtschaftliche Basis zu erweitern. Was dazu bisher geschehen ist, wird nur zu oft überschätzt. Der Kaliindustrie, die

sich einen neuen innern Aufbau gegeben hat, sind die Farbindustrie und in der jüngsten Zeit die Montanindustrie gefolgt. In der Montanindustrie wird diese Bewegung selbstverständlich von Stilllegungen begleitet, die unvermeidlich sind, wenn es auch im einzelnen Fall strittig ist, ob gerade dieses oder jenes Werk oder diese oder jene Zeche stillgelegt werden soll. Aber da die Volksgemeinschaft seit dem militärischen, politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch die Aufgabe des Wiederaufbaus dem Privatkapital überlassen hat, bleiben die Klagen über Mißgriffe und Unterlassungen leere Protestresolutionen.

In den Parlamenten, in der Presse und in vielen Körperschaften pflügt man häufig als Wirtschaft nur diejenigen Unternehmungen anzusehen, deren Aktien zum Terminhandel an der Berliner Börse zugelassen sind. Unter Berücksichtigung dieses Gesichtspunkts wird man finden, wie wenig ein wirklicher Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft stattgefunden hat. Auch wenn man zu den schon genannten Unternehmungsgruppen noch die Elektrokonzerne hinzuzählt. Als Beleg nur einige Angaben, die in der ordentlichen Mitgliederversammlung des Vereins deutscher Maschinenbauanstalten am 4. Dezember 1925 der Direktor des Verbands Karl Lange gemacht hat:

»Wir haben in Deutschland, um ein Beispiel zu nennen, etwa 90 bis 100 Drehbankfabriken, während die Amerikaner mit der Hälfte auskommen. Da der amerikanische Innenmarkt 5mal so kaufkräftig wie der unsrige ist, so dürften wir nur ein Fünftel der dortigen Zahl haben, also 9 bis 10 Werke, oder, wenn wir unsern relativ größern Export berücksichtigen, vielleicht 15 bis 20. Wir haben 60 Waggonfabriken, wo wir vor dem Kriege noch mit 40 auskamen, und mehr Lokomotivfabriken als im Frieden, obwohl die deutsche Reichsbahn fast gar keine Aufträge gibt, und die Ausfuhrmöglichkeiten für diese Industrie sehr gering sind. Wir haben 53 Fabriken für Bandsägen, 45 Fabriken für Kreissägen und 28 Fabriken für Sägegatter. So liegt es, wenn auch nicht ganz so kraß, auf fast allen Gebieten des Maschinenbaues. Wir müssen uns klar darüber sein, daß die gegenwärtige Lage, in der jeder versucht den andern an die Wand zu drücken, in der Hoffnung durch rücksichtslose Unterbietung seinen Betrieb doch ausnützen zu können, auf die Dauer zum Ruin aller führen muß, und daß es gilt an die Stelle dessen eine vernunftgemäße Regelung zu setzen . . . Welche Verteuerung unausgenutzte Produktionseinrichtungen und die damit zusammenhängende Haltung zu großer Vorräte an Rohstoffen und Halbfabrikaten bringt, zeigen die letzten Bilanzen. Eine große Anzahl von Firmen hat bei einem Zins von 9 % bis 14 % Bestände für Monate, trotzdem sie heute jede Menge kurzfristig kaufen können, während man im Ausland bei einem Zins von 3 % nur Vorräte für 8 bis 14 Tage hat. Eine Untersuchung in einem großen Fabrikunternehmen, das an 3 Betriebsstätten produziert und in allen dreien mit gutem Überschuß arbeitet, hat nach einer Mitteilung des Direktors Wassermann auf dem Bankiertag ergeben, daß bei Schließung von 2 Betrieben die Produktion, soweit sie gewinnbringend war, an der dritten Stelle restlos bewältigt werden konnte. Der Betriebsüberschuß wurde größer. Dazu aber machte die Zusammenlegung liquide Mittel an Vorräten in Höhe von mehreren Millionen Mark frei. Was ein unausgenutzter und stillgelegter Produktionsapparat kostet, zeigt auch die Mitteilung von Rheinmetall, das seine Waggon- und Lokomotivfabrik verschrottet und abbricht, weil sie bei Stillstand jährlich rund $\frac{1}{2}$ Million Mark Instandhaltungskosten erfordert. Hieraus ergibt sich zunächst für jeden Betrieb die Lehre die überzähligen Anlagen rücksichtslos stillzulegen und vollkommen abzubuchen, da unrentable Anlagen das Ganze nur belasten.«

Lange glaubt, daß die Bestrebungen des rücksichtslosen Stilllegens und Abbuchens unrentabler Anlagen in allen Industrien zu bemerken sind: eine Auffassung, die leider durch Tatsachen nur allzu wenig gestützt wird. Zumeist wartet der Durchschnittsunternehmer auf den Zusammenbruch seiner Konkurrenz, und wer das Glück hat, führt den Bankkredit heim. Der Rest ist langsames Absterben, mit der dauernden Gefährdung der Wirtschaft, die

durch die Organe der üblichen Publizität in der Regel nicht beachtet wird, aber deswegen doch nicht aufhört zu bestehen. Die Erschütterung der deutschen Gesamtwirtschaft ist keineswegs behoben, die Fundamente lockern sich von Tag zu Tag immer mehr.

Einsichtige verschließen sich solcher Erkenntnis nicht, meinen aber, daß die Heilmittel sich sozusagen von selbst einstellen werden. Doch gestehen sie auch, daß in den Jahren seit 1918 vieles hätte geschehen können, was damals klar und bestimmt gefordert wurde, um durch Entfaltung der Produktivkräfte die Anpassung an die neugeschaffene Lage zu bewirken, glauben aber, daß das, was nicht getan worden ist, nun nicht wieder eingeholt zu werden brauche oder nicht wieder eingeholt werden könne. Nichts irriger als das. Was für die Zusammenfassung der Kräfte nicht getan wurde, muß mit erhöhten Schwierigkeiten und Kosten nachgeholt werden. Die Nichterfüllung notwendiger Maßnahmen ergibt die Dauerkrise mit ihrem wachsenden Umfang, und zwar eine Dauerkrise, deren Folgen für das deutsche Volk durch den Hinweis, daß auch in anderen Ländern, besonders in England, die Massenarbeitslosigkeit heimisch geworden ist, nicht leichter erträglich werden. Auf die Vergleichung mit England sollten wir füglich verzichten. Die ungeheuren Gewinnquellen Großbritanniens, schon allein die aus der Beherrschung der Rohstoffmonopole, gleichen so manches aus, während für Deutschland das Minus sich dauernd nur steigert. Am Ende hat sich England früher als Deutschland auf die Fährnisse der chronischen Massenarbeitslosigkeit besonnen und kann wirklich nicht als Trostbeispiel für die Unterbindung des Wirtschaftslebens in Deutschland dienen.

Wie sich der Verzicht auf Mitwirkung an notwendigen Operationen äußern muß, zeigt der Verlauf, den die Gestaltung des Arbeitstags in der deutschen Praxis genommen hat. Als vor 5 Jahren hier vorgeschlagen wurde die Normierung des Arbeitstags für eine Wiederaufbauperiode von 5 Jahren der tarifvertraglichen Regelung zu überlassen und die Ergebnisse der dadurch zu erzielenden freiwilligen Mehrleistung (die die Macht der Arbeiterklasse als der Trägerin der Produktion gewaltig verstärkt hätte) zur innern und äußern Wiedergutmachung zu verwenden, wurde diese Anregung mißachtet und verschrien. Das führte aber schließlich nur dazu, daß der Achtstundentag an allen Ecken und Enden durchlöchert wurde, ohne daß die Arbeiter dagegen ankämpfen konnten. So taten sie nun das, was sie aus eigenem Entschluß zugunsten der nationalen Wirtschaft hätten tun können, auf Geheiß der Unternehmer, ohne Garantie einer richtigen Verwendung des Mehrergebnisses zugunsten der Gesamtheit, und ohne daß der Achtstundentag nach Ablauf der 5 Jahre, die ja mittlerweile verflossen sind, nicht nur gesetzlich sondern auch faktisch sichergestellt wäre. Dies nur als Beispiel dafür, daß die Nichtbeachtung der Erfordernisse der Gesamtwirtschaft nicht nur dieser schadet sondern vor allem auch die Interessen der eigenen Klasse gefährdet.

Auf allen Gebieten der Innen- und Außenpolitik Deutschlands vollzog sich das gleiche. Man unterließ, aus Furcht vor den eigenen Massen oder den anderen Parteien, die erforderlichen Handlungen und mußte dann später, unter erhöhten Opfern, das Versäumnis nachholen, was dann aber nur ganz unvollständig gelang. Jetzt erinnert man sich der vortrefflichen Wirkungen, die Reparationsleistungen für die deutsche Wirtschaft haben könnten, wenn sie in großem Stil betrieben würden. Unter der Führung der Linksparteien

ist aber solcher wirtschaftlichen Politik Jahre hindurch der Weg verbaut worden. Bis heute ist der deutsch-französische Montantrust verhindert worden, und es bietet wahrlich noch keinen Ausgleich dafür, daß jetzt Kartellvereinbarungen der deutschen, französischen, belgischen und luxemburgischen Eisenindustrie zustande gekommen sind. Die Vereinigung der deutschen und der französischen Montanbetriebe ist gerade von *den* Kreisen bekämpft worden, die das Postulat der Verständigung mit der ganzen Welt predigen. Jetzt hat man sich anscheinend darauf besonnen, daß man mit dem Nachbarvolk beginnen könne und müsse. Wir haben jetzt eine wahre Hochflut von deutsch-französischen Verständigungskomitees. Der etwas späte Eifer soll nicht gedämpft werden. Aber eine wahre Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich wird durch gutgemeinte Vereinsgründungen wenig gefördert. Geist und Wille zu einer wirklichen Zusammenarbeit müssen vielmehr über all solche Festveranstaltungen hinaus lebendig werden. Die englisch-amerikanischen Attacken gegen die französische Währung müßten, wenn dieser Geist lebendig ist, als Lebensbedrohung Europas empfunden und abgewehrt werden. Die bloße Feststellung dieser Zusammenhänge in deutschen Organen könnte als Befreiung wirken; aber wo sie vereinzelt, fast möchte man sagen zufällig erfolgte, wird sie durch die mühevolle Verdeckung der Tatsachen überschnell erstickt.

Seit 1918 war eine Welt zu gewinnen: durch den Wiederaufbau Europas, deren Grundlage die deutsch-französische Zusammenarbeit als Kristallisationspunkt des weitem Zusammenschlusses ist und bleibt; sie ist eine der wichtigsten Grundlagen der produktiven Erwerbslosenfürsorge, die nicht mit dem Scheingrund wegdisputiert werden kann, daß der Francsturz erschwere, was man bei besserem Stand des Franc früher zu tun nicht für nötig gehalten hat. Der deutsch-französische Montantrust würde nach Schätzung wirklich Sachkundiger eine Verbilligung der Produktionskosten bis um 20 % herbeiführen, also den Kern alles dessen treffen, was ernsthafte produktive Erwerbslosenfürsorge bringen soll: höhere Produktivität, bei gesteigerter Produktion und geringerm Verbrauch.

Um gewollten und nichtgewollten Mißverständnissen zu begegnen, sei hinzugefügt, daß bei einer Einschränkung des Verbrauchs nicht an Erschwerung der Lebenshaltung unterernährter Massen zu denken ist sondern an Vermeidung aller Aufwendungen, die nicht der Produktivität und dem Schaffen dienen, Ersparnisse an Kraft zu produktiver Verwendung. Die Voraussetzungen dafür können nur durch Zusammenfassung aller im Produktionsprozeß Stehenden gebildet werden, sonst werden nach wie vor entrüstete "Entschlie-ßungen" eines der Surrogate für ernsten Wiederaufbau bilden. Zu jenen Surrogaten dürften auch die meisten Kongresse, Besichtigungsreisen und Enqueten zu zählen sein. Sie spiegeln nicht selten Taten vor, die nur leerlaufende Geschäftigkeit bedeuten. Auch die jetzt begonnene große Wirtschaftsenquete bildet, selbst in der Einschränkung ihres Wollens, die Fritz Naphtali hier vor 4 Wochen objektiv wägend vorgenommen hat¹, eine der nicht ganz zu rechtfertigenden Veranstaltungen, soweit sie nicht dem unmittelbaren Dienst an der deutschen Arbeit gewidmet ist. Sie könnte Wichtiges leisten, wenn sie durch Beauftragung weniger Persönlichkeiten mit weit-

1) Siehe *Naphtali Die Wirtschaftsenquete*, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 456 und folgende.

gehenden Rechten zu schnellen Feststellungen wichtiger Einzelheiten Hilfsorgan des Wiederaufbaus werden wollte. Um einige derartiger Aufgaben zu nennen: Sie könnte untersuchen, ob denn die Herabsetzung der Umsatzsteuer in den entscheidenden Wirtschaftszweigen zu irgendeiner Verbilligung der Waren geführt hat. Sie könnte vorschlagen, wie die Erhebung der Umsatzsteuer mit verhältnismäßig geringen Kräften zu einer Produktionsstatistik zu gestalten wäre. Sie könnte feststellen, wie viele Tausende leerstehender Wohnungen es allein in Groß Berlin gibt, die nicht bezogen werden können, weil die Wohnungsuchenden sie nicht zu bezahlen imstande sind. Sie könnte klarmachen, welche Gefahren die Ausführung der populären Forderung nach möglichst gesteigertem Bau von Wohnungen in den Großstädten nach sich ziehen müßte, wenn den nach den Großstädten dauernd weiter zuziehenden Massen dort keine Beschäftigung geboten werden kann. Sie könnte endlich angeben, wie die Organisationen der Arbeiter und der Arbeitgeber für den Zuzug von Arbeitskräften nach dem Land zu sorgen haben. Das Verlangen nach Beschäftigung deutscher Arbeiter auf dem Land und erhöhter Intensität der deutschen Landwirtschaft bedingt den Umzug von Arbeitskräften aus den Städten auf das Land. Wenn man Arbeiter aus den Städten zu Hunderttausenden zu Kanalbauten und anderen Meliorationsarbeiten bereitstellen will, kann sich die tätige Mitwirkung an der Rückführung von Arbeitskräften, die sich in den Städten durch Zuzug vom platten Land angesammelt haben, doch nicht so schwer vollziehen, sie dürfte jedenfalls leichter sein als die Mobilisierung städtischer Massen für Kanal- und Meliorationsarbeiten. Wenn das seit 1918 geschehen wäre, was damals auch von großen Arbeiterschichten gefordert wurde, was sich aber an der Passivität der großen Organisationen zerschlug, wäre die Wirtschaft heute anders.

Das Arbeitsprogramm des Reichstags, das die Regierung für die Durchführung der produktiven Erwerbslosenfürsorge wohl im wesentlichen übernimmt, erwähnt auch den sogenannten 300 Millionen-Kredit für Warenlieferungen an das bolschewistische Rußland. Die Reichsgarantie für einen großen Teil des Kredits, dessen wirtschaftlicher Wert sehr überschätzt wird, wäre als Wirtschaftsmaßnahme auf der Linie der Erwerbslosenfürsorge wohl zu rechtfertigen, wenn dieser Kredit die wirtschaftliche Aufnahmefähigkeit des bolschewistischen Rußlands fördern oder anregen könnte. Ob dies wirklich zutrifft, könnte die Arbeit der Enquete in der eben vorgeschlagenen Art ebenfalls leicht feststellen. Und diese Feststellung wäre vielleicht durch Vorschläge zu ergänzen, für welche Länder Kredite für Lieferungen von Waren bereitzustellen sind, das heißt, welche Länder mit der Sicherheit der Rückzahlung auch eine wirkliche Gewähr dafür bieten durch gesteigerte Leistungsfähigkeit ihrer Volkswirtschaft künftig gute Dauerkunden Deutschlands zu werden. Dazu gehört nur der Wille sich von Einheitsfronten in der Außenpolitik freizumachen, die nicht dem Aufbau Deutschlands dienen, deren Ziele im Gegenteil mit unseren Produktionsinteressen in unvereinbarem Gegensatz stehen.

Eine mit vollen Kräften betriebene produktive Erwerbslosenfürsorge bereitere den Boden nicht nur für ein Aufblühen Deutschlands sondern auch für den Wiederaufbau Europas, dessen Gelingen gerade auch in dem Willen Deutschlands liegt.



MAX SCHIPPEL · ZERSETZUNGSERSCHEINUNGEN IN DER ENGLISCHEN ARBEITERBEWEGUNG



JE länger sich der englische Bergarbeiterstreik hinzieht, desto ernster werden seine Lehren für die ganze Arbeiterbewegung Europas. Denn es sind zugleich allgemeine europäische Strömungen und Erfahrungen der Nachkriegszeit, die sich zurzeit in England wiederholen. Die neuen Gärungsstoffe wirken jedoch in England auf die älteste, in gewissem Sinn konservativste und starrste Organisation, die die neuzeitliche Lohnarbeiterklasse aus sich heraus bisher erzeugte. Und vielleicht ist es gerade die aus langer, von der Gegenwart weit abweichender Vergangenheit überkommene größere geistige Unbeweglichkeit, die England einer tiefen Krisis rat- und hilfloser gegenüberstehen läßt.

Die englische Gewerkschaftsbewegung hat erst vor wenigen Jahren eine straffere Zentraleitung in dem Generalrat des Gewerkschaftskongresses gefunden. Das Souveränitätsgefühl der großen, bisher so gut wie ganz selbständigen Einzelverbände wehrte sich lange gegen diese, wie man im politischen Leben sagen würde, Bundesgewalt, deren Befugnisse man bis zum heutigen Tag nach Möglichkeit einschränkte. Aber der Generalstreik, der alle oder doch die verschiedensten Verbände zu einheitlicher Aktion zusammenfassen sollte, bedurfte einer kraftvollen Zentralstelle und hätte unter Umständen ihre Bedeutung außerordentlich heben können. Dies scheiterte daran, daß der General Council nur mit halbem Herzen, zum Teil mit heftigstem Widerstreben den Generalstreik wollte oder vielmehr wollen mußte, und daß auf der Gegenseite innerhalb der Arbeiterschaft die größte Gewerkschaft stand, die ihren, aus beruflicher Sonderart erklärlichen, in generationslangen Kämpfen gefestigten Eigenwillen so leicht nicht preisgab, und die noch dazu unter Cooks Leitung am stärksten dem unklaren, alle unüberspringbaren wirtschaftlichen Notwendigkeiten glatt negierenden Radikalismus verfallen war.

Schon äußerlich trat die für den General Council unglückliche und ungenügende Kompetenzabgrenzung in die Erscheinung, indem der Generalrat zunächst die grundlegenden Verhandlungen mit der Regierung als Beauftragter der höhern Gesamtbewegung führte, dann aber im kritischsten Augenblick in Wahrheit so gut wie vollständig abdankte, weil die Miners sich nicht nur die Endentscheidung über etwa zustande kommende Vereinbarungen vorbehielten sondern tatsächlich jeden Kompromiß durch grundsätzliche Verwerfung jedes Lohn- und Arbeitszeitzugeständnisses vereitelten. Aus dieser verhängnisvollen Konstellation war ohne offenen Konflikt gar nicht herauszukommen. Denn entweder war der Generalstreik, für den eine zentralistische Einheit unumgängliche Vorbedingung war, seinerseits richtunggebend; dann konnten der Preis, um den gerungen wurde, und das Abwägen der Erfolgsaussichten nicht einer partikularen Organisation neben der krönenden Spitze anvertraut bleiben. Oder die Miners' Federation bestimmte Ziel und Dauer des beispiellosen Kräfteingens; dann hätte es in letzter Linie ausschließlich in ihrer Hand gelegen die Gesamtbewegung der englischen Arbeiterklasse zur Aktion aufzurufen und je nach ihrem einseitigen Ermessen nicht zur Ruhe gelangen zu lassen. Die scheinbare Zentralführung wäre zum Werkzeug des einen Flügels herabgesunken, der längst unter Cooks Einfluß stark vom durchschnittlichen Tradeunionismus abwich.

Die geteilten Meinungen im Generalrat und in den ihm nahestehenden politischen und gewerkschaftlichen Führerkreisen kamen hinzu, um den Ausbruch des glimmenden Konflikts zu beschleunigen. MacDonald, der einstige und einzige Labourpremier, hat unterdes, wie schon früher, öffentlich Anschauungen kundgegeben, nach denen eigentlich, um an das bekannte deutsche Wort anzuknüpfen, Generalstreik einfach gleich Generalunsinn zu setzen wäre: »Vom Generalstreik als wirksamer gewerblicher Waffe werden wir wahrscheinlich nicht mehr viel hören. Der eine, den wir erlebten, war eine prächtige Demonstration . . . Indes, kein Gemeinwesen, mag es ein noch so schlechtes Gewissen haben, wird vor einem Generalstreik so weit zurückweichen, daß er gleichsam die Gesamtheit zur Unterwerfung bringt. Und alle unsere neueren Fortschritte in der Kräfte-mobilisierung, in der Agitation, im Transportwesen, haben die Taktik der wirtschaftlichen Kämpfe vollständig umgewälzt, und die Gewerkschaften müssen dies einsehen. Der Streik war immer eine grausame, obwohl unentbehrliche Waffe. Hätten die Arbeiter von ihr keinen Gebrauch gemacht, so hätten sie ihre Häupter in den Staub niederbeugen müssen. So konnte der Gedanke aufkommen dem Recht rascher und sicherer zum Sieg zu verhelfen, indem man Streik auf Streik häufte und die Organisationen zu großen Kampfbundesgenossenschaften zusammenfügte. Auf diese Weise schien die verbündete Arbeit zu einer großen und erfolgreichen Kräfteanspannung berufen. Aber so laufen die Dinge nicht. Die Gewerkschaften müssen solchen Tatsachen ins Gesicht sehen. Die Arbeiter werden mutig die Betriebe verlassen. Aber wenn sie draußen stehen, was wird weiter geschehen? Sie können demonstrieren, aber an einen Sieg der Generalstreikidee ist deshalb nicht zu denken. Sie können hungern, aber man kommt trotzdem nicht so weiter wie man will. Wegen streikender Maschinenbauer werden Grubenherren nicht nachgiebiger, dagegen die eigenen Metallindustriellen um so steifnackiger. Ein Eisenbahnerstreik, auf einen Grubenstreik gesetzt, trägt nichts zur Reorganisation der Bergbauproduktion bei, eher zu ihrer Desorganisation. Dies ist nicht der Weg dieser baufälligen alten Welt wieder aufzuhelfen. Gewalt fordert nur Gewalt heraus, und wenn ein Generalstreik ausbricht, werden seine Schläge nicht die Unternehmer treffen sondern die große Masse des Volkes.«¹

Noch viel schärfer lauteten die programmatischen Ausführungen Clynes', der gleichfalls dem letzten Arbeiterkabinett als Minister angehört hatte, in der Präsidialadresse vor dem Kongreß der National Union of General and Municipal Workers. Schon bei dem ersten Auftauchen des Generalstreikgedankens, 1919 auf dem allgemeinen Gewerkschaftskongreß in Glasgow, hatte Clynes vor dieser »neuentdeckten und wenig verdauten Politik« gewarnt; kämen alle Räder des produktiven und sozialen Getriebes zum Stillstand, so würde die Lähmung »zuerst und am schwersten die Massen der ärmeren Bevölkerung« ergreifen; konsequent fortentwickelt sei jeder Generalstreik eine Art Bürgerkrieg. In der erwähnten Präsidialadresse berief sich Clynes abermals ausdrücklich auf seine frühere Gegnerschaft; neuerdings habe er gleichfalls sofort Einspruch gegen einen solchen gefährlichen Kampf erhoben und den Plan einer viel wirksameren gemeinsamen finanziellen Unterstützung der Bergarbeiter entworfen:

»Ein Generalstreik kann nie vollständig sein. Stellten plötzlich alle Arbeiter des Landes die Arbeit ein, so stünde schon nach einigen Stunden das Land ohne Lebens- und Verkehrsmittel da. Solch ein plötzlicher Stoß müßte vorerst Not und Elend unter die Ärmsten der Armen bringen . . . Durch einen Generalstreik werden falsche Hoffnungen erweckt und die zu lösenden Probleme in den Hintergrund gedrängt. Die rein wirtschaftliche Seite des Kampfes verschwindet im politischen Meinungsstreit; es werden ihm Beweggründe angedichtet, die er nicht hat. Verwirrung tritt an die Stelle der vernünftigen und systematischen Aktion, die doch immer dort zum Erfolg führte, wo es sich um die Durchführung von Forderungen der wohlorganisierten Arbeiterschaft einer Industrie handelte. Die Ursache des

¹) Siehe die wörtlichen Wiedergaben aus einem Artikel *MacDonalds* für die Antwort in *The Times* vom 28. Mai 1926: *Mr. MacDonald on the General Strike*.

Zusammenbruchs eines Generalstreiks liegt vor allem darin, daß aus einem Kampf zwischen Unternehmern und Gewerkschaften ein solcher zwischen der Masse des Volkes und der Regierung entsteht, die dann ihrerseits als Repräsentantin der Nation auftritt und mit den unerschöpflichen finanziellen und materiellen Kräften des Staates unterstützt wird . . . Manifestationen einer allgemeinen Solidarität sind vorzüglich und unentbehrlich; ohne Anwendung von Vernunft bleiben solche Aktionen wertlos. Der stolze Heroismus der Kämpfer verschwindet nach den ersten Tagen, um einer gedämpften Stimmung der Enttäuschung Platz zu machen . . . Ein Generalstreik ändert mit einem Schlag von Grund auf die gesamte materielle sowie geistige Stellung eines Volkes. Wesentliche Bestandteile der Arbeiter werden leicht vom Kampfheer getrennt, können überredet oder gezwungen werden in den Dienst der Regierung zu treten. So entsteht im Handumdrehen ein gefährlicher Klassenkrieg, nämlich ein Krieg verschiedener Kategorien der Arbeiter unter einander . . . Der Ruf nach dem Generalstreik sollte nie mehr gehört werden.«²

Nach Hamilton Fyfes überaus lesenswerten tagebuchartigen Aufzeichnungen, war (was mit früheren Beobachtungen besonders nach dem Gewerkschaftskongreß vorigen Jahres übereinstimmte) die parlamentarische Arbeiterfraktion dem Generalstreik sogar noch mehr abgeneigt als die Gewerkschaftsspitzen: »Der Generalrat hält ein scharfes Auge auf die Arbeiterpolitiker. Er weiß, daß viele von diesen den Streik als einen Humbug (a blunder) beurteilen. Alle, die jemals über den Generalstreik theoretisierten, teilen diese Ansicht. Sie meinen, er sei eine Waffe, die für ein revolutionäres Ziel verwendet werden könne, die aber für den wirtschaftlichen Kampf untauglich sei . . . Die Theoretiker sind Défaitisten. Sie möchten den Streik so rasch wie möglich beendet sehen, damit weiterm Unheil vorgebeugt werde. Außerdem sind Politiker, ob sie theoretisieren oder nicht, stets für Kompromisse. Gewiß wird ein Kompromiß, eine Vereinbarung das Ende bilden, aber man darf es nicht zu eilig damit haben. Die Politiker, fürchtet man im Generalrat, würden vorzeitig Schluß machen . . . So überwachen die Bergleute den Generalrat, und der Generalrat wiederum die Parlamentarier.«³

Da hier offensichtlich so gut wie alles noch Gärung und ziemliche Ratlosigkeit und nichts oder sehr wenig halbwegs klares Zielbewußtsein war, ergaben sich mitunter in ganz wesentlichen Fragen die eigentümlichsten Rollenverschiebungen zwischen dem halbkommunistischen Radikalismus Cooks und den Vertretern der mehr gemäßigten gewerkschaftlichen oder politischen Strömungen. Als Leisetreter Verschiene suchten die ganze entfesselte Bewegung auf die Neuorganisation der Bergwerksproduktion hinzulenken, auf gruppen- und syndikatsähnliche Umbildungen der Betriebe oder auf vollkommene Nationalisierung der Kohlengruben: mit einer gewissen unleugbaren Folgerichtigkeit, da sie ohne eine solche kostensparende Rationalisierung der ganzen Produktionsweise Lohn- und Arbeitszeitrückschritte als unvermeidbar zugestanden. Dagegen erschöpfte sich für Cook und den Durchschnitt der Federation der ganze Streit (wie seinerzeit bei unseren "Revolutionären" in Deutschland die Sozialisierungsbewegung) mehr und mehr in einer bloßen Lohn- und Arbeitszeitfrage, die sofort, selbst unter der gegenwärtigen Unrentabilität der meisten Kohlengrubenunternehmungen, nach bloßen Wünschen geregelt werden könnte. Andererseits hielten sich im Generalrat manche Mitglieder einfach an die gegebenen, vorläufig nicht so rasch wandelbaren Geschäftsverhältnisse und zweifelten von vornherein in striktem Gegensatz zu der Bergarbeitergewerkschaft an der Möglichkeit, daß eine so tief niedergehende Konjunktur spurlos, das heißt ohne selbstaufgelegte oder von anderer Seite erzwungene Opfer an der beteiligten Arbeiterschaft vorübergehen könne. Einige Mitglieder des Generalrats waren, wie wir jetzt

2) Siehe *Der Proletarier* vom 10. Juli 1926: Von unseren englischen Bruderorganisationen und *The Times* vom 25. Mai 1926: *The General Strike, Mr. Clynes's Criticism*.

3) Siehe *Fyfe Behind the Scenes of the Great Strike* /London 1926/ Seite 48.

bestimmt wissen, zum mindesten im 2. Stadium der Verhandlungen mit der Regierung, also kurz vor Abbruch des Generalstreiks, in der Tat nicht abgeneigt eine tatsächliche Lohnkürzung in Betracht zu ziehen. MacDonald erklärte die Ablehnung des 2. Samuelvorschlages (und selbst des darauf folgenden Baldwinvorschlages) für einen Fehler; er hätte als »befriedigende Grundlage nützlicher Unterhandlungen« angenommen werden können. Aber die Bergleute hätten nur geantwortet: Was haben wir mit Samuel zu schaffen? Dadurch sei auch die Regierung von jeder Verbindung mit dem Samuelabkommen befreit worden.⁴ Noch viel bitterer hat alsdann Bromley geurteilt, der Generalsekretär der Lokomotivführer, der öfter in scharfer Fehde mit Thomas, der Hauptzielscheibe aller radikalen Ketzerrichterei, lebte. Seine Darstellung wiegt um so schwerer, als Bromley nicht nur dem Generalrat selber angehörte sondern in der Hauptsache wörtlich der Verteidigungsschrift des Generalrats folgte, deren vollständige Veröffentlichung bis zur Abhaltung des gewerkschaftlichen Sonderkongresses vertagt wurde. Der Generalrat habe sich niemals auf die einfache und bequeme Formel Cooks und der Federation festgelegt; unter allen Umständen keinerlei Antasten der Arbeitszeit und der Arbeitslöhne. Die vollkommen unveränderten alten Arbeitsbedingungen hätten unter dem Niedergang des internationalen Kohlenmarkts nur von einer reorganisierten Grubenindustrie getragen werden können; für die gefährliche und umstrittene Zwischenzeit habe man sich nicht an ein, wenn auch noch so wohlklingendes Schlagwort (a slogan) binden können:

»Wir sind der Meinung, daß es knabenhaft gewesen wäre eine solche vorgezeichnete Linie beizubehalten, und wir möchten, ohne zu zögern, feststellen, daß es keineswegs das Kennzeichen der Führerschaft ist einfach unbeweglich auf einem Standpunkt zu verharren, während Hunderttausende von Männern mit ihren Familien wegen eines Schlagworts Not leiden . . . Da die Bergarbeiter unser Verhandlungsergebnis [auf Grund des 2. Samuelprogramms] erwarten, war es nach all den Wochen der Entbehrung, nachdem die britische Gewerkschaftsbewegung teilweise niedergeworfen worden ist, und Tausende von Männern gemaßregelt worden sind, äußerst unwahrscheinlich geworden, ob es den Bergarbeitern gelingen werde auch nur annähernd das zu erreichen, was der Generalrat für sie durchgesetzt hätte . . . Einfach das Schlagwort der Bergarbeiterführer aufzunehmen hätte heißen sofort die unrentablen Bergwerke preiszugeben und damit etwa 300 000 Grubenarbeiter als Arbeitslose auf die Straße zu werfen. Kein Gewerkschaftsführer würde die Verantwortung für solche Wirkungen tragen wollen. Dagegen wird es vielen denkenden Menschen vernünftiger (more sane) erscheinen auf den höheren Lohnstufen eine gewisse zeitweilige Lohnkürzung während der Reorganisationsperiode zu ertragen als 300 000 Arbeiter mit ihren Familien der vollständigen Einkommenslosigkeit zu überantworten . . . Der Generalrat hatte sich davon überzeugt, daß er sich, wie lange er den Generalstreik auch fortführen wollte, immer in der selben Lage befinden werde, was die Haltung der Bergarbeiterexekutive anlangt, und darum hielt er sich nicht für berechtigt den Gewerkschaften die weitere Fortsetzung ihres Opfers auch nur einen Tag lang zuzumuten. Für diesen einstimmig gefaßten Beschluß des Generalrats den Streik abzubrechen ist eine Reihe von Gründen angeführt worden, wie Angst vor einer Verschlechterung der gewerkschaftlichen Gesetzgebung, vor einer Beschlagnahme der Gewerkschaftsfonds, vor der Verhaftung des gesamten Generalrats und dergleichen mehr. Die Frage, ob die Regierung dergleichen tatsächlich beabsichtigte oder nicht, spielte bei der Entscheidung des Generalrats nicht einen Moment lang auch nur die geringste Rolle. Der Generalstreik wurde lediglich aus einem allerdings ausreichenden Grund abgebrochen, nämlich dem, daß angesichts der Haltung des Bergarbeiterverbands seine Fortführung zwecklos gewesen wäre.«⁵

4) Siehe *The Times* vom 7. Juli 1926: Mr. MacDonald and the Samuel Memorandum.

5) Siehe die wörtliche Wiedergabe aus *Bromleys Locomotive Journal in The Times* vom 6. Juli 1926: *Miners Blamed by T.U.C. (General Council of the Trades Unions Congress)*. Merkwürdigerweise haben deutsche und speziell sächsische radikale Parteiblätter diese schneidende Zurechtweisung ziemlich vorbehaltlos wiedergegeben; siehe beispielsweise *Dresdner Volkszeitung* vom 9. Juli 1926: Warum wurde der Generalstreik abgebrochen?

Wie wird der Wortradikalismus, der in England überraschender- und doch erklärlicher Weise die Gewerkschaften stärker befallen hat als die politische Arbeiterpartei⁶, diese grausame Zurechtweisung durch die Tatsachen und die eigenen Klassengenossen hinnehmen? Wird er befähigt sein wenigstens nachträglich und durch unendlichen Schaden klug zu werden?

Arbeitslohn und Arbeitszeit sind nun einmal unter den vorläufig herrschenden und maßgebenden Verhältnissen nicht den Schwankungen der allgemeinen Wirtschaftskonjunktur entzogen. Und eine weiterblickende Politik, gerade wenn und weil sie zielklare Klassenpolitik der Lohnarbeit ist, tut oft gut daran zu rechter Zeit freiwillig einzulenken, um später in ungünstigerer Zeit und ohne eigene Mitbestimmung nicht zu noch ganz anderen Opfern von außen her gezwungen zu sein. Wir Kontinentalen haben ja bei der Arbeitszeit die gleichen bitteren Erfahrungen machen müssen. Und werden wir alle diese Lehren beherzigen?

ALFRED SALMONY · DIE RASSENFRAGE IN DER INDIENFORSCHUNG

Un certain nombre d'imbéciles et de gens adroits conviennent entre eux qu'ils savent le mexicain, par exemple; ils s'imposent en cette qualité à la société qui les respecte et aux gouvernements qui les paient. On les accable de faveurs précisément parce qu'ils n'ont point d'esprit, et que le pouvoir n'a pas à craindre qu'ils soulèvent les peuples et fassent du pathos à l'aide des sentiments généraux.

Stendhal

SOWEIT sich die historischen Wissenschaften Europas mit der Kulturentwicklung und der geschichtlichen Sendung der eigenen Rasse, der eigenen Landschaft, des eigenen Volkes beschäftigten, dienten sie mit Recht als Elemente des Selbstbewußtseins. Zogen sie wesensverschiedene Menschen, fremde Kulturen in den Kreis ihrer Betrachtung, so hätte ihre Aufgabe der Aufbau eines Weltbilds und die Anleitung zu unbefangener Weltbetrachtung sein müssen. Nichts liegt nun dem heutigen weißen Mann ferner als der indische Kulturkreis, von dessen vorgeschichtlichen Grundlagen noch heute viel unverwischt zutage liegt. Was aber die seit einem Jahrhundert tätige europäische Forschung über das Wesen Indiens (die bei uns üblichen Begriffe Religion, Philosophie und Kunst sind ohne besondere Erklärung für diesen Erdteil nicht anwendbar) bis heute zutage gefördert hat, wird späteren Geschlechtern vorkommen wie den Zeitgenossen die Flugtechnik von vor 50 Jahren.

Diese Behauptung wird vor allem denjenigen überraschen, der von der fast unübersehbaren Fülle der Veröffentlichungen über indische Lehren eine Vorstellung hat. Er wird zunächst kaum glauben, daß so viele Gelehrte, die über Indien gearbeitet haben, meist unterbewußt in ihrem Urteil befangen waren, und zwar in einem solchen Maß, daß äußere Tatsachen, aber nicht der Kern der Untersuchungen, als brauchbar weitergegeben werden können. Man darf ruhig sagen: Das europäische Urteil wurde bisher durch den Drang nach Selbstbehauptung verfälscht. Sucht man nach den Ursachen dieser Erschei-

⁶) Siehe Schippel Die Tragödie des englischen Generalstreiks, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 368 und folgende.

nung, so stellt man fest, daß die Wissenschaft und ihre Ausmünzung in öffentliche Meinung seit langem, seit dem technischen Fortschritt der Maschinenzeit im Durchschnittseuropäer, im sogenannten Gebildeten wie im sogenannten Ungebildeten, ein unbesiegbares Bewußtsein der eigenen Überlegenheit über die "farbigen" Rassen hochgezüchtet haben. Die dandyhafte Orientschwärmerei, getragen wie eine Blume im Knopfloch, hat an dieser Einstellung der Allgemeinheit nichts ändern können. Es gibt freilich Hoffnung auf einen Wandel dieses Zustands. Das Gefühl der Lebensarmut, das Suchen nach leitenden Gedanken im scheinbar sinnlosen Jagen der Technik und des Alltags durchdringt viele Menschen. Indien könnte ihnen helfen, freilich nur als Beispiel, als der magnetische Pol, zu dem die europäische Linie angeboren werden muß, seit Jahrhunderterten nächster Kulturerdteil. Den ernsthaftesten Versuch die indische Gedankenwelt Europa zugänglich zu machen bilden die Schriften René Guénons.¹ Der französische Philosoph muß freilich mit unendlicher Mühe jeden Begriff neu entwickeln.

In der Wissenschaft um Indien gilt es zunächst zu zerstören. Die Fehlerquelle der Forschung ist leicht zu finden. Der Körper einer so gewaltigen Einheit wie Indien hat sich nicht in vollkommener Abgeschlossenheit entwickelt. Zwischen 1500 und 800 vor Christus trafen ihn Wellen von weißen Zuwanderern, von Menschen, denen wir uns verwandt fühlen. Sie nannten sich selbst die Arya. Durch Übertragung auf alle Völker der indogermanischen Sprachfamilie hat man aus diesem Wort den mißverständlichen Begriff der Arier abgeleitet. Er muß im Zusammenhang dieser Betrachtung durch den der Weißen überhaupt ersetzt werden. Die Feststellung der weißen Hautfarbe in Indien überhob die Forschung der peinlichen, dem Gefühl eines jeden Europäers zuwiderlaufenden Pflicht die Leistung andersfarbiger Menschen übermäßig anzuerkennen. Wie sehr Machtfragen dabei auf dem Spiel stehen, wird man verstehen, wenn man bedenkt, daß naturgemäß vor allem Engländer mit der Erforschung Indiens beschäftigt sind. (Doch wurde von Engländern auch die Abkehr vom befangenen Standpunkt gewonnen.)

Zunächst sei aus den einseitig europäisch begründeten Behauptungen ohne Anspruch auf Vollständigkeit einiges zitiert; ein ganzer Band ließe sich mühelos mit ähnlichen Aussprüchen ernsthafter Gelehrter füllen.

Helmuth von Glasenapp sagt: »Die Arier . . . haben den anderen Völkern Indiens ihre Sprache und Kultur aufgeprägt.«² Hermann Oldenberg nennt die dunkelfarbigen Einwohner, die die Arier antrafen, »widerstandsunfähige Wilde«.³ Er sagt an gleicher Stelle: »Die geistige Arbeit, die unter diesem Volke getan wurde, ist arm an Spuren jenes mühevollen Ringens, dem allein es beschieden ist die letzten Tiefen der Realität auszuschöpfen.« Offenbar hält es Oldenberg für die wichtigste Aufgabe des Menschen in mühevoller Ringen die Tiefen der Realität auszuschöpfen, er verbindet daher mit seiner Feststellung ein Werturteil. Das indische Denken und Schauen war nun der Welt der Wirklichkeit nie wesentlich zugewandt, hat aber dafür Bereiche erobert, für deren Erforschung wir nicht einmal den Begriffsapparat besitzen. Adolf von Le Coq erklärt: »Die Arya waren die Träger der indischen Kultur, nicht die Schwarzen.«⁴ Die Einrichtung der Kasten teilt seit ältester Zeit

1) Siehe vor allem Guénon *Introduction générale à l'étude des doctrines hindoues* /Paris 1921/.

2) Siehe von Glasenapp *Der Hinduismus* /München 1922/ Seite 4.

3) Siehe Oldenberg *Die Religion des Veda* /Stuttgart 1917/ Seite 2.

4) Siehe von Le Coq *Die buddhistische Spätantike I* /Berlin 1922/ Seite 7.

Indien auf wie die Nationen Europa. Der Kastenstufung steht die Forschung besonders verständnislos gegenüber. Hermann Oldenberg spricht von der »unplastischen Formlosigkeit des Despotismus und der Kaste mit ihrer dumpfen Atmosphäre von Zwang und Aberglauben.«⁵

Die schlimmsten Folgen hat es natürlich, wenn ein in griechisch-europäischer Ästhetik Befangener über indische Kunst schreibt. Daß er ihr Wesen nicht fassen kann, daß er aus der Fülle der bodenständigen Erscheinungen den Augenblick westlicher Berührung herausgreift, ist verständlich. Aber man lese das Werturteil Wilhelm Webers: »Und die das Leben veredelnde [griechische] Kunst überschritt die Höhe sinnentrunkener Erfassung der Fülle schönlebendiger Natur und sank in immer tiefere Erstarrung des Könnens hinab bis zu trockenen linearen Gebilden.«⁶ Man sieht schon, was Weber vom Kunstwerk unberechtigterweise verlangt. »Und damit erhob sich die griechische Auffassung von Form und Gestalt des Lebens wieder über alles das, was der Orient kannte und übte, der noch immer uralte Bilder ewig wiederholte.« Und dann weiter: »Den anderen [den Orientalen] blieb nur die Möglichkeit sie [die Buddhafiguren] aus der Höhe schönlebendiger Menschlichkeit in die Atmosphäre ihrer widernatürlichen Gestalten, ihrer verrenkten Körper und ihrer schlitzäugigen Gesichter hinunterzuziehen.« Wer den fremden Menschen so sieht, muß natürlich zu einem Schluß kommen, der über das Gebiet der Kunst hinausgreift und gleichzeitig die Gefahr des willkürlichen Gesichtspunkts zeigt, der auch der Gegenseite erlaubt sein müßte. Daher Weber: »Wird es Europa nun gelingen die orientalische Welt zu meistern und ihren Geist aufzulösen? Oder wird Europa einer neuen Orientalisierung erliegen?« Die verhängnisvolle Antithese führt notwendig zu einer Abwandlung des Wortes von der "gelben Gefahr". Ihr zu widersprechen wäre müßig. Jeder Kenner des Orients bestätigt zum Glück, daß es nicht gelingen wird den östlichen Geist aufzulösen und Europa so den letzten Hüter gerade der wertvollsten Güter zu nehmen, die es selbst verloren hat.

Kehren wir einen Augenblick zur Kunst Indiens zurück, die Weber so sehr verachtet. »Schönlebendige Natur« hat sie freilich nicht beschäftigt. Ananda K. Kumaraswami zitiert einen Theoretiker der klassischen Guptazeit: »Geistige Vision soll in den Tempeln die Bilder der Gottheiten bestimmen; so, nicht auf andere Art und wahrlich nicht durch direkte Beobachtung, soll das Ziel erreicht werden.«⁷ Abanindra Tagore, der Bruder des Dichters, spricht von einer Schönheit der Kunst, die die Schönheit aller geschaffenen Dinge überstrahlt. Und Kumaraswami, selbst einer der feinsten indischen Erklärer, sagt geradezu, je menschlicher der Ausdruck, um so weniger vollkommen sei indische Skulptur. Die Schriften dieses Gelehrten bilden übrigens eine Ausnahme. Meist bemühen sich indische Forscher aufs energischste zu zeigen, wie sehr ihr alter Kulturbesitz dem Westen, der weißen Rasse verpflichtet sei: ein seltsames Dokument der Frucht europäischer Schulung oder eines hemmungslosen Renegatentums.

Neben der Fülle europabefangener gibt es neuerdings eine Anzahl sachlicher und gerechter Urteile. Das Verdienst außerhalb der Kunstforschung den

5) Siehe Oldenberg *Die Literatur des alten Indien* /Stuttgart 1903/ Seite 3.

6) Siehe Weber *Der Siegeszug des Griechentums im Orient*, in der *Antike* 1925 Seite 103; die 3 weiteren Zitate Seite 112, 133, 145.

7) Siehe Kumaraswami *Catalogue of the Indian Collections in the Museum of Fine Arts* /Boston 1923/ Seite 35.

Weg ertastet zu haben, gebührt W. J. Perry⁸ und G. Elliot Smith⁹. Prähistorische Funde hatten in Indien eine braune, vorarische Bevölkerung, die Drawidier, und als ihre Vorgänger eine negroide Rasse erwiesen. Die genannten Forscher gingen von Ägypten aus und sahen die Errungenschaften dieses uralten Kulturlandes sich über die Welt verbreiten. Smith schreibt vorsichtig: »Die Bringer dieser neuen [ägyptischen] Kultur vermischten sich mit den Abkömmlingen der ursprünglichen prädrawidischen Bevölkerung, und das Resultat waren die Drawidier. Es ist nicht ganz unwahrscheinlich, daß die sich ergebende drawidische Zivilisation eine höhere Stufe erreicht hat als die der später ins Land kommenden Arier.« Verläßt man erst den früher willkürlich zu spät gewählten Ausgangspunkt der Beurteilung, so zeigt sich die kulturelle Beteiligung der Weißen schon in einem andern Licht. Der ägyptische Anteil an der indischen Zivilisation sei dabei nicht erörtert. Das Ergebnis der zaghaft ausgesprochenen Vermutung des Ägyptologen bringt nun Gilbert Slater¹⁰. Es würde zu weit führen seine Darstellung der altindischen Kulturelemente zu wiederholen. Gerechterweise übersieht Slater auch die arischen Elemente nicht. Aber sein Buch ist in seinem historischen Teil ganz frei von Fragen der Macht und Selbstbehauptung. Slater erkennt die Kasten nicht als Einrichtung zur Bewahrung der kostbaren weißen Hautfarbe, die im kastenstrengen Süden und Osten Indiens besonders selten war, sondern als Scheidung nach Ständen und Stämmen. Für ihn bildet die Traditionsgemeinschaft des Hindutums kein drohendes Gespenst. Seine Darlegungen können helfen den Geist zu schaffen, aus dem Indienforschung getrieben werden muß. Daß diese keine tote, rein wissenschaftliche Angelegenheit im Sinn unseres Mottos sein darf, bedarf kaum der Erwähnung. Sie sollte den Mut zu ihren Schlüssen finden. Aber ehe man von Ergebnissen spricht, wären die falschen Ausgangspunkte aufzuweisen. Von diesen allein war hier die Rede. Man vermisste also nicht den hoffnungsvollen Ausblick, aus dem in Europa allzu häufig ein billiges Rezept gemacht wurde.

Das Selbstbewußtsein des weißen Menschen auf Grund seiner kulturellen Allgemeingültigkeit ist erschüttert und muß zerstört werden. Dann erst sind neue Grundlagen zu schaffen. Will die Indienforschung dabei helfen, so muß sie über dem Streit um Buchstaben und um Tatsachenmaterial die allgemeinmenschliche Bedeutung der Ordnung des Weltbilds nicht vergessen.

LISBETH STERN · DAS REICHSEHRENMAL

BEI den Diskussionen über das Reichsehrenmal für die im Krieg getöteten deutschen Soldaten wird man doch allmählich arg verstimmt. Es ist so, als wenn ein sehr lieber Mensch tot ist, und nach einiger Zeit fangen die Auseinandersetzungen über seine Erbschaft an. Es mag eine Selbstverständlichkeit sein, daß von dem ersten erschütternden Gefühl sich allmählich allerhand kleine und auch große Interessen abspalten; aber die Streitigkeiten, die sich damit verbinden, sind doch so unschön, daß man vorerst lieber still sein sollte. Auch das Drum und Dran beim Denkmal für die gefallenen Studenten brachte viel Peinliches, und man schämte sich etwas für die Toten.

8) Siehe *Perry The Children of the Sun* /London 1923/.

9) Siehe *Smith On the Significance of the Geographical Distribution of the Practice of Mummification, in den Memoirs and Proceedings of the Manchester Literary and Philosophical Society 1914-1915 Seite 80 und folgende.*

10) Siehe *Slater The Dravidian Element in Indian Culture* /London 1924/.

Handelt es sich denn überhaupt so sehr um Ehrung? Mischt sich in Ehrung nicht immer etwas von abstrakten Idealen hinein? Liegt das Lebendige nicht viel mehr in der Liebe?

Man soll nicht immer darauf hinweisen, daß der und jener dieses und jenes besser gemacht habe. Aber natürlich denkt man bei unseren Entwürfen auch an das Grab des Unbekannten Soldaten in Paris. Als die Franzosen es machten, gab es wohl nichts, was sich in das gemeinsame Gefühl der Ehrfurcht vor den Toten einmischte, und diese Unmittelbarkeit spricht noch zu jedem, der hinkommt. Mitten drin, im ganzen Fluten von Paris, diese stille und mahnende Erinnerung. Es ist etwas sehr Großes seine Liebe und seinen Dank so einfach und warm und auch schließlich so bescheiden sagen zu können, wie es in diesem Grab des Soldaten getan ist. Aber wir hätten in jenen Tagen vermutlich auch unsere Form gefunden.

Es ist schade, daß es damals nicht geschah. Aber daraus ist nun natürlich nicht zu folgern, daß es jetzt möglichst bald sein sollte, wie wenn man eine versäumte Pflicht nachzuholen hätte. Für heute ist der Vorschlag Adolf Behnes für eine Invalidensiedlung gewiß das Beste. Aber schließlich ist es etwas ganz anderes, und man sucht doch nach einem persönlichen Ausdruck für das, was uns mit den Gefallenen verbindet. Wenn sich jetzt nichts Gutes ergeben will, dann sollte man ruhig warten. Ich denke doch, daß das Dankgefühl gegen die Toten dieses Krieges noch einmal ganz neu und groß aufwachen wird. Und vielleicht gerade in einer ganz neuen Generation, die ihre neue Aufgabe erfaßt. Es ist doch wahr, daß der Krieg nicht nur die Gräßlichkeiten uns gegeben hat. Eine Zusammenarbeit der Völker ist seit dem Krieg nicht mehr nur eine Idee in den Köpfen einzelner Menschen, sondern sie ringt wie ein Wirkliches, das ans Licht will. Und wo wäre eine solche Geburt ohne die Opfer und ohne die Schmerzen?

Wenn es Wirklichkeit geworden ist, daß die Völker in ihrer Arbeit sich gegenseitig ergänzen und stützen und nicht einer von der Niederhaltung der anderen lebt, wenn es lebendige Gemeinsamkeiten geworden sind, dann, denke ich, wird sich eine Form für das Denkmal finden, die allen gleich lieb und selbstverständlich sein muß.

**CHARLES ERSKINE SCOTT WOOD · DIE NACHT ·
ÜBERTRAGEN VON MAX HAYEK**



OHLWOLLENDE Nacht, gütige Amme der Müden,
Die mit liebkosender Hand ihre faltigen Gewänder um uns zieht
Und von erbarmenden Lippen Küsse tropfen läßt

Für die, die da weinen.

Huldvolle Nacht,

Hingedehnte, bergende, in sich nehmende, erneuende;

Weiche, vage, fliehende, geheimnisvolle,

Die Nacktheit der Welt gnädig umhüllende.

Die wachsamten Bäume scheinen zu schlafen,

Doch sind sie Schildwachen für Liebende

Und weisen sie zu ruhevollen Klöstern;

Hauchen ihnen Balsam und Blätterdüfte zu.

O zarte Nacht, sänftigende, schützende,

Die du Nebel gleich Schleiern emporsendest,
 Die alle Dinge umfließen,
 Die Haine geheim und heilig machst,
 Die Leere mit dunstigen Massen erfüllst,
 Das Gemüt mit Wundern durchtränkst
 Und unsere Gedanken hinaus ins Geheimnis führst.
 Die großen Räume sind weit geöffnet,
 Die Weite der Schöpfung durchatmet uns.
 Wie wir unsere hemmenden Kleider fallen lassen,
 So streifen wir von unseren Geistern des Tages Verworrenheit.
 O allumarmende Nacht, in der ich meine Seele lösen möchte!
 Große Schüssel der Reinheit,
 Kühler, heilender Strom,
 Der endlos zwischen den Tagen fließt.

Den Armen ist die Nacht willkommen nur,
 Weil sie, wie der Tod, Vergessen bringt,
 Endigung der Arbeit.
 Sie erschauern nicht bei den Rufen der Nachtvögel,
 Beim schwachen Schrei des gefleckten Nachthabichts,
 Der hoch über der Stadt kreist
 Und seinen Schrei aus der Sterneneinsamkeit herabwirft;
 Noch lauschen sie je dem klagenden Schrillen
 Der Insekten, die dem Sommer Ade sagen;
 Noch erfreuen sie sich in der reinigenden Stille
 Am metallischen Orchester der Sumpffrösche.

Kennen sie, die der Mutter alle Dinge entreißen,
 Die Güte und Unendlichkeit der Mutter?
 Sie kennen auch nicht den Glanz der an dem Himmel hangenden Lampen,
 Noch die Feuerbrände des tiefern Firmaments,
 Das sie selbst geschaffen haben,
 Um, von der Finsternis getragen, zu glänzen,
 Von den Flüssen gefangen
 Und zu goldenen Schlangen gewunden,
 Mit dem Mond verstrickt.
 Sie sind zu müde, um die dunkle, todlose
 Schönheit der Nacht zu erkennen.

Aber ich weiß, daß die Nacht der Feiertag der Seele ist,
 Die dann fernhin eilt und mit ihren Gefährtinnen zusammentrifft.
 Die Bäume selbst und die Felsen reisen so weit
 Wie der Aldebaran ist.
 Ja, die Nacht gibt die Sterne in meine Hand
 Und hängt über mein schmales Bett
 Einen Baldachin von Wundern.

In der Nacht begegne ich meiner eigenen Seele
 Und wir wandern zusammen und lauschen.



RAPHAEL SELIGMANN · DER DENKER DER UNSTERBLICHKEIT



KURZ vor dem Krieg begannen sich in Deutschland aufsehen-
 erregende Gerüchte über einen genialen Gaul zu verbreiten, der
 sich in den Stallungen eines deutschen Grundbesitzers aufhielt.
 Er hieß Hans. Hansens Genialität bestand darin, daß er ein-
 fache, ihm vorgelegte Zahlen addierte und multiplizierte. Man
 hielt ihm bestimmte Zahlen vor, und er klopfte sie mit einem seiner Hufe
 ab. Wissenschaftliche Kreise fanden Interesse an der Sache, und nach genau
 angestellten Untersuchungen entpuppte sich die ganze Angelegenheit als ein
 Trick des Gaulbesitzers. Was wäre aber, wenn derartige erstaunliche Lei-
 stungen eines einfachen Gauls sich in der Tat bewahrheitet hätten? Nun,
 das wäre allerdings ein großes Wunder, wert die Aufmerksamkeit aller
 Welt an sich zu fesseln. Allein, bei weitem erstaunlichere Wunder gesche-
 hen täglich, ohne daß wir ihnen die geringste Beachtung schenkten. Der
 physische Organismus des Gauls vollzieht Leistungen, die an Kompliziertheit
 und Zielbewußtheit das eventuelle Addieren und Multiplizieren einiger Zah-
 len doch ganz gewiß übertreffen. In all diesen Fällen sind wir von jeher
 gewohnt zu sagen, daß besagte Leistungen eigentlich nicht vom Gaul selber,
 der von ihnen nicht die leiseste Ahnung habe, sondern von der Natur in
 ganz unbewußter Weise vollzogen würden. Nun gut, dies würde also be-
 deuten, daß die Natur in ganz unbewußter Weise Dinge vollführe, die eine
 ganz außerordentliche Intelligenz erheischen, da die Funktionen des tie-
 rischen Organismus sich nach einem genau berechneten Plan abwickeln und
 sämtlich nach einem bestimmten Ziel hinstreben, einem Ziel, das durch
 etwaige Kombinationen zufälliger Natur kaum erreicht werden könnte. Wie
 berechnet der Plan und wie bestimmt das Ziel ist, kann man an dem ver-
 hältnismäßig einfachen Organismus einer grünen Pflanze beobachten. Die
 grüne Pflanze saugt mittelst der Fasern ihrer Wurzeln Feuchtigkeit und
 Nährstoffe aus dem Boden in sich auf, verteilt diese über die Ausdehnung
 ihres gesamten Körpers, atmet in sich außerdem durch Zweige und Blätter
 die Kohlensäure aus der umgebenden Atmosphäre ein, trennt mittelst
 des Chlorophylls den Kohlenstoff vom Sauerstoff ab, scheidet diesen aus und
 verarbeitet den Kohlenstoff durch Verbindung mit der aufgesogenen Feuch-
 tigkeit zu den sogenannten Kohlehydraten; und dies alles zu einem ganz
 bestimmten Ziel: der Erhaltung ihres Wachstums und der Samenvorbereitung
 zwecks Vermehrung. Kein aufmerksamer Beobachter könnte je daran
 zweifeln, daß in dem pflanzlichen Organismus, geschweige denn im tie-
 rischen, eine ganz gewisse, und zwar sehr hohe Intelligenz sich äußere. Doch
 dies geschieht auch in einem einfachen Mechanismus, beispielsweise in einer
 Uhr, da sich die Bewegungen eines Uhrmechanismus augenscheinlich nach
 einem genau berechneten und vorausbestimmten Plan vollziehen. Nun wissen
 wir sehr gut, woher die Intelligenz jenes Mechanismus stammt. Sie stammt
 von außerhalb, vom Mechaniker, der seine persönliche Intelligenz in ihn
 hineingelegt hat. Sollten wir also nicht analog uns sagen, daß auch die Intel-
 ligenz der Pflanze und des Tiers von einem außer ihnen befindlichen Agens
 stamme? Dies ist indessen leichter gesagt denn gedacht. Wir müßten uns
 besagtes Agens entweder in das Weltall versenkt oder in einem bestimmten
 Teil der Weltmaterie konzentriert denken. Ist es in das Weltall versenkt,

so daß es darin restlos aufgeht, so ist es zwar ewig und unendlich gleich diesem, aber nicht mehr persönlich. Ist es aber in einem bestimmten Teil der Weltmaterie konzentriert, so daß es einen bestimmten Teil des Weltraums ausfüllt, so ist es zwar persönlich, aber nicht mehr unendlich und ewig. Ein vergängliches Wesen gleich allen anderen es umgebenden vergänglichen Wesen, könnte es unmöglich in der Rolle eines schaffenden, das Weltall tragenden und es bestimmenden Prinzips gedacht werden. Die Individualität des Ewigen oder das Ewige der Individualität: dies ist das Problem, das sich uns aus unseren Betrachtungen ergibt. Und dies ist auch das Problem des spanischen Dichters und Denkers Miguel de Unamuno, der als der Denker der Unsterblichkeit bezeichnet werden kann.

Zunächst aber ein paar orientierende Bemerkungen über unsern Autor.

Der Name Unamuno wurde den europäischen Geistigen zuerst vor 31 Jahren bekannt. Schon damals gab es einen "Fall Unamuno" an der Universität Salamanca, an der der Philosoph Professor war und trotz der Anfeindung auch blieb. Er schrieb auch mehrere Artikel für diese Zeitschrift, die damals gerade (in ihren ersten beiden Jahren unter dem Namen Der sozialistische Akademiker) zu erscheinen anfang, und der die sozialistischen Intellektuellen aller Länder Sympathie und Interesse entgegenbrachten; von ihm stammt auch die Studie über den Sozialismus in Spanien in der 2 Jahre später begonnenen Serie der Sozialistischen Monatshefte über die sozialistische Bewegung in den einzelnen Kulturstaaten.¹ Aber für das breitere Lesepublikum des westlichen Europas war noch bis vor ganz kurzem Unamuno eine unbekannte Größe. Daher gilt es zu bedenken, daß unser Autor die Grenze der sechziger Jahre bereits überschritt, und daß er auf eine recht ergiebige literarische Tätigkeit auf den verschiedensten Gebieten des Dichtens und Denkens zurückschauen kann. Es bedurfte eines neuen Falls, damit das Interesse der Öffentlichkeit ihm erneut zugewendet würde. Dem Diktator Spaniens, Primo de Rivera, der ihn wegen seiner politischen Anschauungen nach einer der Kanarischen Inseln im Jahr 1924 verbannte, haben wir es zu verdanken, daß die Tagespresse sich plötzlich veranlaßt sah sich auch über einen tieferrsten Denker zu verbreiten. Bei dieser Gelegenheit entdeckte man den Dichter und Philosophen Unamuno. (Jetzt ist er bereits zum Steckenpferd vieler journalistischer Reiter geworden.)

Unamuno ist Spanier, nicht nur nach seiner Herkunft sondern nach seiner ganzen Gemütsveranlagung und seiner ganzen geistigen Physiognomie. Auf dem Gebiet des rein theoretischen Forschens mag Spanien verhältnismäßig keine bemerkenswerten Leistungen aufzuweisen haben. Es zeichnete sich von jeher durch einen gewissen abenteuerlichen Zug in seinem Charakter wie auch durch einen vehementen religiösen Eifer aus, der nicht selten in einen düstern Fanatismus ausartete. Will man den Gradmesser für den Wert geistiger Bestrebungen in gewissen Ergebnissen sehen, die sich auf dem Weg wissenschaftlicher Forschungen oder auch erkenntnistheoretischer Betrachtungen erzielen lassen, so wird Spanien im Vergleich mit den benachbarten Ländern nicht vieles und nichts Besonderes verzeichnen können. Will

1) Siehe *Unamuno* Einleitung zu einigen Betrachtungen über die bürgerliche Erziehung, Der absolute Wert des Menschen und die Krankheit des Jahrhunderts, Die Triebkräfte in der sozialistischen Bewegung, Die erste Bedingung einer wahrhaft freien Arbeit, im Sozialistischen Akademiker 1895 Seite 74 und folgende, 144 und folgende, 478 und folgende, 1896 Seite 407 und folgende, ferncr Der Sozialismus in Spanien, in den Sozialistischen Monatsheften 1897 Seite 475 und folgende.

man aber den Wert geistiger Aspirationen nach Umfang und Tiefe eines geistigen Suchens messen, so wird Spanien vielleicht mehr als irgendeine andere europäische Nation vorzeigen können. Spanien brachte eine ganze Schar von Heiligen hervor, die im Grunde ihres Wesens nichts anderes als Gottsucher waren, allerdings Gottsucher, die sich als Gottfinder ausgaben. Eine gewisse Art Gottsucher ist auch Unamuno, ein Gottsucher moderner Prägung. Er behauptet nicht seinen Gott bereits gefunden zu haben. Beweisführung und Gedankengang unseres Autors haben einen Zug von unmittelbarer Natürlichkeit an sich, der auf die Phantasie des Lesers ungemein anregend und belebend wirken muß. Unamuno zieht es meistens vor Fragen zu formulieren statt Antworten zu geben. Allerdings kann er nicht umhin in diesem oder jenem Fall auch eine Antwort zu versuchen; sobald eine Aufgabe richtig gefaßt und formuliert wird, ist es beinahe eine psychische Unmöglichkeit dabei haltzumachen und nicht den Versuch zu wagen sie zu lösen. Aber Unamuno tut nicht, als betrachte er seine Lösungsversuche als unverrückbare Wahrheiten. Er zeigt sich nicht bestrebt sich durch angeblich feste Beweise zu sichern und scheut sich nicht im geringsten einzugestehen, daß seine Antworten mehr dem Gebiet dichterisch-mythologischen Phantasierens als dem der sicheren wissenschaftlichen Befunde angehören. Diesem Beispiel sollten andere Denker folgen.

Was will Unamuno²?

Nicht mehr und nicht weniger als ewig leben, und zwar als genau die selbe Individualität, als die er von Beginn seiner Geburt an lebte, mit allen Einzelheiten und der ganzen Fülle seiner höchst persönlichen Physiognomie. Die Ewigkeit in der Einmaligkeit, die unendliche Fortdauer des individuell gegebenen und individuell zugespitzten Daseins; dies ist das Problem, das unsern Autor unaufhörlich beschäftigt und plagt. Er macht kein Hehl aus seiner Angst vor dem Tod und scheut sich nicht es offen auszusprechen. In seinem Hauptwerk *Das tragische Lebensgefühl* bemüht er sich zu zeigen, daß alle Formen der Unsterblichkeit, die der menschliche Gedanke bisher imstande war herauszufinden: als Fortdauer in den nachfolgenden Generationen oder als ein Leben in den waltenden Naturkräften oder auch als ein Leben in der ewigen, der Schöpfung vorstehenden Vernunft, nichts anderes als eben verkappte Formen eines individuellen Todes seien, da ein Leben ohne das Gefühl und das Bewußtsein der Dasselbigkeit meines höchstpersönlichen und höchsteigenen Ichs, ohne das Gefühl und das Bewußtsein dessen, daß genau das selbe Ich, das bisher lebte, auch weiter und künftighin leben wird, kein Leben im eigentlichen Sinn des Wortes genannt werden kann.

»Man zerstöre nicht das Zeitliche, unser Leben ist nichts als Hoffnung, die sich immer wieder in Erinnerung wandelt und neue Erinnerung hervorruft. Lasset uns leben! Die Ewigkeit als ewige Gegenwart ohne alle Erinnerung noch Hoffnung ist so viel wie das Nichts.«

So ruft Unamuno an einer Stelle seines Hauptwerks aus. Er ist in dieser wie in manch anderer Hinsicht eines Sinnes mit Dostojewskij, der gleich ihm die Meinung vertritt, daß ohne Unsterblichkeit das Leben halt- und wesenlos wird, da das Gefühl und das Bewußtsein des Verschwindens bereits jetzt, in diesem, von mir gelebten Augenblick das Leben entwertet.

2) Eine deutsche Gesamtausgabe der Werke Unamunos veranstaltet der Verlag Meyer & Jessen in München. Auf diese verdienstvolle Tat sei besonders aufmerksam gemacht. Bis jetzt sind 5 Bände erschienen. Sie enthalten die beiden Hauptwerke *Das tragische Lebensgefühl* und *Das Leben Don Quixotes und Sanchos*, den Roman *Abel Sanchez* und die Novellen *Der Spiegel des Todes*.

»Ohne ... Glauben an ein ewiges Leben können wir das Leben weder ertragen noch ihm einen Sinn zusprechen.«

Und wiederum an einer andern Stelle:

»Wenn die Seele unsterblich ist, so ist die Welt im ökonomischen oder hedonischen Sinne gut, und andernfalls ist sie schlecht.«

Unamuno fürchtet sich nicht davor, daß derartige Betrachtungen wie ein ganz gewöhnlicher Egoismus anmuten können; er sieht eben nichts Böses in derartig egoistischen Instinkten und Gefühlen. Ganz im Gegenteil, Gerade hier, in diesem höchst individuellen und durchaus egoistischen Empfinden glaubt er den eigentlichen Wurzelpunkt und Wesenskern jeder echten und konkreten Moral entdecken zu dürfen, denn eben aus meinem eigenen elenden Ich heraus erkenne ich auch alle anderen elenden Iche. Moral bedürfe keiner Dogmen. Unamuno äußert sich zu diesem Punkt also:

»Ich habe nur festzustellen, daß Unruhe, Zweifel, ständiger Kampf mit dem Geheimnis unserer letzten Bestimmung, geistige Verzweiflung, mit einem Wort: das Fehlen eines festen und widerstandsfähigen dogmatischen Fundaments, dennoch für eine Sittenlehre ausreichen können.«

Das alles gemahnt an Dostojewskij. Unser Autor, der eine erstaunliche Belesenheit in beinahe sämtlichen europäischen und insbesondere antiken Literaturen an den Tag legt, scheint gerade mit der russischen Literatur sehr wenig vertraut zu sein. In seinem ganzen Werk erwähnt er Tolstoj nur ein einziges Mal, und auch dann nur sehr flüchtig.

Man sollte meinen, daß derartige von einem rein individualistischen Lebensempfinden durchdrungene und in einer rein individualistischen Lebensauffassung wurzelnde Anschauungen mit irgendwelcher gesellschaftlichen Gesinnung oder mit einer auf Gemeinsamkeit hinstrebenden Gemütsveranlagung sich sehr schlecht werden vertragen können. Gerade das Gegenteil ist der Fall: Unamuno zufolge erwacht der Unsterblichkeitsinstinkt erst in der menschlichen Gemeinschaft zu klarem Bewußtsein. Fristete ein Mensch in voller Zurückgezogenheit und von Angesicht zu Angesicht mit der stummen äußern Natur sein Dasein, so hätte er sich zwar vor dem Tod wohl instinktiv gefürchtet, aber nicht in bewußt überlegter Weise nach Unsterblichkeit gestrebt, da ein derartig bewußtes Streben nur in menschlichen Gemeinschaften aufkommen kann, in menschlichen Gemeinschaften, die ein wesentlich andersgeartetes Gebilde als die Dinge der äußern Natur darstellen, die gewisse Tendenzen verraten sich über die äußere Natur zu stellen und mitunter sich vermessen ihr entgegenzutreten:

»Gegen die Natur ordnete sich grundsätzlich die menschliche Gesellschaft ein. Das Grauen vor der Frevelnatur knüpfte zuerst das soziale Band. Wirklich ist erst die Gesellschaft der Menschen der Ursprung der bewußten Seelentätigkeit und des Unsterblichkeitstriebes, und damit hebt der "Stand der Gnade" entgegen dem Urzustand der Natur an, und damit vermenschlicht, vergeistigt der Mensch die Natur durch seine Tätigkeit, macht er sie eigentlich übernatürlich.«

Man muß hier wieder unwillkürlich an Dostojewskij denken, an jene wunderbare Stelle in einer seiner Schriften, wo er in lebhaften Farben schildert, wie das Bewußtsein vom Tod eigentlich die Menschen an einander ketten und zur gegenseitigen Liebe anregen mußte.

Kehren wir jedoch zu unserm Autor zurück:

»Das soziale Gewissen, dieser Sproß der Liebe, des Instinktes der Fortdauer, treibt uns dazu alles zu vergesellschaften, in allem die Gesellschaft zu erblicken.«

Der Drang nach individueller Unsterblichkeit äußerte sich von jeher in einem Verlangen nach einer Art Bürgschaft, die der Einzelperson ihren Fortbestand auch jenseits der Grenzen ihres persönlichen Daseins sichern sollte.

Eine derartige Bürgschaft war der Mensch von jeher geneigt in der Religion zu suchen, im Glauben an ein höheres Wesen, das, selber ewig und unendlich, durch sein bloßes Sein den Geschöpfen Ewigkeit verbürge. Religiöser Glaube braucht nicht immer an individuelle Unsterblichkeit geknüpft zu sein, aber individuelle Unsterblichkeit ist immer an religiösen Glauben gebunden. Und auch Unamuno kann um das Problem des religiösen Glaubens nicht herumkommen. Er braucht nicht weit zu gehen. Als Spanier trägt er die Überlieferungen des katholischen Glaubens in sich. Über den religiösen Glauben sagt er dieses:

»Der Mensch sucht im Glauben den Halt seiner eigenen Individualität, ihre ewige Dauer; diese aber folgt nicht aus der Wissenschaft, nicht aus der Kunst und auch nicht aus dem Sittlichen. Nicht Wissenschaft noch Kunst noch Sittlichkeit nötigen uns zu Gott, dies tut bloß die Religion.«

Das Verlangen nach Gott entstehe in unserm Innern zugleich mit dem Verlangen nach Unsterblichkeit. Und da Unsterblichkeit ein natürliches Bedürfnis gleich allen anderen natürlichen Bedürfnissen bildet, so ist auch Gott ein ganz natürliches Bedürfnis:

»Während der Äther eine bloße Hypothese zur Erklärung des Lichtes bleibt, ist im Gegensatz dazu die Luft ein Ding, das wir ganz unmittelbar empfinden. Auch wenn wir nicht mit seiner Hilfe uns den Fall und die Reibung erklären könnten, würden wir uns doch immer an die unmittelbare Empfindung halten, mindestens an die Empfindung des Mangels in Augenblicken des Stöckens, des Lufthungers. Und auf die gleiche Art kann für uns Gott im Gegensatz zu der theoretischen Gottesidee zu einer unmittelbar empfundenen Wirklichkeit werden. Mit seiner Idee können wir uns zwar die Welt nicht erklären, doch haben wir die unmittelbare Empfindung Gottes, vor allem in den Augenblicken eines seelischen Erstöckens. Und dieses Gefühl ... ist immer ein Gefühl des Hungers nach Gott, des Gottmangels.«

Es ist in dem allen implizite der Gedanke enthalten, daß, da die Natur keine Bedürfnisse entstehen läßt, zu deren Befriedigung weder Möglichkeit noch Aussicht besteht, es auch für das Bedürfnis nach Gott und somit nach Unsterblichkeit irgendwelche Mittel der Befriedigung geben muß. Indes, wer der Frage eine derart logische, beinahe wissenschaftliche Form gibt, wird schon nicht umhin können nach irgendwelcher logisch-wissenschaftlichen Lösung zu suchen. Und wiewohl unser Autor auf angeblich definitive Antworten auf die Grundfragen des menschlichen Seins verzichten zu müssen glaubte, hat er doch auf Versuche in dieser Richtung keineswegs verzichtet. Und er macht einen solchen naturwissenschaftlicher Art:

»Unser Leben setzt sich aus vielen Leben zusammen, aus vielen Trieben, vielleicht innerhalb des Vorhofes Unterbewußtsein. Der Glaube, daß unsere Zellen und Blutkörperchen etwas wie ein Bewußtsein oder eine rudimentäre zelluläre, globuläre Grundlage dafür besitzen oder zu erlangen imstande seien, ist kein mehr widersprechender Traum als mancher andere, der als vollwertige Theorie gilt. Und da wir uns schon in phantastischen Bahnen bewegen, können wir uns noch weiter ausmalen, wie diese Zellen unter einander verbunden sind, und wie eine von ihnen den Glauben verkündet, daß sie alle einen Teil eines höheren, mit einem persönlichen Selbstbewußtsein begabten Organismus bildeten ... Alle Zellen unseres eigenen Leibes sind tätig am Werk unser Bewußtsein lebendig zu erhalten und zu entzünden. Würden derart alle diese Bewußtseinskräfte oder Seelen ganz in unserem Menschenbewußtsein als ihrer Komponente zusammenströmen, wäre man sich also alles dessen bewußt, was im eigenen Organismus vorgeht, so würde man das Weltall durch sich hindurchgehen fühlen, das schmerzliche Gefühl der eigenen Begrenztheit wäre damit verschwunden. Wenn alle Bewußtseinskräfte aller Lebewesen alle zusammen nach dem universalen Bewußtsein eilen, so ist dieses, nämlich Gott, Alles. In uns erstehen und regeln sich in jedem Augenblick dunkle Bewußtseinskräfte, elementare Seelen. Und aus diesem Geborenwerden und Sterben ist unser Leben gebildet. Und wenn sie plötzlich gewaltsam sterben, bereiten sie uns Schmerzen. So erstehen und sterben <sterben?> in Gottes Schoß Bewußtseinskräfte, und diese Geburten und Tode bilden

sein Leben. Wenn es ein höchstes Allbewußtsein gibt, bin ich eine seiner Vorstellungen, und kann denn eine Vorstellung des Alls in ihm erlöschen? Wenn ich gestorben sein werde, wird Gott mich weiter im Gedächtnis behalten, und daß Gott meiner gedenkt, daß mein Bewußtsein im höchsten Bewußtsein erhalten bleibt, heißt das nicht etwa Sein?»

Das Ergebnis kann man dahin zusammenfassen: Genau in der Weise wie das Individualbewußtsein schließlich nichts anderes als einen Gesamtausdruck vieler in unserm Organismus enthaltener Elementarorganismen darstellt, von denen jeder ein in sich abgeschlossenes Wesen bildet, genau so wird das Universalbewußtsein (Gott) einen Gesamtausdruck vieler Einzelbewußtseine darstellen, von denen jedes ein in sich abgeschlossenes Wesen bildet.

Disputieren wir nicht viel mit Unamuno über das Prekäre dieser Annahme, um so weniger, als er selber zugibt sich eher in der Ebene einer mythologisierenden Phantasie als in der des wissenschaftlichen Forschens zu bewegen. Es sei jedoch auf ein paar Punkte hingewiesen:

1. Unser unmittelbares Individualbewußtsein besitzt nicht das geringste Wissen von all diesen Elementarorganismen innerhalb unseres Individualorganismus, wie es überhaupt nicht das geringste unmittelbare Wissen von all dem besitzt, was an physischen Prozessen innerhalb seines Körpers vorgeht; alle diese Prozesse können wohl Gegenstand einer objektiv wissenschaftlichen Untersuchung werden, wie es jedes materielle Ding der uns umgebenden Außenwelt werden kann, aber dem unmittelbaren Individualbewußtsein bleiben sie genau so fremd wie jedes andere materielle Ding. Halten wir nun an der Analogie Unamunos fest, so müssen wir sagen, daß auch das Universalbewußtsein (Gott) von uns, seinen Elementen, nichts weiß, und daß wir ihm notgedrungen fremd bleiben müssen.

2. Auf dem Weg äußerer Beobachtung und des Experiments können wir einen konkreten physischen Zusammenhang zwischen den Zellen unseres Individualorganismus nachweisen; wir können aber einen analogen Zusammenhang zwischen den einzelnen Individualorganismen und Individualbewußtseinen keineswegs nachweisen.

3. Es ist wahr, daß in unserm Organismus unaufhörlich lebendige Elemente absterben und neu entstehen. Es kommt jedoch der Zeitpunkt, da neue Elemente in uns nicht mehr gebildet werden. Dann stirbt der Individualorganismus, und das Individualbewußtsein erlischt. Wenn wir uns nun an die Analogie Unamunos in aller Strenge halten wollten, müßten wir uns denn nicht fragen: Was würde geschehen, wenn einmal sämtliche Individualorganismen und Individualbewußtseine im Weltall vergehen, müßte auch nicht zugleich das Universalbewußtsein (Gott) vergehen und erlöschen?

Derlei Einwände können jedoch die Bedeutung des Unamunoschen Unterfangens keineswegs entkräften. Nicht die Schärfe der Argumentation, sondern der leidenschaftliche, fast schmerzliche Ernst, gepaart mit einem recht starken metaphysischen Instinkt, macht die Tragweite der Unamunoschen Philosophie aus. Es ist von großem Wert, daß die Aufmerksamkeit wieder auf das Mysterium der Individualität gelenkt wird. Die Wissenschaft, die so viel auf Tatsachen gibt, scheint beinahe außer acht gelassen zu haben, daß die Individualität gleichfalls eine Tatsache ist. Doppelt wertvoll aber ist die Tat Unamunos in unseren Tagen, einer Zeit, in der man bereits zu vergessen beginnt, daß die Person irgendwelchen Eigenwert besitzt (ohne daß man beileibe deshalb etwa höheren Interessen huldigt).

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Sozialpolitik / Ludwig Preller

Internationales Arbeitsamt Die Notwendigkeit zwischenstaatlicher Regelung auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes wurde von den vorgeschrittenen Industrieländern in den neunziger Jahren des 19. Jahrhunderts zögernd und zunächst nur auf einigen Gebieten anerkannt. Der Grundgedanke war hierbei vorzüglich die Ausschaltung fühlbarer Konkurrenz durch sozialpolitisch rückständige Industriestaaten. Die wachsende Forderung immer umfassenderer internationaler Einheit im sozialpolitischen Vorgehen der Nationen beruhte aber weiterhin auf Tendenzen, die Karl Pribram in der Sozialen Praxis vom 7. Januar 1926 sehr übersichtlich aus der verschiedenen Färbung liberaler, christlichsozialer oder sozialistischer Gesinnung heraus deutet. Diese Strebungen wurden nach dem Krieg durch die Errichtung des Internationalen Arbeitsamts in Genf gekrönt.

6 Jahre nach seiner Gründung dürfte die Frage nach dem Erfolg seiner Tätigkeit berechtigt sein. Von grundlegender Bedeutung für seine Arbeit war offensichtlich die Machtverschiebung, die der Krieg in allen europäischen Staaten zugunsten der Arbeiterklasse gebracht hatte. Daß sich die Entstehung des Amtes vorzüglich auch auf die Initiative des Internationalen Gewerkschaftsbundes gründet, dürfte symptomatisch sein. Der schwungvolle Beginn der Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamts im Jahr 1919 und die Stärke oder Schwäche der Beschlüsse der späteren Jahre stehen mit dem Fallen oder Wachsen des Einflusses der Arbeiterparteien auf die Politik der einzelnen Nationen in Zusammenhang. Besonders gut läßt sich dies an den Bestrebungen zur Ratifizierung des Washingtoner Arbeitszeitabkommens verfolgen, deren Aussichten gefördert wurden, als das Linkskartell in Frankreich, die Arbeiterpartei in England, die Sozialisten in Belgien die politische Führung in der Hand hatten, deren Aussichten sich verminderten, je weiter rechts der Kurs in Deutschland und England lief, bis die Londoner Übereinkunft vom März dieses Jahres die Möglichkeit der Ratifikation wieder in den Vordergrund rückte; diesmal aber nicht auf Grund eines Erstarkens der Arbeiterklasse sondern infolge der Furcht, ins-

besondere englischer Industriekreise, vor der Konkurrenz anderer Industriestaaten (vor allem Deutschlands) mit längerer Arbeitszeit. Womit deutlich Erwägungen nationalkapitalistischer Natur für eine internationale sozialpolitische Regelung nach Art der Vorkriegszeit wieder auf dem Plan erschienen sind. Diese entschiedene Abhängigkeit des Erfolgs des Internationalen Arbeitsamts von der Stärke der Arbeiterbewegung in den angeschlossenen Staaten kann durch 2 Umstände gemildert werden. Einmal durch die private sozialpolitische Initiative. In diesem Zusammenhang erweist sich der bereits in dieser Rundschau (in diesem Band Seite 401) erwähnte Zusammenschluß der 3 internationalen sozialpolitischen Vereinigungen der Vorkriegszeit zur Internationalen Vereinigung für sozialen Fortschritt als besonders wichtig. Mit dieser Neugründung ist die stetige wissenschaftliche Durcharbeit sozialpolitischer Erfordernisse auf internationaler Basis weiterhin sichergestellt, und ein Eingreifen dieser unabhängigen Vereinigung kann viel zur Stärkung der Stellung des Internationalen Arbeitsamts beitragen. Aus dieser Erkenntnis heraus ist auch der Entschluß der Vereinigung zu begrüßen ihren Sitz nicht, gewissermaßen unter die Fittiche des Völkerbunds, nach Genf zu verlegen sondern ihre Unabhängigkeit durch Beibehalten des Sitzes in Basel zu dokumentieren.

Ein anderes wichtiges Moment ist die Stärke der Autorität des Internationalen Arbeitsamts gegenüber den Mitgliedsstaaten. Maßgebend hierfür sind die statutarische Bindung der Staaten an die Beschlüsse der internationalen Arbeitskonferenz sowie die Aufsicht über die Durchführung ratifizierter Abkommen. In beiden Punkten wäre eine wesentlich stärker gefestigte Stellung des Internationalen Arbeitsamts zu wünschen. Vorgesehen sind bekanntlich Vorschläge und Entwürfe internationaler Übereinkommen. Die Verpflichtung des Mitgliedsstaats erschöpft sich im Vorlegen der Vorschläge und Entwürfe bei den heimischen zuständigen Stellen und erfüllt sich damit auch bei Ablehnung durch das nationale Parlament. Besondere Schwierigkeit bietet es die Vorschläge und Entwürfe so auszuarbeiten, daß sie für die verschiedenartigen Verhältnisse sämtlicher 56 angeschlossenen Staaten erfüllbar erscheinen. Noch geringer sind

die Möglichkeiten für das Internationale Arbeitsamt die Durchführung ratifizierter Abkommen zu beaufsichtigen. Hier ist es fast vollkommen auf die Mitarbeit der nationalen Arbeiter- und Arbeitgeberorganisationen angewiesen; naturgemäß ein nur schwaches Mittel für die wichtige Sicherung internationaler Sozialpolitik. Aus dieser Erkenntnis heraus ist die internationale Arbeitskonferenz auch dauernd bemüht das Internationale Arbeitsamt in beiden erwähnten Punkten zu stärken. So wurde 1924 ein System von 2 Lesungen der Entwürfe in 2 aufeinanderfolgenden Jahren beschlossen, um damit den Regierungen der Staaten Gelegenheit zu einer Prüfung zu geben, inwieweit der vorgeschlagene Wortlaut sich den nationalen Verhältnissen anpaßt, und um somit die Ratifikationen zu fördern. Die erste Anwendung dieses Beschlusses bei dem Übereinkommensentwurf über die 24stündige Betriebsruhe in Glashütten mit Wannentrocknern hat dieses System als äußerst problematisch erwiesen. Auf der 8. Konferenz im Mai dieses Jahres ist daher statt 2maliger Lesung doppelte Beratung beschlossen worden. Auch die Aufsicht über die Durchführung der ratifizierten Übereinkommen hat der Konferenz häufig Beratungsstoff gegeben, ohne daß bisher eine befriedigende Regelung gefunden worden wäre.

In dieser Lage hilft sich das Internationale Arbeitsamt mit der vornehmlich moralischen Wirkung auf die öffentliche Meinung der Welt beziehungsweise der fraglichen Nationen. Ein demokratisches Mittel, das sich tatsächlich, nicht zum mindesten durch die regsame Persönlichkeit des Direktors Albert Thomas, als recht wirksam erwiesen hat. So sind von den bisherigen Übereinkommensentwürfen bis Juli 1926 235 Ratifizierungen erfolgt und 131 den nationalen Parlamenten vorgeschlagen worden. Allerdings wird man sich bei diesen Zahlen erinnern müssen, daß gerade das Washingtoner Arbeitszeitabkommen bisher von den industriell wichtigsten Ländern nicht ratifiziert worden ist, und daß Thomas den Erfolg oder Nichterfolg der Ratifikation dieses Entwurfs sehr richtig als »vielleicht sogar entscheidend für den Bestand des Internationalen Arbeitsamts« bezeichnet hat.

Daneben aber muß man beachten, daß das Ausarbeiten von Übereinkommen nur einen Teil der Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamts ausmacht. Er hat in den ersten Jahren seines Bestehens naturgemäß im Vordergrund ge-

standen. Vielleicht noch wichtiger aber ist die auf weite Sicht berechnete Arbeit der wissenschaftlichen Abteilung, die kraft des amtlichen äußeren Rahmens des Amts auf den Gebieten international vergleichbarer Sozialstatistik und sozialpolitischer Einzeluntersuchungen, wie jetzt schon die Veröffentlichungen über die Weltproduktion der Nachkriegszeit, die Arbeitszeit, die Wanderungen, beweisen, wertvolle und fruchtbare Arbeit zu leisten imstande ist.

Über die tatsächlichen Grundlagen, den Aufbau und die Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamts unterrichtet in eingehender, durch seine persönliche Anschauung der Verhältnisse besonders wertvoller Weise Friedrich Ritzmann in seinem Buch Internationale Sozialpolitik /Mannheim, J. Bensheimer/. Der theoretische Teil des Buchs, auf den allerdings auch weniger Gewicht gelegt ist, ist minder geglückt. Behandelt Ritzmann sein Thema mehr historisch, so setzt sich Hans Fehlinger in seinem Buch Internationaler Arbeiterschutz /Berlin, Carl Heymann/ die Aufgabe durch eine sachlich berichtende und erläuternde Darstellung einen Einblick in die praktische Arbeit des Internationalen Arbeitsamts zu geben. Man findet bei ihm eine eingehende Schilderung der einzelnen Konferenzen und der Tätigkeit und Erfolge des Internationalen Arbeitsamts auf den verschiedenen Gebieten. Beide Bücher ergänzen sich auf diese Weise gut und bilden eine brauchbare Unterlage zur Kenntnis internationaler Sozialpolitik.

Arbeiterleben In einem lesenswerten Buch schildert Richard Woldt die Lebenswelt des Industriearbeiters /Leipzig, Quelle & Meyer/. Auf induktive Weise ist, nach einer besonders in ihrer Kritik von Levensteins Arbeiterfrage guten Untersuchung der Methode, die wirtschaftliche und die gesellschaftliche Umwelt des Arbeiters dargestellt, worauf in einem 3. Abschnitt der Lebensraum des Arbeiters, einmal der Masse, zum andern des Arbeiterführers, untersucht wird. Während in der Untersuchung der wirtschaftlichen Umwelt die kurz gefaßte Darstellung gelegentlich auch zu anfechtbaren Ergebnissen gelangt, gibt die Schilderung der gesellschaftlichen Umwelt ein treffendes Bild von Herkunft (nationale Verschiedenheiten), Kulturkreis (einzelner Arbeiter: Streben zum Kleinbürger; organisierte Masse: zur eigenen Arbeiterkultur), Religion (Wirkung des Katholizismus) und Staatseinstellung (beding-

durch unmittelbare Lebensanschauung und -erfahrung) des Arbeiters. Der Wert des Buches liegt vor allem in dem Versuch einer Synthese von wissenschaftlicher Erkenntnis und eigener Kenntnis der Arbeiterwelt.

»Das Kapital ringt mit dem Menschen«, sagt Woldt. Dieses Ringen darzustellen setzt sich Eduard Weckerle in der Broschüre Mensch und Maschine /Jena, Uraniaverlag/ zur Aufgabe. Er gibt eine anschaulich zusammengestellte Entwicklung der Kapitals- und Arbeiterverhältnisse auf Grund des technischen Fortschritts seit Einführung des Maschinenwesens. Leider verliert die Darstellung durch unkritische Übertreibungen und anfechtbare ökonomische Anschauungen an Wert. Immerhin sind die Darlegungen beachtenswert. Sie zeigen, wie gering der Anteil des Arbeiters an den technischen Fortschritten ist.

Der Jahresbericht des badischen Gewerbeaufsichtsamts für 1925 /Karlsruhe, Macklotsche Druckerei/ enthält reiches soziales und sozialpolitisches Material. Hingewiesen sei auf die Sonderabhandlungen über die Seidenbandweberei im Hotzenwald und die Lage der Erwerbslosen in Mannheim. Besonderes Interesse verdient eine Erhebung über die Wohnungsnot in Karlsruhe. Hervorzuheben ist das Bestreben dieses Gewerbeaufsichtsamts neben die allgemeinen Beobachtungen der Gewerbeaufsichtsbeamten wissenschaftlich exakte Einzeluntersuchungen zu setzen. Außer den oben genannten und einer Untersuchung über die sozialhygienischen Verhältnisse der Pforzheimer Schmuckwarenindustrie ist hierzu noch die Untersuchung über die wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Verhältnisse der Zigarrenarbeiter in Baden /Karlsruhe, Macklotsche Druckerei/ zu nennen. Hier geben Walter Waffenschmidt und Friedrich Holtzmann in außerordentlich eingehender und übersichtlicher Weise Aufschluß über das Thema. Die schlimme wirtschaftliche Lage der badischen Tabakarbeiter (ein Fünftel dauernd überzählige Erwerbslose, mittlerer Familienverdienst 4,51 Mark pro Woche und Kopf) und ihre sozialhygienischen Verhältnisse (Tabakarbeit als solche nicht, dagegen die allgemeinen sozialen Verhältnisse tuberkulosefördernd) ergeben sich aus objektiver Untersuchung.

Arbeiterschutz Der rührige Deutsche Textilarbeiterverband schildert bei Gelegenheit der Heimarbeitausstellung von 1925 in einer

außerordentlich leserwerten Broschüre die Verhältnisse der Heimarbeit in der deutschen Textilindustrie /Berlin, Verlag Textilpraxis/. In der Einleitung kommt der Bearbeiter auf Grund einer knappen Schilderung der Lage der Textilheimarbeit zu einem wichtigen Ergebnis. Die neue Ausstellung habe gezeigt, daß die Heimindustrie überall dort keine ausgesprochene Elendsindustrie mehr sei, wo die Gewerkschaften Fuß zu fassen und tarifliche Arbeitsbedingungen zu erzielen vermochten. <Dies bestätigen übrigens auch die Erfahrungen der Gewerbeaufsichtsbeamten.> Wo dies nicht zutrifft, ist das Elend noch erschütternd groß. Auf Grund des Fragebogens der Gesellschaft für soziale Reform und eigener Erörterungen werden dann die sozialen, wirtschaftlichen und hygienischen Zustände in den verschiedenen Abarten der Textilheimarbeit im einzelnen aufgezeigt. Die Schrift wird auch den Aufsichtsorganen ein wertvoller Führer sein können.

Die wichtige Schwangerenfrage wird vom Textilarbeiterverband in einem 2. Teil der in dieser Rundschau (1925 Seite 633) bereits angezeigten Schrift Erwerbsarbeit, Schwangerschaft, Frauenleid /Berlin, Verlag Textilpraxis/ mit weiterem eingehendem statistischen Material versehen. Man wird allerdings beachten müssen, daß sich die Zahlen lediglich auf Angaben der über Ursachen und Zusammenhang der vorgebrachten Beschwerden naturgemäß nicht einwandfrei unterrichteten schwangeren Arbeiterinnen selbst stützen. Das <trotzdem wertvolle> Material wird also durch gewerbeärztliche Untersuchungen noch besser fundiert werden müssen.

Klaren Aufschluß über die große Unfallgefahr des Holzarbeiters gibt die Broschüre Der Deutsche Holzarbeiterverband und sein Kampf gegen die Unfallgefahren an den Holzbearbeitungsmaschinen /Berlin, Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes/.

Eine sehr verdienstvolle Arbeit ist Frieda Wunderlichs Fabrikpflege /Berlin, Julius Springer/. Das Anschwellen der Fabrikpflege während des Krieges und das Abflauen der Bewegung nach dem Krieg (in Deutschland, im Ausland dagegen weitere Ausbreitung) wird mit Hilfe reichen Materials geschildert. Man gewinnt einen guten Einblick in Aufgaben und Tätigkeit einer Fabrikpflegerin und in die sachlichen und persönlichen Anforderungen, die an sie zu stellen sind. Es ist nur zu wünschen, daß das Buch Anregung zu weiterer Diskussion der Fa-

brikpflegefrage gibt; denn ohne Zweifel kann die zwischen Betriebsleitung und Arbeitnehmerschaft gestellte Fabrikpflege, insbesondere für Arbeiterinnen, in gesundheitlicher (Schwangere) wie sozialer (Familien-, Kleinkinderfürsorge, Stillende) und sittlicher (Jugendliche) Beziehung manche Schädigung der Arbeitnehmerschaft hintanhaltend.

Eine leider bisher von weiteren Kreisen viel zu wenig beachtete Arbeiterschutzfrage greift Charlotte Grabe in der Schrift *Der Einfluß der Pendelwanderungen auf die Arbeitnehmer /Karlsruhe, G. Braun/* auf. Sie untersucht für eine Waggonfabrik in der Nähe Heidelbergs den Einfluß, den der (bis an 2mal 2 Stunden täglich reichende) Weg von Wohnort zu Arbeitsstätte auf Krankheits- und Unfallhäufigkeit des Arbeiters ausübt. Die Ergebnisse beweisen schlagend, welch wichtigen Faktor für den Arbeiterschutz in gesundheitlicher und kultureller Hinsicht, aber auch für die Betriebspolitik (durchschnittliche jährliche Arbeitsleistung, Krankengelder, Unfallrenten), die Beachtung der Pendelwanderungen der Arbeiterschaft bildet.

Betriebsräte-wesen

Zu der reichhaltigen arbeitsrechtlichen und sozialpolitischen Literatur über

das Betriebsrätewesen gesellt sich die soziologische Studie Kurt Brigl-Matthiaß *Das Betriebsräteproblem /Berlin, Walter de Gruyter & Co./*. Die Entstehung des Betriebsrätegesetzes leitet sich nach dem Verfasser aus der revolutionären Rätebewegung, dem modernen Sozialismus und der sozialreformerischen Bewegung her. Brigl-Matthiaß untersucht vor allem, inwieweit sich sozialreformerische Tendenzen, insbesondere die nach ihm erwartete Milderung der Spannung zwischen Kapital und Arbeit, durch das Betriebsrätegesetz verwirklicht haben. Zu diesem Zweck wird der Einfluß des Betriebsrätewesens einmal auf die Gewerkschaften, zum andern auf die private Unternehmung erläutert. Er kommt zu dem Schluß, daß das Betriebsrätewesen für die Gewerkschaften nach anfänglichen Schwierigkeiten eine wesentliche Stärkung vom Standpunkt der gesellschaftlichen und machtpolitischen Kräfteverteilung aus bedeutet hat, daß es jedoch in den Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit eine grundsätzliche Wandlung nicht herbeizuführen vermochte. Haben sich so die sozialreformerischen Erwartungen kaum erfüllt, und ist die Wirkung der Betriebsräte auch auf die der früheren Ar-

beiterausschüsse zusammengeschrumpft, so ist doch eine Verbesserung der machtpolitischen Position der Arbeiterbewegung und der sozialen Lage der Arbeiter durch das Betriebsrätegesetz nicht zu verkennen.

Insoweit wird man die Ergebnisse des Verfassers gern anerkennen. Starke Bedenken erheben sich gegenüber seinen Ausführungen im einzelnen. Zunächst fehlt es an einer Klarstellung der soziologischen Methode der Untersuchung. Nur der 2. Teil (Einfluß auf die Unternehmung) ist in dieser Hinsicht einigermaßen unterbaut, während der 1. (Einfluß auf die Gewerkschaftsbewegung) zumeist verallgemeinerte Beispiele ohne methodische, etwa sozialtypische, Eingliederung bringt. Aber auch das offenbar reichere Grundmaterial zum 2. Teil ist nur unvollkommen bearbeitet, und vor allem mangelt es an der Möglichkeit die Art der Verwertung zu überprüfen, so daß die Einflüsse von Unternehmer- oder Arbeitnehmerseite auf dieses Material völlig undurchsichtig bleiben. Kann man die Tiefe der soziologischen Forschung des Verfassers schon deshalb anzweifeln, so noch mehr wegen der gesamten Blickrichtung des Buchs. Sie ist (an sich sicher kein Fehler) offenbar sozialreformerisch; der Verfasser gelangt aber vielfach nicht über eine gewisse privatwirtschaftliche Denkweise hinaus zu volkswirtschaftlicher Betrachtung. So kommt es, daß das Verhalten der Betriebsräte zwar vom Interesse des Unternehmers aus betrachtet wird; dagegen aus dem Verhalten der Unternehmer durchaus keine Rückschlüsse auf die Stellungnahme der Betriebsräte gezogen werden (zum Beispiel im Aufsichtsrat). Das sozialpsychologische Verständnis für die Haltung des Unternehmers ist daher stärker als das für die Haltung der Arbeiterschaft. Daraus folgt der weitere Fehler, daß das Buch nach der, vor allem sozialreformerischen, Wirkung des Betriebsrätegesetzes fragt, ohne (und zwar soziologisch) zu untersuchen, inwieweit das Gesetz selbst denn Möglichkeiten zu solcher Wirkung überhaupt in sich bietet. Wäre Brigl-Matthiaß von einer solchen Fragestellung ausgegangen, so hätten sich ihm vermutlich manche der geschilderten Tatsachen in anderem Licht gezeigt.

Informations-mittel

Aus der Bücherei des Arbeitsrechts /Berlin, Reimar Hobbing/ sind 2 wichtige Untersuchungen zu nennen. Friedrich Syrup gibt in seiner Schrift über die

Aufbringung der Mittel für die *Erwerbslosenfürsorge* in knapper Form eine übersichtliche Darstellung der entsprechenden Vorschriften, die eine eingehende Erläuterung erfahren. In ähnlicher Weise behandelt Oskar Weigert die neue Anordnung über Kurzarbeiterfürsorge, der er einleitend eine bereits oft auch in der Arbeitnehmerpresse zitierte Begründung vorausschickt. Beide Bücher erhalten besonders Wert dadurch, daß sie von den leitenden Beamten der betreffenden Fragegebiete geschrieben sind. In einem Ergänzungsband führt Martin Zschucke seine viel benutzte Arbeit Die *Erwerbslosenfürsorge* /Dresden, C. Heinrich/ bis zum Stand des 16. August 1925 weiter, wobei er, wie auch früher, als der leitende sächsische Beamte die dortigen Verhältnisse besonders berücksichtigt. Ein besonderes Verdienst haben sich Josef Eckert und Otto K. Hartmann mit der Herausgabe des Handbuchs der Reichsversicherung 1925-1926 /Berlin, Reimar Hobbing/ erworben. Das umfangreiche Werk bringt eine Zusammenfassung aller wichtigen Vorgänge in der *deutschen Sozialversicherung* vom Gesetz über Verordnungen, Bescheiden bis zu Rechtsprechung, Statistik und Literatur. Da es als 1. Band einer jährlich zu wiederholenden Reihe gedacht ist, so wird diesmal auch eine knappe, aber eindringliche Übersicht über Geschichte und Aufbau der Reichsversicherung gegeben. Die weite Verbreitung, die das Buch bereits in kurzer Zeit gefunden hat, beweist die Notwendigkeit seines Erscheinens. Eine textliche Zusammenfassung der weithin verstreuten Materie (Gesetze, Verordnungen, Bescheide, Urteile) gibt die von Mitgliedern des Reichsversicherungsamts herausgegebene Reichsversicherungsordnung mit Anmerkungen /Berlin, Julius Springer/. Im 4. Band dieser Veröffentlichung behandeln Hugo Hansow, Karl Lippmann und Hermann Dersch die Invalidenversicherung. Von kritischen Bemerkungen und der Kritik wissenschaftlicher Streitfragen ist abgesehen worden. Franz Allendorf bringt einen Kommentar zum Angestelltenversicherungsgesetz heraus /Berlin, Industrieverlag Spaeth & Linde/. In leicht faßlicher und eingehender Weise wird der Stoff unter Berücksichtigung des Rechts und der Rechtsprechung bis zum Oktober 1925 behandelt. Der Kommentar ist besonders für Industrie und Handel gedacht. Mit einer Veröffentlichung über die *Lohnsteuer* /Berlin, Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes/ füllen Paul Hertz und Erich Rinner

eine fühlbare Lücke aus. Der Stoff wird in der Einleitung historisch-politisch, dann darstellend und erläuternd behandelt. Erfreulich ist die volkstümliche, auf Arbeitnehmerleser berechnete Darstellung, ebenso die Beigabe von Mustern für Eingaben zu Ermäßigungen und Erstattungen. Der Kommentar schließt mit dem 1. Oktober 1925 ab, berücksichtigt also die neueste Erhöhung des steuerfreien Lohnbetrags noch nicht.

Kurze Chronik In Anerkennung der Notlage der Angestellten hat der deutsche Reichstag am 9. Juli 1926 ein Gesetz zur Verlängerung der *Kündigungsfristen* langjährig Angestellter beschlossen. ◊ Da eine Einigung über das geplante Lohnklassensystem in der deutschen *Erwerbslosenfürsorge* nicht erreicht werden konnte, wurde durch Gesetz vom 25. Juni 1926 eine Erhebung über den frühern Lohnstand der Erwerbslosen beschlossen; als Stichtag gilt der 2. Juli 1926. Die Höchstsätze der Erwerbslosenfürsorge und die Verordnung über Kurzarbeiterfürsorge wurden durch Anordnung vom 30. Juni, beziehungsweise 1. Juli 1926 bis zum 27. November 1926 verlängert. ◊ Nach heftigem Parlamentskampf wurde am 25. Juni die Abänderung des *Reichsknappschaftsgesetzes*, die besonders die Altersgrenze und die Beitrags- und Verwaltungsverteilung betrifft, beschlossen. ◊ Durch Erlaß des preußischen Handelsministers vom 19. April 1926 ist künftig die Einstellung von *Grubenkontrolleuren* aus den Reihen der praktisch erprobten Hauer ermöglicht. Damit ist eine alte Forderung der Bergarbeiter erfüllt. ◊ Das deutsche *Mieterschutzgesetz* wurde mit einigen Abänderungen am 29. Juni auf ein weiteres Jahr verlängert. ◊ In *Australien* wurde an Stelle der obligatorischen Staatsbürgerversorgung im Alter die Altersversicherung eingeführt.

Literatur Das Institut für Arbeitsrecht an der Universität Leipzig hat in seiner verdienstlichen Schriftenserie /Berlin, Reimar Hobbing/ 2 Neuerscheinungen zu verzeichnen. Die Grundformen des Arbeitsvertrages behandelt *Arthur Nikisch*. Er untersucht in eingehender und feinfühligster Art die Besonderheit im Wesen des Arbeitsvertrags. Er kommt zu dem Ergebnis, daß sich die Sonderstellung des Arbeitsverhältnisses juristisch aus der Tatsache der "Anstellung" ergebe. Zu regeln sei also nicht der Arbeitsvertrag, sondern der "Anstellungsvertrag". Dieser

Begriff wird eingehend geprüft und kasuistisch systematisiert. Man wird allerdings dem interessanten Versuch Nikisch' den Arbeitsvertrag einer soziologischen Betrachtung zu entziehen, um ihn einer individualrechtlichen, liberalen Weltanschauung einzufügen, nicht folgen können. ◊ Die andere Publikation: Die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit von *Gerhard Jäkel*, gibt als systematische Darstellung des Arbeitszeitrechts dem Praktiker eine brauchbare Handhabe. Allerdings weicht der Verfasser in den strittigen Punkten vielfach eigener Stellungnahme aus und begnügt sich mit einer Darstellung der verschiedenen Meinungen. Auch berührt es eigentümlich, daß er bei der Schilderung der Ausnahmen vom Achtstundentag »von der Frage ausgeht, wie die Ausnahmen für den Arbeitgeber am leichtesten zu erlangen sind«. Da die Arbeitszeitregelung unbestritten in die Kategorie des Arbeiterschutzes gehört, dürfte als Ausgangspunkt richtiger der Wirkungsgrad der Arbeiterschutzesabsicht in Betracht kommen. ◊ Einen guten Überblick über die Wohlfahrtspflege gibt eine Arbeit *Hans Muithesius* /Berlin, Julius Springer/. Die Absicht des Verfassers eine systematische Einführung auf Grund der Fürsorgepflichtverordnung und der Reichsgrundsätze, und nur dieser, zu geben wird durchaus erfüllt. ◊ Ein besonderes Kapitel der Wohlfahrtspflege behandelt das Tagebuch einer Fürsorgerin von *Hedwig Stieve* /Berlin, F. A. Herbig/. Diese Tagebuchblätter sind außerordentlich geeignet einen Überblick über den aufopferungsvollen Beruf der Fürsorgerin zu geben und bilden so ein wichtiges Dokument für die Gestaltung von Ausbildung und Tätigkeit der Fürsorgerin. Darüber hinaus aber leuchtet dem Leser immer wieder das Gepräge einer voll ausgebildeten, im Ringen nie müde werdenden Persönlichkeit entgegen, und das bringt einem das Büchlein so sehr nahe. Der Kampf der Verfasserin gegen die Familienfürsorge ist aus ihrer hohen Berufsauffassung zu verstehen; doch wird man ihre Anschauungen nicht völlig teilen können. ◊ Kinderspeisung betitelt sich ein lesenswerter Tätigkeitsbericht, den *Clara Henriques* im Auftrag des Deutschen Zentralausschusses für die Auslandshilfe unter Mitwirkung zahlreicher und namhafter Autoren herausbringt /Weimar, Hermann Böhlhaus Nachfolger/. Die Schrift wirkt für die Erzielung einer lebens- und arbeitsfähigen Bevölkerung durch gesunde Ernährung des Proletariates.

Wirtschaft / Max Schippel

Valutabewegung Das internationale Wirtschaftsleben stand im Juli zweifellos unter einem gesteigerten Druck, der überall den noch vorhandenen und selbst den etwas reichlichen Optimismus der angelsächsischen Länder wesentlich dämpfte. Nach außen hin spiegelte sich der ungünstige Umschwung vor allem in den erneuten Schwankungen der Währungen wider, wobei die Länder der ehemaligen Lateinischen Münzunion, mit Frankreich an der Spitze, am schlechtesten abschnitten. Der französische Franc, der normalerweise in London 1 Pfund = 25,2215 Francs gelten sollte, stand in den kritischen Tagen nach Mitte Juli zeitweise auf 245, ja 250, also auf etwa 1 Penny statt etwa 10 Pence. Ähnlich erhielt man in London zeitweise für 1 Pfund 223 belgische Francs und 153½ italienische Lire. Es ist selbstverständlich, daß sich unter einer solchen Währungskonstellation Frankreich nicht zur endgültigen Annahme der mit Amerika und England vorläufig vereinbarten Kriegsschuldenrückzahlungen entschließen konnte, und diese Zögerung verstärkte wiederum die rücksichtslose Pressionspolitik der angelsächsischen Mächte. Das bemerkenswerteste Symptom aber war, daß die bloße Tatsache der Bildung eines Kabinetts unter Poincaré, der alle wesentlichen politischen und wirtschaftlichen Kräfte des Landes zur Regierung zusammenfaßte, die französische Währung wieder mit einem Sprung hinaufschnellen ließ: von 250 Francs sank das Pfund Sterling noch vor der Regierungserklärung auf 190. Es dokumentiert sich darin der Glaube, daß Frankreich seine Finanzwirtschaft aus eigener Kraft, und eventuell gegen die angelsächsische Politik (siehe darüber den Artikel Quessels Die Hintergründe der Währungskrise Frankreichs, in diesem Band Seite 513 und folgende) wiederaufbauen kann. Und wenn dann auch gleich die Gegenbewegung der außenpolitisch inspirierten Spekulation begann und den Franc teilweise wieder drückte, so bewirkte doch die bestimmte Politik der neuen Regierung, die darauf ausgeht den Franc zunächst wieder auf den seinem wahren Wert entsprechenden Stand zu bringen, um dann später zu stabilisieren, und dies, ohne sich vom Ausland durch Anleihen abhängig zu machen, daß der Franc wieder schnell in die Höhe ging. Am 1. August galt das Pfund Sterling wieder 190, am 7. August nur noch 160 Francs.

Arbeitslosigkeit Ein sehr großes Warnungssignal bilden die Arbeitslosenzahlen. In England gab es, von den Bergarbeitern abgesehen, am 12. Juli 1644 300 Arbeitslose, gegen 1 105 916 am 3. Mai, beim Beginn des Gruben- und Generalstreiks, und gegen etwas über 1 Million, die im Sommer 1924 erreicht war, obwohl man selbst damals noch von einem unerhörten Niedergang des Arbeitsmarkts sprach. Zu den 1,64 Millionen Arbeitslosen der Arbeiterversicherungsstatistik kommen heute jedoch noch 1,2 Millionen streikende Arbeiter und 2,5 Millionen von den Bergarbeitern abhängige, meist verwandte Personen. In Deutschland war seit dem Höchststand von 2,058 Millionen am 15. Februar 1926 die Anzahl der Arbeitslosen um rund 300 000 zurückgegangen, seitdem schwankt sie um 1,7 bis 1,8 Millionen. Naturgemäß tragen die Großstädte die Hauptlast. Während im Reichsdurchschnitt Anfang Juni auf 1000 Einwohner 28 Hauptunterstützungsempfänger kamen, stand in den Städten mit über 100 000 Einwohnern Chemnitz mit 46,9 an 1. Stelle. Es folgten Mannheim mit 42,2, Leipzig mit 38,9, Dresden mit 37,8 und Hamburg mit 36,4. Am schlimmsten unter allen deutschen Städten ist ohne Zweifel das von Mode und Luxus abhängige Stickereizentrum Plauen im Vogtland daran, in dem die Anzahl der Erwerbslosen in den letzten Monaten zwischen 75 und 70 auf je 1000 Einwohner schwankte.

Kriegs- und Nachkriegswirtschaft

Die bereits häufiger erwähnte, von der Carnegie-Stiftung für internationalen Frieden ausgehende Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Weltkrieges füllt sich rasch in neuen, immer inhaltreichen Bänden auf. F. W. Hirst und J. E. Allen bieten in *British War Budgets* eine Analyse der sich folgenden 12 britischen Budgets von 1914 bis 1924 und zugleich der wechselnden amtlichen Strebeziele, der Haltung und Forderung der Parteien, vor allem auch der Unternehmer und Arbeiter, der Protektionisten und Freihändler. Ein besonderes Interesse gewähren das allmähliche Hervortreten und Erstarren der schutzzöllnerischen Tendenzen in England und die Finanzpolitik der Arbeiterpartei unter Philip Snowdens Schatzkanzlerschaft. Mehr als der Titel *Rural Scotland during the War* erwarten läßt, bietet ein weiterer Band, in dem David T. Jones die Umwälzungen in der Fischerei darlegt, H. M. Conacher die Erzeugung

pflanzlicher und tierischer Lebensmittel, ferner die Wollproduktion, Joseph F. Duncan die Schicksale des Landarbeiters, W. R. Scott die innere Kolonisation; mehr anhangsweise bespricht J. B. Davis die Juteindustrie in Dundee.

Viel Lehrreiches über die Bedrängnis Österreichs nach dem Krieg, über die handelspolitischen Anlehnungsneigungen gegenüber Deutschland bringt Siegmund Schilders Arbeit *Der Streit um die Lebensfähigkeit Österreichs* /Stuttgart, Ferdinand Enke/.

Der Bruder des Urhebers des Dawesplanes, Rufus C. Dawes, der seinerzeit an allen Arbeiten der Sachverständigen teilgenommen hat, hat in Tagebuchberichten das Entstehen und Ausgestalten eines klaren Plans mit bestimmten Zielen in überaus instruktiver Weise erzählt (Wie der Dawesplan zustande kam /Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt/).

Die vitale Bedeutung der letztjährigen deutschen Finanzriesenanstrengungen sowie der Finanzauseinandersetzung zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, wie sie eines der Hauptprobleme der gesamten Nachkriegszeit bildeten, beleuchtet von ungewöhnlich hoher Warte aus Heinrich Herkner, in einem der von Bernhard Harms herausgegebenen Kieeler Vorträge: *Steuernotwirtschaft, Steuerreform und Finanzausgleich 1925* /Jena, Gustav Fischer/.

Von der lebhaften literarisch-redaktionellen Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamts legt die neueste Materialiensammlung über die Wellenbewegungen der Löhne in verschiedenen Ländern seit 1914, also vor allem unter der Währungszerüttung der Inflation wie der sozial vielleicht noch viel schmerzhaftern Deflation, abermals Zeugnis ab. Die frühere Übersicht reichte bis 1921. Die neueste führt den Titel *Les fluctuations des salaires dans différents pays de 1914 à 1925* /Genf, Bureau International du Travail/.

Handelspolitik Unter der Leitung Hanns Heimanns hat sich eine Reihe von Mitarbeitern aus den verschiedensten Lagern, Männern der Wissenschaft und Wirtschaft, der Verwaltung und Politik, ohne Unterschied der partei- und wirtschaftspolitischen Stellung, zur Aussprache über die Europäische Zollunion vereinigt /Berlin, Reimar Hobbing/. Neben Gustav Stolper und Julius Wolf, den langjährigen Vorkämpfern der mitteleuropäischen Wirtschaftsnäherung, fehlen Gegner oder doch kühl abwartende Beobachter wie Franz Eulenburg und Graf Kalkreuth,

der Präsident des Reichslandbundes, nicht. Den Sozialdemokraten werden vor allem die Darlegungen Max Cohens, Willy Eggerts, Paul Göhres und August Müllers interessieren, aber auch Georg Gotheins und Theodor Heuß'. Alles in allem vielleicht die beste bisher veröffentlichte Orientierung über das Für und Wider des wichtigen Problems. Freilich fällt es auf, daß alle großindustriellen Wortführer fehlen.

Die Schrift Wladimir Woytinskys Die Vereinigten Staaten von Europa /Berlin, J. H. W. Dietz Nachfolger/ häuft einen fast überreichen Zahlenstoff über die weltwirtschaftliche und die europäische Entwicklung vor und nach dem Weltkrieg auf. Woytinsky sieht in einer wirtschaftlichen Vereinigung der Staaten des mehr und mehr entthronten Europas den einzigen Ausweg, den in erster Linie die Arbeiterbewegung zu erschließen und energisch weiter zu verfolgen habe.

In engem Rahmen hält sich das Buch des ehemaligen ungarischen Staatssekretärs Elemer Hantos Die Handelspolitik in Mitteleuropa /Jena, Gustav Fischer/. Hantos entwirft ein förmliches Programm für eine wirtschaftliche Annäherung der habsburgischen Nachfolgestaaten, Rumänien und Gesamtpolen eingeschlossen. Die handelspolitische Lage der einzelnen Länder wird dabei, besonders statistisch, zergliedert; neben den vorwärtsdrängenden Interessen bleiben die Hemmungen nicht unerwähnt. Auch auf das Meistbegünstigungsrecht der Außenseiter wird eingegangen. Hantos sieht dabei bezeichnenderweise Schwierigkeiten mit England nur, falls Deutschland oder Italien irgendwie einbezogen werden. Hantos wirkt seit 1919 für die erwähnte eingeschränkte Währungs-, Wirtschafts- und Verkehrsgemeinschaft in Mitteleuropa. Die Schrift wurde als Denkschrift für die Sachverständigen des Völkerbunds ausgearbeitet.

Über die deutsch-italienischen Handelsbeziehungen schreibt Rudolf Schneiders im 8. Heft von Kurt Wiedenfelds Modernen Wirtschaftsgestaltungen /Bonn, A. Marcus & E. Weber/.

Die vielumstrittenen, ganz widersprechend beurteilten deutsch-russischen Rechts- und Wirtschaftsverträge nebst Konsularvertrag vom 12. Oktober 1925 hat Georg Cleinow herausgegeben /Berlin, Reimar Hobbing/. Es sind alle in Frage kommenden Verträge, auch aus früherer Zeit, im vorliegenden Werk vereinigt, mit Erläuterungen aus den Sitzungsprotokollen und aus der Denkschrift des Auswärtigen Amtes an den Reichsrat.

Mit überraschender Entschiedenheit hat neuerdings Griechenland das Werk seiner wirtschaftlichen Modernisierung in die Hand genommen, so daß das Buch Xenophon Zolotas' Griechenland auf dem Wege zur Industrialisierung Leipzig, B. G. Teubner/ Beachtung verdient. Jedoch auch auf die Hemmungen, wie sie bei der Industrialisierung eines Agrarlands in der Regel entstehen, weist die Schrift hin, deren Verfasser für die ausländische Produktion von Qualitätswaren keine übergroßen Gefahren sieht.

Die ausführlichste und beste Zergliederung des Dumpingproblems, der Ursachen und Formen des Dumping wie der gesetzgeberischen Gegenmaßnahmen, besonders der angelsächsischen Länder, liegt in Jacob Viners Dumping, a Problem in International Trade Chicago, University Press/ vor. Die Bibliographie ist hier gleichfalls dankenswert, weil sie vornehmlich die Literatur, einschließlich der parlamentarischen und amtlichen Drucksachen der Vereinigten Staaten und der englischen Dominien, verzeichnet.

Informationsmittel Der rührige Verlag H. Meyer in Halberstadt bringt kurzgefaßte Wörterbücher für *Recht und Wirtschaft* heraus. In dem Bändchen Wolfgang Hellers über Nationalökonomie (Theorie und Geschichte) sind in geschicktester Weise in alphabetischer Anordnung die Fachausdrücke erläutert und die einzelnen Fragen in ihrer Entwicklung vorgeführt, stets unter Hinweis auf die hervorragendste Literatur. Die Anlage, ferner die Vorauszeichnung einer systematischen Gliederung der Stichwörter und einer gedrängten Übersicht des ganzen Stoffs der theoretischen Nationalökonomie scheint sehr glücklich.

Auch für das *Wirtschaftsjahr 1925* ist der stets vielbeachtete Rückblick Fritz Naphtalis aus der Frankfurter Zeitung in Sonderabdruck unter dem Titel *Abbau und Aufbau* erschienen /Frankfurt, Frankfurter Sozietätsdruckerei/.

Die hier öfter erwähnte, unter Mitwirkung von Ernst Kahn erscheinende *Wirtschaftskurve mit Indexzahlen* der Frankfurter Zeitung /Frankfurt, Frankfurter Sozietätsdruckerei/ hat ihr Arbeitsfeld (Preise, Produktion, Außenhandel, Arbeitsmarkt, Börse, Kapitalmarkt) immer mehr vertieft und erweitert und soll hier als vielbenutztes Hilfsmittel des Wirtschaftspraktikers wie des Wissenschaftlers nicht unerwähnt bleiben. Die Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte legte den 2. Jahrgang ihres

der wirtschaftlichen Schulung der Arbeiter dienenden *Wirtschaftsstatistischen Jahrbuchs* der Öffentlichkeit vor /Wien, Selbstverlag/. Neu aufgenommen wurden Abschnitte über Sozialversicherung, Fürsorgewesen, Wiener städtische Betriebe, Flug- und Rundfunkverkehr.

Das Institut für Konjunkturforschung, als dessen 1. Veröffentlichung Anfang 1926 die Denkschrift über die weltwirtschaftliche Lage Ende 1925 erschien, gibt nunmehr als regelmäßige Publikation unter der Leitung Ernst Wagemanns *Vierteljahrshette zur Konjunkturforschung* heraus /Berlin, Reimar Hobbing/.

Von Karl Borchardt und Käte Bonikowsky liegt als umfassendes Unterrichts- und Nachschlagewerk ein *Handbuch der Kohlenwirtschaft* vor /Berlin, Die Kohlenwirtschaft/. In Unterscheidung von den mehr bergtechnischen, bergrechtlichen, chemischen großen Veröffentlichungen legt es den Nachdruck auf die wirtschaftlichen Probleme. Über die Kohlenreviers-, die Betriebs- und Nebenbetriebsgestaltung, die Feuerungssysteme, das Bergrecht, über Transport, Handel und Absatz schreiben hervorragende Volkswirtschaftler und Fachmänner. Daran reiht sich eine Fülle von privatwirtschaftlichen und statistischen Mitteilungen über die hervorragendsten Einzelunternehmungen und die Gesamtanlage der Kohlenwirtschaft. Das Ausland ist auf das ausführlichste herangezogen.

Der Industrieverlag Spaeth & Linde in Berlin setzte die Reihe seiner sehr informierenden *betriebs- und finanzwissenschaftlichen* Schriften fort. Auf manche wird man gelegentlich zurückkommen. Diesmal seien nur die folgenden Arbeiten genannt: Jakob Fritz Finanzierung und Steuer in der Goldmarkeröffnungsbilanz, Wilhelm Kalveram Goldmarkbilanzierung und Kapitalumstellung, Richard Malteur Die Zwischenbilanz als Mittel der Kontrolle und Betriebsleitung, Paul W. E. Schulze Die Unkostenverarbeitung industrieller Unternehmungen.

Vom *New Zealand Official Year-Book* /Wellington, Government Printer/ liegt wieder ein neuer inhaltschwerer Jahrgang vor. Neu aufgenommen sind Abschnitte und Statistiken über die Gewerkschaften, die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, über gewerbliche Unfälle.

Kurze Chronik Die deutsche Reichsbank ermäßigte am 6. Juli ihren *Diskont* von $6\frac{1}{2}\%$ (seit 7. Juni 1926 geltend, vorher 7% seit 26. März 1925) auf 6%. ◊ Am 12. Juli kam es in Deutschland zur Gründung

einer einheitlichen *Zündholzvertriebsaktiengesellschaft*, nachdem lange Zeit ein Privatmonopol des schwedischen Trusts respektive ein gesetzliches Zündholzmonopol unter Übernahme seitens des Trusts in Aussicht zu stehen schien. Die Großeinkaufsgesellschaft der deutschen Konsumvereine hat sich dabei in sehr glücklicher Weise eine Ausnahmestellung für die Beziehungen zwischen ihrer Eigenproduktion und ihren angeschlossenen Organisationen gesichert. ◊ Die Sinclair-petroleumgesellschaft in New York erhielt von der persischen Regierung in den 4 nördlichen Provinzen *Petroleumkonzessionen*, unter der Bedingung, daß sie der persischen Regierung in Amerika eine Anleihe von 10 Millionen Dollars vermittelt. ◊ Nach dem am 14. Mai zwischen *Schweden und Deutschland* abgeschlossenen Handelsvertrag erreichte man am 14. Juli einen neuen wichtigen Vertrag zwischen Deutschland und der Schweiz. ◊ Ende Juni erlosch die *völkerbundliche Finanzvormundschaft* für Deutsch Österreich wie für Ungarn.

Literatur

In eigenartigem Aufbau behandelt im 20. Band der Handelshochschulbibliothek /Leipzig, G. A. Gloeckner/ *Heinrich Sieveking* die Grundzüge der Wirtschaftswissenschaften. Für die einzelnen volkswirtschaftlichen Gebiete wird meist teils die wirtschaftsgeschichtliche Entwicklung teils die Geschichte der theoretischen Lehrmeinungen dargeboten, und daran knüpft sich eine ausführliche eigene Darlegung und kritische Stellungnahme. Eine große Vertrautheit mit der Literatur und eine starke Fähigkeit zu tieferm Eindringen in die einzelnen Probleme, ohne daß die Flüssigkeit der Darstellung darunter leidet, zeichnen das Buch zweifellos aus. ◊ Speziell den Theorien und Tatsachen der Bevölkerungsentwicklung ist das 4. Bändchen der Wirtschaftswissenschaftlichen Leitfäden /Berlin, Julius Springer/ Bevölkerung von *Harald Wright* gewidmet. ◊ In überaus mühsamer Weise hat *Emil Notz* die säkulare Entwicklung der Kaufkraft des Geldes untersucht /Jena, Gustav Fischer/, vorwiegend an der Hand der Baseler Statistiken, aber mit umfassenden internationalen Vergleichen. Den statistischen und historischen Teilen geht eine längere theoretische Analyse der Methoden der Geldkaufkraftmessung voraus. Der Schluß wendet sich den Veränderungen der Löhne und Besoldungen, des Reallohns und der Lebenshaltung zu. ◊ Großangelegt und

verdienstvoll ist Leo von Bortkiewicz' Serie populärer statistischer Bücher /Berlin, Rudolf Mosse/. *Wladimir Woytinski* (Die Welt in Zahlen) behandelt hier für Deutschland und das Ausland das ungemein wichtige Gebiet der Arbeit; Größe und Zusammensetzung der Arbeiterklasse, Frauen- und Kinderarbeit, die Organisationen, die Tarifverträge, den Arbeitslohn, die Arbeitszeit, Streiks und Aussperrungen, Arbeitslosigkeit, Sozialversicherung. Farbige Diagramme und eine glückliche Darstellung beleben den Stoff, so daß wir weit mehr als ein bloßes wertvolles Nachschlagewerk erhalten. ◊ Vom *Internationalen Arbeitsamt* ist schon früher eine Reihe recht beachtlicher Arbeiten über das bolschewistische Rußland ausgegangen. In erster Linie steht dabei das kürzlich herausgegebene Werk *La Coopération dans la Russie des Soviets* /Genf, Bureau International du Travail/. Die ursprüngliche theoretische Einschätzung der Genossenschaftsbewegung durch den ersten Leninismus, die zugeachtete wechselnde ökonomische Rolle unter den wechselnden Versuchen des Staatskapitalismus und der Kompromisse mit der agrarischen, schließlich jedoch auch der industriellen Privatwirtschaft wird hier allgemein sowie nach der Seite der Lebensmittelversorgung, des Handels, des Kredits geschildert. Sehr willkommen ist ferner die Genfer Zusammenstellung über die Bundes- und Einzelstaatsgesetzgebung, die Tarifvertragsregelungen und die tatsächlichen Zustände betreffs der Arbeitszeit in den Vereinigten Staaten (*La durée du travail dans l'industrie; Etats-Unis*). Ähnliche Übersichten über Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Schweiz, Holland, die Tschechoslowakei gingen bereits voraus. ◊ Das Werden und Wirken der Internationalen Arbeitsorganisation des Völkerbundes hat übrigens neuerdings eine englische Darstellung unter reichlicher Wiedergabe des wichtigsten Aktenmaterials gefunden in *G. A. Johnstons International Social Progress* /London, George Allen & Unwin/. In dem Werk spiegeln sich offenbar die Anschauungen der Genfer Leitung wie des englischen Arbeitsministeriums wider. ◊ Zu den von Hermann Aubin herausgegebenen Beiträgen zur mitteldeutschen Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftskunde /Halberstadt, H. Meyer/ hat *Fritz Molle* als Beitrag zur Frage der innerstaatlichen Wanderungen eine größere Schrift über das Eichsfeld als Ausgangspunkt für

Arbeiterwanderungen beigesteuert. Seit Kärgers Sachsendüngerei verfügen wir kaum über eine ähnliche eingehende Darstellung, nur daß hier von der sozialen Struktur des Abwanderungsgebietes ausgegangen und dann die Ausstrahlung nach den Ziegeleien und Baubetrieben, den Konserven- und Zuckerfabriken entwickelterer Wirtschaftsbezirke näher verfolgt wird. ◊ Offenbar in engstem Zusammenhang mit der Praxis entstanden und viel durch Aussprachen mit industriellen Führern gefördert ist *Wilhelm Eberts* Arbeit *Die chemische Industrie Deutschlands*, ein Beitrag zur Wirtschaftskunde /Berlin, Verlag Chemie/. Die statistisch-stoffliche Beschreibung tritt hier mehr in den Hintergrund; um so mehr hebt sich die Wesensart der Produktionskräfte und der Erzeugnisse hervor, auch die allgemeine volkswirtschaftliche Theorie vermag reiche Anregung aus dieser verdienstvollen Analyse der Aufgabe, Tätigkeit und des Erfolgs einer unserer grundlegenden Gewerbegruppen zu schöpfen. ◊ Nach einem längern Aufenthalt in den Vereinigten Staaten hat *Arthur Feiler* gleichfalls seine Erfahrungen in einer größeren Schrift *Amerika - Europa* /Frankfurt, Frankfurter Sozietätsdruckerei/ niedergelegt. Die andersartigen Grundlinien des amerikanischen Seins und Werdens weiß Feiler sehr gut zur Geltung zu bringen. Was er, von dem halbkolonialen Charakter ausgehend, über den noch immer nicht beendeten Landüberfluß, die Siedelung, die Klassenschichtung und die Arbeitsverhältnisse, die Einwanderung, die Rassen- und nationalen Fragen ausführt, ist ebenso sachlich zutreffend wie in der Form fesselnd. ◊ Über eine der umstrittensten führenden Persönlichkeiten der jüngsten deutschen Schicksalsperiode, *Karl Helfferich*, liegt nunmehr in den Erinnerungen *Karl von Lunnms Karl Helfferich als Währungspolitiker und Gelehrter* /Leipzig, C. L. Hirschfeld/ eine Art biographischer Würdigung vor. ◊ Von *Henry Fords* Selbstbiographie, *Bekenntnis und Werbeschrift Mein Leben und Werk* ist eine billige Ausgabe herausgekommen /Leipzig, Paul List/. Der Gedanke der Produktionsverbilligung ohne Zurückschraubung und Gefährdung der Lebenshaltung des Arbeiters wird so noch leichter Anhänger werben können. (Was zu diesem Werk und seinem Verfasser kritisch zu bemerken ist, gehört seinem Wesen nach nicht in die Wirtschaftsroundschau, kann daher in diesem Zusammenhang nicht erörtert werden.)

Kommunalsozialismus / Hugo Lindemann

Preußen: Der Landtag erledigte vor Städteordnung einer einiger Zeit den vom Zentrum aufgegriffenen Entwurf einer Städteordnung, der seit Jahren die Gesetzgebung beschäftigt (siehe diese Rundschau, 1922 I Seite 602 und folgende), in 2. Lesung und stellte die weitere Beratung vorläufig zurück. Diese Pause gibt Anlaß sich mit seinen Beschlüssen zu beschäftigen.

Der an die Spitze gestellte § 1 ist unverändert geblieben. Er unterscheidet zwischen Selbstverwaltungs- und Auftragsangelegenheiten. Die ersten werden von den Gemeinden in eigener Verantwortung verwaltet, mag es sich um gesetzlich obliegende oder freiwillig übernommene Aufgaben handeln. So erklärt der § 2 der Ausführungsverordnung zur Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 13. Februar 1924 die Aufgaben der Landes- und Bezirksfürsorgeverbände zu Selbstverwaltungsangelegenheiten der Gemeinde und Gemeindeverbände. Auftragsangelegenheiten sind solche, die den Gemeinden zur Ausführung nach Anweisung übertragen sind.

Im § 73 werden die Selbstverwaltungsangelegenheiten näher definiert. Es sind Aufgaben, die sich aus dem Zusammenleben in örtlicher städtischer Gemeinschaft ergeben, allerdings nur soweit sie nicht durch das Gesetz einer andern Stelle übertragen sind. Die Durchführung dieser Aufgaben kann von den Städten freiwillig übernommen oder ihnen durch Gesetz auferlegt werden. Zu dieser Definition bringen dann die §§ 73a bis 75 eine Reihe näherer Vorschriften darüber, wie diese Angelegenheiten zu führen sind. Es wird zunächst festgestellt, daß die Tätigkeit der Städte auf diesem Gebiet »unter eigener Verantwortung« und »frei von Anweisungen der Aufsichtsbehörde unter Berücksichtigung des gemeinen Wohles« erfolgt. Sie sollen den Grundsätzen einer sparsamen, ordnungsmäßigen Verwaltung entsprechen. Der § 75 Absatz 1 der Kommissionsbeschlüsse, wonach die Betätigung einer Stadt nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu ihrer öffentlichrechtlichen Stellung und ihrer Leistungsfähigkeit geführt werden muß, wurde in der Plenarberatung gestrichen. Es blieben nur die Bestimmungen bestehen, die sich auf die privatwirtschaftliche Tätigkeit einer Stadt beziehen. Die ganze Tragweite der in den § 73a eingefügten Vorschrift, wonach die Tätigkeit der Stadt den Grundsätzen

einer sparsamen ordnungsmäßigen Verwaltung entsprechen soll, tritt nur dann klar hervor, wenn wir sie mit den Vorschriften über die staatliche Aufsicht in Verbindung setzen. Nach § 105 können Gemeindebeschlüsse sowie Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung, die einer Zustimmung des Magistrats nicht bedürfen, von der Aufsichtsbehörde als gesetzwidrig festgestellt werden, falls sie das bestehende Recht verletzen, und soweit sie nicht schon von dem Gemeindevorstand beanstandet sind. Das gilt auch von Magistratsbeschlüssen und von Beschlüssen und Verfügungen des Bürgermeisters in den Städten mit Bürgermeistereiverfassung. Offenbar gibt der § 73a der Aufsichtsbehörde die Möglichkeit schrankenlos in die Gemeindeverwaltung einzugreifen und Gesetzwidrigkeit festzustellen, sobald nach ihrer Ansicht das gemeine Wohl nicht berücksichtigt ist oder die Beschlüsse mit den Grundsätzen einer sparsamen ordnungsmäßigen Verwaltung unvereinbar sind. Unter dem gemeinen Wohl kann alles verstanden sein, da es sich hier nicht nur um das Wohl der Stadtbewohner, sondern ebenso sehr um das des Staates im ganzen handeln kann. Ein jeder Beschluß einer Gemeinde, der in die Klassenkämpfe zwischen Unternehmer und Arbeiter zugunsten der Arbeiter eingreift, wie das die ganze sozialpolitische Gesetzgebung des Reichs unbestritten tut, kann ohne Unterschied von der Aufsichtsbehörde als gesetzwidrig festgestellt werden. Gegen die Feststellung steht allerdings den Gemeindebehörden die Klage im Verwaltungsstreitverfahren zu. Da sie aber keine aufschiebende Wirkung hat, verbleibt es bei der Unwirksamkeit des Beschlusses oder der Verfügung, die eine Folge der Feststellung der Aufsichtsbehörde ist. Das bedeutet, daß ganze Teile der kommunalen Verwaltung von der Aufsichtsbehörde blockiert werden können, da Verwaltungsstreitverfahren nicht gerade sehr schnell erledigt zu werden pflegen. Man stelle sich zum Beispiel eine kommunistische Stadtvertretung vor, die vielleicht in offenem Kampf mit dem Bürgermeister und der Aufsichtsbehörde liegt. Nicht weniger dehnbar ist auch die Vorschrift über die sparsame ordnungsmäßige Verwaltung. Der Kampf, den die Unternehmerverbände in den letzten Jahren gegen die Gemeindeverwaltung führen, und bei dem sie die verständnisvolle Unterstützung der Reichs- und Staatsbureaukratie finden, eröffnet den Städten höchst unangenehme Aussichten

bei der Anwendung dieser Vorschrift. Die Unternehmer behaupten, daß die Städte in Bausch und Bogen verschwenderisch wirtschaften. Da sie den Beweis für ihre Behauptung in dieser Allgemeinheit nicht erbringen können, greifen sie einige Beispiele heraus und verlangen auf Grund ihrer so gestützten Behauptung eine weitgehende Entrechtung der Kommunen, anstatt den Versuch zu machen in den Stadtvertretungen der einzelnen Städte die beanstandeten Beschlüsse zu bekämpfen und ihre Aufhebung durchzusetzen. Jede Klage eines Unternehmerverbands wird aber bei den staatlichen Aufsichtsbehörden ein offenes und willfähiges Ohr finden. Bei dem Machthunger, der unsere staatliche Bürokratie auszeichnet, wird zu erwarten sein, daß sie von den Vollmachten der erwähnten Paragraphen im weitesten Umfang Gebrauch machen wird. Die Zeiten des Kriegs, in denen man die Gemeinden unbedingt brauchte und daher geneigt war sich auf den Gedanken der Selbstverwaltung zu besinnen, ihm in schönen Worten Ausdruck zu geben, sogar ihm in der Praxis etwas nachzugeben, liegen weit zurück. Die Feststellung der Gesetzwidrigkeit auf Grund der Verletzung des gemeinen Wohls oder der Grundsätze sparsamer ordnungsmäßiger Verwaltung kann sich zu einem stets bereiten Knebel der Selbstverwaltung ausbilden. Und wozu unsere Staatsbürokratie fähig ist, und mit welcher Hartnäckigkeit sie ihre Herrschaftsziele verfolgt, dafür ist die Geschichte der kommunalen Selbstverwaltung in allen Ländern des Reichs vor und nach der Umwälzung vom November 1918 ein unwiderleglicher Zeuge.

Zu den Selbstverwaltungsangelegenheiten gehört unbestritten die Verwaltung der städtischen Betriebe. In ihrer Knebelung fanden sich Regierung und Unternehmer zu einträchtigem Wirken zusammen. Bisher war sie von gesetzlicher Einmischung frei. Nur das Kommunalabgabengesetz enthält im § 3 eine Vorschrift, wonach die Einnahmen mindestens die gesamten durch die Unternehmung der Gemeinde erwachsenden Ausgaben einschließlich der Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals decken müssen. Nunmehr sind in den §§ 75 bis 77 in manchen Fällen ungemein hinderliche Vorschriften zusammengefaßt worden. Die privatwirtschaftliche Betätigung einer Stadt darf die Lösung ihrer öffentlichrechtlichen Aufgaben nicht beeinträchtigen. Sie muß ferner auf die »berechtigten Belange« der anderen Ge-

meinden und Gemeindeverbände sowie der eigenen Gewerbetreibenden Rücksicht nehmen. Was sind nun diese »berechtigten Belange«, wie es in der deutsch-tümelnden Gesetzessprache so schön heißt? Und wie müssen sie in dem Konkurrenzkampf von Städten unter einander, zum Beispiel bei der Errichtung von Märkten, Messen oder anderer wirtschaftlicher Unternehmungen, berücksichtigt werden? Darf eine Stadt eine Schlächtereier einrichten, wenn die Metzger zu hohe Fleischpreise fordern? Ist es nicht ein »berechtigter Belang« den höchstmöglichen Profit zu erreichen? Das ist doch der Grundsatz unserer kapitalistischen Produktion. Alle Einrichtungen öffentlicher Preisprüfung werden doch jetzt vollständig aufgehoben. Der Gewerbetreibende hat also das Recht seine Preise so hoch zu steigern, wie ihm wirtschaftlich möglich ist, und die Stadt darf ihn nicht an seinen »berechtigten Belangen« hindern. Ferner müssen die städtischen Betriebe das öffentliche Bedürfnis befriedigen, wenn der Wettbewerb gleichartiger wirtschaftlicher Betriebe tatsächlich ausgeschlossen ist. Wie läßt es sich feststellen, ob das öffentliche Bedürfnis befriedigt ist oder nicht? Müssen die Städte nun in abgelegenen Vororten eine gänzlich unrentable Straßenbahn einrichten? Oder einen Autoomnibusverkehr einrichten? Der Wettbewerb gleichartiger wirtschaftlicher Betriebe ist tatsächlich ausgeschlossen. Das öffentliche Bedürfnis ist nicht befriedigt. Will das Gesetz den Städten Defizitwirtschaften aufzwingen?

Die werbende Betätigung soll, so wird in dem geradezu hervorragenden § 77 gesagt, nach fachlich-wirtschaftlichen und kaufmännischen Grundsätzen geführt werden. Da die beiden Attribute mit »und« einander gleichgeordnet sind, müssen sie einander ausschließen. Aber die Wirtschaftlichkeit gehörte doch bisher wenigstens stets zu den kaufmännischen Grundsätzen, die man immer den unwirtschaftlich arbeitenden Städten so hoch angepriesen hat. Was sind fachlich-wirtschaftliche Grundsätze? Soll damit gesagt sein, daß die Städte ein Gaswerk nach den wirtschaftlichen Grundsätzen eines Gaswerks und nicht nach denen eines Schlachthofs führen müssen? Dann besagt die Vorschrift nur einen Gemeinplatz. Alljährlich sollen Veröffentlichungen über die werbende Betätigung erfolgen, aus denen die wirtschaftliche Lage der Betriebe hervorgeht. Die werbende Betätigung soll weiter

grundsätzliche Überschüsse zur teilweisen (!) Deckung der Haushaltsbedürfnisse der Stadt erzielen, muß mindestens aber die Kosten einschließlich der Verzinsung und Tilgung des aufgewendeten Kapitals und bei Betrieben der Erneuerung der Einrichtung decken. Gilt diese Forderung bereits für das erste Jahr der Unternehmung? Und wie steht es mit den zahlreichen für die wirtschaftliche Entwicklung einer Stadt notwendigen Verkehrsunternehmen, die häufig die Verzinsung und Tilgung des aufgewendeten Kapitals nicht aufgebracht haben? Sehr viel Belehrung werden die Städte aus einer weitem Vorschrift ziehen, die ihnen zur Pflicht macht auf die Wohlfahrt der Bevölkerung bei werbenden Betrieben Rücksicht zu nehmen, die unmittelbar die Bevölkerung mit lebenswichtigen Bedürfnissen versorgen. Ist die Mehrheit des Landtags, die solche geistvollen Paragraphen verfaßt hat, der Ansicht, daß die Gemeinden bei ihrer gewerblichen Tätigkeit aus irgendwelchen anderen Gründen, das heißt wohl fiskalischen, und nicht aus Gründen der Wohlfahrt ihrer Bevölkerung solche Betriebe einrichten? Was sollen solche Vorschriften? Und dann im letzten Absatz des ominösen § 77 die Vorschrift: Werbende Betriebe sind von der Gemeinde in wirtschaftlicher und, soweit nicht reichsgesetzliche Steuerbefreiungen vorgenommen worden sind, auch in steuerlicher Hinsicht den Privatbetrieben gleichzustellen. Hier hat der Gesetzgeber im Absatz 4 schon wieder vergessen, was er im Absatz 3 den Städten zur Pflicht macht. Die werbenden Betriebe sollen also außer den Überschüssen noch Gewerbesteuern aufbringen. Das können sie aber nur dann, wenn sie die Preise ihrer Waren entsprechend erhöhen, wenn sie also die große Masse der Bevölkerung höher belasten als zuvor. Soweit es sich um monopolähnliche Betriebe handelt, wie Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke, Straßenbahnen, ist mit einer solchen Besteuerung auch keinem Gewerbetreibenden irgendwie geholfen. Im Gegenteil, er wird nur höher belastet. Eine eventuelle Entlastung an Steuer fällt nur bei den großen Steuerzahlern ins Gewicht. Die Vorschrift ist also im höchsten Grad plutokratisch.

In der Plenarberatung wurde auf einen sozialdemokratischen Antrag hin in den § 105 Absatz 1 eine Bestimmung eingefügt, wonach die Vorschriften über die gesetzwidrige Feststellung von Gemeindebeschlüssen auf die wirtschaftlichen Grundsätze der §§ 73a bis 77

keine Anwendung finden. Damit sind diesen Vorschriften die Giftzähne ausgezogen. Die Aufsichtsbehörden können nicht eingreifen, wenn sich die Städte um diese wirtschaftlichen Grundsätze nicht kümmern. Diese können sie aber, darüber ist sich jeder Verständige klar, bei ihrer Betriebsführung gar nicht berücksichtigen; denn kommunale werbende Betriebe sind eben nicht private und können auch nicht nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen behandelt werden. Man kommunalisiert sie ja gerade, um sie von den der Privatwirtschaft gesetzten Schranken zu befreien.

Ein weiterer, nicht minder wichtiger Punkt des Entwurfs sei in wenigen Worten erledigt. Der Entwurf war von der Magistratsverfassung ausgegangen, hat aber neben ihr auch noch die Bürgermeistereiverfassung zugelassen, also einfach das bestehende Recht übernommen. Um die Formen der Verfassung war ein sehr lebhafter Streit entstanden. Außer den beiden genannten Formen trat die sogenannte süddeutsche Stadtratsform in den Vordergrund. Sie wurde von bedeutenden Partei- und Kommunalpolitikern, zuletzt auch von dem Deutschen Städtetag in seinem Entwurf einer Reichsstädteordnung mit ausschließlicher Geltung für ganz Deutschland vertreten. Für den preußischen Landtag in seiner Mehrheit hat diese Fortentwicklung keine Bedeutung gehabt. Er hat sich im wesentlichen auf den Boden der beiden alten Verfassungsformen gestellt und nur wenige, allerdings nicht unwichtige Änderungen darin vorgenommen. Geblieben ist die Scheidung zwischen Gemeindevorstand und Gemeindevertretung, jener verhängnisvolle Dualismus, der der staatlichen Bürokratie den stets geeigneten Anlaß zur Einmischung gab. Auch jetzt noch ist die Stellung der Stadtverordneten weniger bedeutend als in der Städteordnung von 1808. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung sind gleichwertig. Ein Gemeindebeschluß kommt nur durch übereinstimmende Beschlüsse zustande. Bei der Magistratsverfassung steht also die Stadtverordnetenversammlung ungünstiger da als in der Bürgermeistereiverfassung. Der § 88 sieht allerdings ein Einigungsverfahren vor. Kommt es aber hier zu keiner Verständigung, dann beschließt die Beschlussbehörde als ein staatliches Organ. Voraussetzung ist allerdings, daß eine Partei einen Beschluß beantragt, und die Angelegenheit nicht auf sich beruhen kann. Die Größe dieses Eingriffs in die Selbstverwaltung ist ungeheuerlich.

Der Paragraph ist aber unverändert geblieben. Dagegen gelang es in der Plenarberatung die Stellung der Stadtverordnetenversammlung in der Bürgermeistereiverfassung in einigen Punkten zu bessern. Insbesondere wichtig war hier die Aufhebung des Vorsitzes des Bürgermeisters in der Stadtverordnetenversammlung. Es tritt also auch hier neben ihn in Zukunft der Stadtverordnetenvorsteher. Ebensowenig führt der Bürgermeister oder der von ihm beauftragte Beigeordnete den Vorsitz in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung. Dagegen ernennt in den Verwaltungsausschüssen der Bürgermeister die Stadträte wie den Vorsitzenden aus ihnen. Diese Regelung ist kompliziert, in sich widersprechend und geradezu absurd. Sie läßt sich nur aus der diktatorischen Stellung des Bürgermeisters und der immer wieder versuchten Trennung von Verwaltung und Vertretung verstehen, die in keiner Städteordnung durchgeführt werden kann, weil sie undurchführbar ist.

Die neue Städteordnung befriedigt niemanden. Den Reaktionen ist sie zu demokratisch, das heißt, sie geht noch nicht oft genug hinter die Städteordnung von 1808 zurück. Den Demokraten ist sie zu reaktionär. Die Leiter der Kommunen wehren sich gegen die Fesseln staatlicher Aufsicht, die dieser Entwurf neu über die Selbstverwaltung wirft. Die starke Betonung der wirtschaftlichen Interessen des Unternehmertums macht sie allen Anhängern kommunaler Wirtschaft zum Greuel. Stürzt das Scheusal in die Wolfsschlucht! Das ist der Schrei, in dem sich die politische Weisheit der Parteien und Interessenten entläßt. Ein klägliches Ende.

Arbeitsnachweis Am 2. Juli fand in Berlin eine vom Deutschen Städtetag und Landkreistag einberufene Arbeitsnachweistagung statt. Im ersten Referat besprach der Nürnberger Oberbürgermeister Luppe die Stellung des Arbeitsnachweises im Rahmen der gemeindlichen Selbstverwaltung. Der Referent ist als ein Kämpfer für die Beteiligung der Gemeinde an der Verwaltung sowohl des Arbeitsnachweises wie der Arbeitslosenversicherung bekannt. Der Übergang der Verwaltung dieser Einrichtungen in die wirtschaftliche Selbstverwaltung, das heißt in die Verwaltung durch die Organisationen der Unternehmer und Arbeiter, wird von ihm abgelehnt. 2 Gesichtspunkte sind dabei für ihn entscheidend.

Die kommunalen Arbeitsnachweise wie die Arbeitslosenversicherung (der 2. Referent, der Frankfurter Stadtrat Schlotter, der über die Organisation der Arbeitslosenversicherung unter dem Gesichtspunkt der Vereinfachung der Verwaltung sprach, vertrat die gleichen Auffassungen, weshalb beide Referate zusammen besprochen werden können) sind aus der städtischen Fürsorge, wie man jetzt sagt, richtiger Armenpflege, herausgewachsen und haben sich von ihr losgelöst. Aus Einrichtungen der Armenfürsorge wurden sie zu solchen der Sozialpolitik. Dabei traten die wirtschaftlichen Gesichtspunkte in den Vordergrund. Zwischen beiden blieben aber immer noch starke innere Zusammenhänge bestehen. Die Grundsätze, nach denen Arbeitsnachweis und Arbeitslosenversicherung verwaltet werden, sind nach Luppe wesentlich für die gesamte öffentliche Fürsorge. Eine vollständige Loslösung aus dem Boden der Kommunalverwaltung müsse zu organisatorischer Doppelarbeit führen und sei daher gerade heute nicht zu verantworten. Nur die Gemeinden können als Träger der Notstandsarbeiten, der Umschulungskurse, der Beschäftigungs- und Unterrichtsmöglichkeiten für Jugendliche in Betracht kommen. Das ist der eine Gesichtspunkt.

In den Verwaltungsausschüssen der Arbeitsnachweise sind Unternehmer und Arbeiter paritätisch vertreten. Der Vorsitz liegt in den Händen des von der Kommune zum Vorsitzenden bestellten Beamten. Dieser Zustand war in vielen Städten bereits vor dem Arbeitsnachweisgesetz die Regel, während in anderen der Verwaltungsausschuß außer den Vertretern der beiden Parteien auch noch Stadtverordnete, Bürgerdeputierte umfaßte. Luppe geht nun davon aus, daß in den letzten Jahren des Krieges und dann in der ersten Zeit der Revolution in den Arbeitsgemeinschaften der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen der Versuch gemacht wurde alle sozialpolitischen Probleme zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern durch Vereinbarung auf paritätischer Grundlage zu lösen. Die gemeinsame Regelung und paritätische Verwaltung des Arbeitsnachweises war in Ziffer 5 der Vereinbarung vom 5. November 1918 ausdrücklich genannt. Luppe betont, daß kein einziges dieser Probleme ohne gesetzliche Regelung hätte gelöst werden können. Der ganze Gedanke habe sich als undurchführbar erwiesen. Eine wirkliche wirtschaftliche Selbstverwaltung habe sich nur dort bewährt, wo jede Partei allein arbeite, wie

in den Handels- und Handwerkskammern, oder, wie bei den Krankenkassen, die eine die andere majorisiere. Parität sei nur in der Form möglich, daß zwar eine gleich große Anzahl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern entscheide, daß aber die Leitung und Verwaltung in der Hand einer behördlichen Stelle liege. So heißt es in dem Pressebericht. Es ist fraglich, ob Luppe sich wirklich so ausgedrückt hat. Er hat bisher immer bestritten, daß es in paritätisch organisierten Körperschaften überhaupt zu einer Entscheidung kommen könne, und daraus gefolgert, daß gerade deshalb eine unparteiische Stelle, wie er meint, die Entscheidung haben müsse, wenn es zwischen den beiden Parteien nicht zu einem Kompromiß kommt. Wo die beiden Interessenten gegen einander stehen, kann es bei gleicher Anzahl ihrer Vertreter, die durch Gesetz auch bei den Abstimmungen garantiert ist, niemals zu einem Beschluß kommen. Es ist also eine entscheidende Stelle notwendig. Das kann nur die Gemeinde sein. Ist diese Stelle aber neutral? Sicher nicht. Wo Beschlüsse gefaßt werden müssen, kann dies nur durch Majorisierung der einen Partei durch die andere geschehen. Die Frage ist nur, auf welche Weise diese Mehrheitsbildung zustande kommt.

Kurze Chronik Der preußische Landtag beschloß am 2. Juli ein Gesetz zur preußischen Steuer-
notverordnung, das die Hauszinssteuer für die Zeit bis zum März 1928 regelt. Das Gesetz ist von der größten Bedeutung für die Gemeinden. Die Hälfte des Aufkommens soll der Förderung der Wohnungsbautätigkeit dienen. Ein Drittel der andern Hälfte wird den Gemeinden zur Deckung der allgemeinen Aufgaben überwiesen. Von dem 1. Juli ab dürfen die Gemeinden keine Zuschläge mehr zur Hauszinssteuer erheben. Diese beträgt 1000 % der vorläufigen Steuer vom Grundvermögen, ist also wiederum erhöht worden. Darin liegt ein gewisser Ausgleich für den Fortfall der kommunalen Zuschläge. \diamond Die Stadtverordnetenversammlung *Berlins* nahm die Vorlage über die Kommunalisierung der Hoch- und Untergrundbahn an. Damit ist die Grundlage für die einheitliche Gestaltung der Verkehrsverhältnisse in Berlin gegeben (siehe auch die Rundschau Verkehr, in diesem Band Seite 270 und folgende). \diamond Neuerdings richtete *Frankfurt* eine Eheberatungsstelle ein, nachdem bereits Dresden, Hamburg und Berlin vorausgegangen waren.

WISSENSCHAFT

Exakte Naturwissenschaften / Bruno Borchardt

Gold aus Quecksilber? Als in dieser Rundschau (1924 Seite 453) zum erstenmal über Adolf Miethes Versuche Quecksilber in Gold zu verwandeln berichtet wurde, wurde auf die Möglichkeit hingewiesen, daß das bei den Versuchen erhaltene Gold aus dem Quarz der Quecksilberlampe stamme. Später (1925 Seite 642) wurde berichtet, daß verschiedene Forscher bei der Wiederholung der Mietheschen Versuche mit völlig goldfrei gemachtem Quecksilber Miethes Ergebnis der Umwandlung des Quecksilbers in Gold nicht bestätigen konnten. Inzwischen sind die Versuche noch weiter fortgesetzt worden, und zwar stets mit dem gleichen negativen Erfolg. Die amerikanischen Forscher Sheldon, Estey und Maily schlossen aus ihren Versuchen, daß Miethe mit unreinem Quecksilber, das nicht genügend vom Gold befreit worden war, gearbeitet habe. Im Physikalisch-Chemischen Institut der Berliner Universität machten Riesenfeld und Haase, ferner Tiede, Schliede und Goldschmidt im 1. Chemischen Institut der Berliner Universität, dann auch Duhme und Lotz im Laboratorium des Siemenskonzerns ganz die selben Feststellungen. Die umfangreichsten und sorgfältigsten Versuche zur Prüfung der Frage wurden wohl im Kaiser Wilhelm-Institut von Haber und Jänicke angestellt, und zwar nicht nur nach der Methode Miethes sondern auch nach der mit stärkeren elektrischen Feldern arbeitenden Methode des Japaners Nagaoka. Es wurden allerdings geringe chemisch nachweisbare Spuren von Gold gefunden, und anfangs gab sich Haber der Hoffnung hin die Ergebnisse Miethes bestätigen zu können. Je länger die Versuche aber fortgesetzt wurden, um so mehr brach sich die Überzeugung Bahn, daß von einer Verwandlung von Quecksilberatomen in Goldatome keine Rede sein könne, sondern daß alles vorgefundene Gold aus anderen Quellen stamme, vornehmlich aus den Elektroden, deren Material geringe Goldspuren enthielt. Würde es sich wirklich um die Umwandlung von Quecksilber in Gold handeln, so müßten die gefundenen Goldspuren mit der Dauer der Versuche an Menge zunehmen. Aber auch bei 50 Stunden lang fortgesetzten Versuchen fand man stets nur die selben geringen Spuren. Wie vorsichtig man bei der Ausdeutung der Versuchsergebnisse verfahren muß,

dafür führt Haber als Beispiel an, daß ein junger Mitarbeiter bei Versuchen ganz anderer Art Spuren von Gold fand, die andere nicht finden konnten; er hatte die Gewohnheit beim Beobachten seine goldene Brille abzunehmen, und mit den Händen, die die goldenen Brillenbügel berührt hatten, hatte er ein Streifchen reinsten Bleies angefaßt, um es in den Analysentigel zu geben. Das hatte genügt, um den Fehler hervorzurufen. Als er vermieden wurde, blieben auch die geringen Goldspuren fort. Die Frage steht heute also so: Nach unseren ganzen Anschauungen vom Wesen und Bau der chemischen Atome besteht die Möglichkeit der Umwandlung von Elementen, die ja in einigen Fällen auch bereits gelungen ist, und mithin auch die Möglichkeit der Umwandlung von Quecksilber und anderen Metallen in Gold nicht; es ist nicht unwahrscheinlich, daß in nicht allzu ferner Zeit sichere Methoden werden gefunden werden, um eine solche Umwandlung herbeizuführen. Die von Miethe und Nagaoka angestellten Versuche aber geben eine solche Methode nicht; hier stammen die erhaltenen Goldmengen durchweg teils aus dem Material der Elektroden teils aus Verunreinigungen des Quecksilbers selbst. Trotz diesen Versuchen hält Miethe nebst seinem Mitarbeiter Stammreich an seiner Behauptung fest, daß ihm die Umwandlung des Quecksilbers in Gold gelungen sei, und er verspricht weitere Veröffentlichungen, denen man nunmehr allerdings mit großer Skepsis entgegen sieht.

Gold im Meereswasser? Die sorgfältigen Versuche Fritz Habers haben auch den Glauben an den großen Reichtum des Meereswassers an Gold und anderen edlen Metallen zerstört. Dieser Glaube kam in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts auf. Seitdem ist das Meereswasser noch oft analysiert und auf seinen Goldgehalt untersucht worden, und stets wurde als Ergebnis 5 bis 10 Milligramm Gold, zuweilen noch mehr, bis zu 30 Milligramm in dem Kubikmeter respektive der Tonne angegeben. Überaus zahlreich sind die Verfahren, die zur Gewinnung und technischen Verwertung dieses Reichtums zum Patent angemeldet worden sind. Betrüge der Goldgehalt des Meereswassers im Durchschnitt auch nur 1 Milligramm pro Kubikmeter, so lohnte es tatsächlich Arbeit und Kapital an die Ausbeutung zu wenden, und da nach allen früheren Angaben der Gehalt minde-

stens 5mal so groß sein sollte, wurde von der Hamburg-Amerika-Linie ein Schiff ausgerüstet, auf dem Haber Untersuchungen in den verschiedensten Teilen des Atlantischen Ozeans anstellte. Sie zeitigten das überraschende Resultat, daß das Meereswasser noch nicht $1/100$, ja mehrfach noch nicht $1/1000$ Milligramm Gold im Kubikmeter enthält, so daß eine technische Gewinnung in keiner Weise in Frage kommen kann. Angesichts der vielen früheren Angaben von durchaus ernstesten Forschern, zu denen diese Ergebnisse in Widerspruch standen, setzte Haber zunächst noch Mißtrauen in seine eigenen Ergebnisse. Er verschaffte sich daher mit Hilfe des deutschen Forschungsschiffs Meteor, der dänischen Forschungsschiffe Dana und Godthaab sowie mit Unterstützung der amerikanischen Marinebehörden über 5000 Proben aus den verschiedensten Teilen aller Weltmeere. Aber das Resultat war immer gleich: nur $1/100$ bis $1/1000$ Milligramm Gold im Kubikmeter. Nur im Wasser des Polarmeers zeigte sich der Gehalt 3- bis 4mal größer. Haber kam zu der Ansicht, daß die Edelmetalle überhaupt nicht gelöst im Meereswasser enthalten sind. Die Spuren, die gefunden werden, kommen in den mineralischen Trüben vor sowie in den pflanzlichen und tierischen Organismen, die als Plankton überall verbreitet sind. Dadurch erklärt sich auch der größere Goldgehalt in dem planktonreichern Wasser der Polarmeere, wo in einer Probe geschmolzenen Polareises einmal sogar zwischen 3 und 4 Milligramm Gold festgestellt wurden. Die Hoffnungen, die auf die Nutzbarmachung dieses Reichtums der Meere so vielfach gesetzt worden sind, dürften durch die Untersuchungen Habers jetzt wohl endgültig als trügerisch erwiesen worden sein.

Relativitätstheorie In dieser Rundschau (1925 Seite 641 und folgende) wurde über die Wiederholung des Michelsonschen Versuchs durch D. C. Miller berichtet, der im Tiefland Michelsons Resultat bestätigte, dagegen auf dem Mount Wilson in 1731 Meter Meereshöhe abweichende Ergebnisse bekam und daraus auf einen in jener Höhe herrschenden Ätherwind von ungefähr 9 Kilometer in der Sekunde schloß. Die Veröffentlichung Millers ist inzwischen mehrfach unter die kritische Lupe genommen worden. Der Leipziger Professor J. Weber wies darauf hin, daß nicht die einzelnen Beobachtungsergeb-

nisse sondern nur die aus einer großen Anzahl von Einzelmessungen abgeleitete Resultate mitgeteilt werden, wobei bei der graphischen Darstellung, deren Kurve sich keineswegs mit der berechneten deckt, einige gar zu stark abweichende Werte überhaupt nicht in den Kurvenzug aufgenommen sind. Er kommt daher zu dem Schluß, daß die Ergebnisse Millers zum mindesten in der mitgeteilten Form für das Vorhandensein eines Ätherwinds durchaus nicht beweisend sind, und verlangt, daß entsprechende Beobachtungen über einen großen Teil des Jahres fortgesetzt, und nicht nur an einem Ort und in sehr verschiedenen Höhen angestellt werden. Inzwischen hat auch Rudolf Tomascheck /Heidelberg/ den Trouton-Nobleschen Versuch aus dem Jahr 1903, dessen negatives Ergebnis ebenfalls eine der experimentellen Stützen der Relativitätstheorie ist, in der sehr großen Höhe von 3500 Meter auf dem Jungfraujoch wiederholt und das selbe negative Ergebnis erhalten. Dieser Versuch liegt nicht auf dem Gebiet der Optik sondern auf dem der Elektrizität. Ein bewegter Kondensator erfährt von den ponderomotorischen Kräften seines elektrischen Feldes ein Drehmoment; dieses sollte an einem mit der Erde bewegten Kondensator, der sehr leicht drehbar an einer empfindlichen bifilaren Aufhängung befestigt war, nachgewiesen werden. Das Eintreten der Drehung wäre ein Widerspruch gegen das Relativitätsprinzip; denn in dem System, in dem die Erde ruht, liegt ein elektrostatisches Feld vor, und dies kann nach diesem Prinzip die Gesamtheit der zugehörigen Ladungsträger nie zu einer Drehung veranlassen. Wäre der Ätherwind vorhanden, so müßte er sich durch den elektrischen Versuch ebenso verraten wie durch den optischen, und entsprechend der größeren Höhe, in der er angestellt worden ist, stärken. Einstein selbst sagte einem Berichterstatter der Vossischen Zeitung, er würde getrost jede Wette halten, daß die Relativitätstheorie durch die Millerschen Versuche in keiner Weise erschüttert werde, daß diese Versuche sich vielmehr als fehlerhaft erweisen werden, und Max Planck hat sich in einem Vortrag über physikalische Gesetzmäßigkeit im Licht der neuern Forschung im Hinblick auf die Millerschen Versuche und die Relativitätstheorie also geäußert: »Bisher hat sich keinerlei Widerspruch mit der Erfahrung feststellen lassen, wie ich hier gegenüber gewissen neuerdings

auch in die breite Öffentlichkeit gelangten Nachrichten besonders betonen möchte.« Allerdings hatte er damals noch nicht Kenntnis von gewissen astronomischen Versuchen, die die Grundlage und Grundforderung der Relativitätstheorie zu erschüttern scheinen. Sie sind im Januar dieses Jahres in einer Mitteilung *L. Courvoisiers* von der Universitätssternwarte in Neubabelsberg, betitelt Bestimmungsversuche der Erdbewegung relativ zum Lichtäther, in den Astronomischen Nachrichten veröffentlicht.

Bevor auf diese Arbeit eingegangen wird, sei noch kurz die Kritik erwähnt, die Hans Thirring /Wien/ an Millers Versuchen und Schlußfolgerungen geübt hat. Er hebt hervor, daß der Michelsonsche Versuch in der Weise ausgeführt wird, daß ein auf Quecksilber schwimmendes Interferometer um eine vertikale Achse gedreht, die Lage einer bestimmten Interferenzfranse für die verschiedenen Azimute des Apparats abgelesen und notiert wird. Würden die beiden interferierenden Lichtstrahlen von einem etwa vorhandenen Ätherwind in verschiedener Weise beeinflusst werden, so müßte die Lage einer bestimmten Interferenzfranse von dem Azimut des Apparats abhängen, wie es ja auch Miller beobachtet hat, woraus er dann die Horizontalkomponente des Ätherwinds für die verschiedenen Tagesstunden ableitete. Der von der Rotation der Erde herrührende Effekt ist offensichtlich viel zu gering, um beobachtet werden zu können; es kommt für den beobachteten Effekt nur die Jahresbewegung der Erde im Verein mit der Bewegung des ganzen Sonnensystems in Betracht. Diese beiden Bewegungen zusammen ändern ihre Richtungen gegen den Fixsternhimmel im Lauf von 24 Stunden um weniger als einen Bogengrad. Projiziert man nun eine beliebige raumfixe Richtung auf die zu den verschiedenen Tagesstunden gehörige Horizontalebene eines nicht am Äquator und nicht am Pol gelegenen Ortes, so wird die Nordhälfte dieser Projektion 12 Stunden hindurch eine westliche, 12 Stunden eine östliche Deklination erleiden. Nur wenn die raumfixe Richtung der Erdachse parallel ist, wird ihre Projektion für alle Tagesstunden im Meridian liegen. Der Mount Wilson hat die geographische Breite von 34° , es müßte also im Lauf des Tages die Horizontalkomponente des Ätherwinds sowohl nach Osten wie nach Westen ausschlagen. Dies ist aber keineswegs der Fall; sie ist vielmehr während

der ganzen 24 Stunden, wie Thirring an mehreren Beispielen aus den Millerschen Beobachtungen zeigt, ständig nach Nordwesten gerichtet. Thirring schließt daraus, »daß der auf dem Mount Wilson gefundene Effekt mit einem Einfluß der Erdbewegung auf die Lichtausbreitung gar nichts zu tun haben dürfte sondern auf bisher unbekannte Störungsursachen zurückzuführen ist«.

Nun zu Courvoisier. Er hat sich offenbar mit der Forderung der Relativität von Raum und Zeit niemals befreundet sondern an der von Lorentz zur Erklärung des negativen Resultats des Michelsonschen Versuchs ersonnenen Hypothese von der tatsächlichen Kontraktion aller bewegten Körper im ruhenden Äther festgehalten. Gerade das Unbefriedigende dieser Hypothese ist ja für Einstein der starke Anlaß zum Aufbau der Relativitätstheorie gewesen. Courvoisier steht diesem Gedanken ganz ablehnend gegenüber und bemüht sich, auf der Kontraktionshypothese fußend, Erscheinungen festzustellen, die die Kontraktion eines Körpers in der Bewegungsrichtung als tatsächlich vorhanden erweisen sollen, wonach aus der Größe der beobachteten Kontraktion ohne weiteres auf die Schnelligkeit der Bewegung geschlossen werden kann. Die Verkürzung, die der Erddurchmesser bei der Bewegung der Erde um die Sonne erleidet, deren Geschwindigkeit bekannt ist, ist allerdings viel zu gering, um der Beobachtung zugänglich zu sein. Wenn aber die Erde außerdem an einer absoluten Bewegung des Sonnensystems durch den leeren Raum respektive durch den ruhenden Äther teilnimmt, so wäre es denkbar, daß die Geschwindigkeit dieser Bewegung so groß ist, daß die sich hieraus ergebende Lorentzkontraktion wahrgenommen werden kann. Es müßte dann der Durchmesser, der in die Bewegungsrichtung fällt, die Verkürzung am stärksten zeigen, während der darauf senkrechte Durchmesser keine Verkürzung erleidet. Da nun die Erde sich innerhalb 24 Stunden um ihre Achse dreht, kommen immer andere und andere Durchmesser in die Bewegungsrichtung, und man erkennt ohne weiteres, daß ein bestimmter Durchmesser in der als ruhend aufgefaßten Erde innerhalb 24 Stunden 2mal die größte Verkürzung erleiden, daß also ein Erddurchmesser sich mit einer Periode von 12 Stunden zusammenziehen und wieder ausdehnen muß. Das müßte aber von einer periodischen Änderung der geographischen Breite begleitet sein, und in der Tat

glaubt Courvoisier aus der Beobachtung der Zenitdistanz polnaher Sterne sowie aus Bestimmungen des Nadirpunkts solche Änderungen festgestellt zu haben. Ferner muß die Lorentzkontraktion auch eine Veränderung der Schwere mit der selben 12stündigen Periode bewirken, da ja bei der Zusammenziehung eines Durchmessers seine Endpunkte dem Attraktionszentrum etwas näher sind als in dem ausgedehnten Zustand. Eine solche Schwereänderung hat Courvoisier mittels eines eigens dazu gebauten Gravimeters, der im wesentlichen aus einer überaus empfindlichen Federwaage bestand, tatsächlich erhalten. Auch muß die Schwingungsdauer eines Pendels sich mit der Änderung der Schwere verändern, und auch diese Änderung hat Courvoisier durch funkentelegraphische Uhrenvergleiche sowie durch Vergleiche von Pendeluhren mit Chronometern festgestellt. Aus seinen verschiedenen Beobachtungsreihen, deren Beginn schon eine ganze Reihe von Jahren zurückliegt, erhält Courvoisier als Mittelwerte für die Geschwindigkeit der Absolutbewegung der Erde Werte, die zwischen 650 und 920 Kilometer in der Sekunde liegen. Er hält diese Übereinstimmung der auf die verschiedenste Weise erhaltenen Zahlenwerte für befriedigend und meint, daß sie für die hinreichende Sicherheit des Gesamtergebnisses bürgt, das man zu 750 Kilometer in der Sekunde ansetzen kann, wobei die Richtung dieser Bewegung sich ungefähr auf Capella hin ergibt. Courvoisier schließt weiter, daß mit der Erde respektive den Körpern des Sonnensystems zum mindesten der Komplex aller bisher auf Radialbewegung untersuchten Fixsterne sich in der selben Weise durch den Raum bewegt, da ja gegen das fundamentale Fixsternsystem eine Sonnenbewegung von nur etwa 20 Kilometer in der Sekunde beobachtet wird. Eine gewisse Wahrscheinlichkeit liegt nach ihm sogar vor, daß das gesamte Milchstraßensystem, als einzelner Spiralnebel aufgefaßt, an der Parallelbewegung teilnimmt; eine Entscheidung dieser Frage würde wohl durch die Untersuchung der Eigenbewegung des Fundamentalsystems gegen die schwachen Milchstraßensterne getroffen werden können.

Wenn diese zunächst vereinzelt stehenden Versuche auch von anderer Seite bestätigt und ihre Deutung Anerkennung finden sollte, würde mit der Feststellung einer Absolutbewegung des Sonnensystems, vielleicht des Milchstraßen-

systems, der Relativitätstheorie mit ihrem Postulat, daß eine absolute Bewegung unerkennbar sein muß, der Boden entzogen werden. Bis jetzt ist eine Kritik seitens hervorragender Vertreter der Relativitätstheorie nicht bekannt geworden; doch ist bei der Bedeutung der, wie es scheint, sehr sorgfältig angestellten Versuche Courvoisiers eine Stellungnahme sicherlich zu erwarten.

Erwähnen möchte ich noch, daß die Ergebnisse Millers auch zu denen Courvoisiers in Widerspruch stehen. Nach Courvoisier muß ja der Millersche Versuch eben wegen der von ihm als real angenommenen Kontraktion des Erddurchmessers in der Bewegungsrichtung ein negatives Ergebnis haben. Courvoisier spricht deshalb die Vermutung aus, »daß die beiden Arme des benutzten Apparats wahrscheinlich nur annähernd gleich lang waren, wodurch auch die Beiträge der Lorentzkontraktion ungleich werden mußten. Eine Differenz der Armlängen von nur 0,4 Millimeter verursacht bereits den beobachteten Resteffekt von 9 Kilometer in der Sekunde Ätherdrift.« Diese Art der Erklärung eines Widerspruchs erscheint wenig glücklich. So grobe Fehler wie sie Courvoisier bei dem amerikanischen Forscher ohne weiteres für wahrscheinlich hält, dürfte sich dieser im Gegenteil höchst wahrscheinlich nicht haben zu Schulden kommen lassen; ganz abgesehen davon, daß der Fehler des Apparats im Tiefland die selbe Folge haben müßte wie in der Höhe.

Gemenge fester Reaktionen zwischen festen Körpern

verlaufen, wie ganz allgemein angenommen wird, so langsam, daß ihnen keinerlei praktische Bedeutung zukommen kann. *Gustav Tammann* [Göttingen] hat in sehr wichtigen Untersuchungen, über die er auf der Chemikerversammlung in Kiel berichtete, nachgewiesen, daß diese Annahme unzutreffend ist, bei erhöhten Temperaturen zwischen 300° und 900° vollzieht sich eine Reihe von Reaktionen zwischen schwerer schmelzenden Stoffen vielmehr mit bemerkenswerter Geschwindigkeit. Solche Reaktionen sind: die Verbindung aus 2 Metallen, die Bildung von Salzen aus basischen Oxyden und Säureanhydriden und die doppelten Umsetzungen zwischen Salzen. Die Richtung der Reaktionen ist die, in der sie Wärme entwickeln. Gleichgewichte treten selten auf und kommen nur bei kleineren Reaktionswärmen vor, und wenn die Summe der spezifischen Wärmen der

Komponenten sich von der der Verbindung merklich unterscheidet. Die Reaktionen zwischen 2 Kristallarten beginnen bei der Temperatur, bei der in der einen Komponente die innere Diffusion beginnt. Angenähert kann man sie bestimmen, indem man das Mittel der absoluten Schmelztemperaturen der beiden auf einander wirkenden Salze mit 0,6 multipliziert. Es ist also zur Bildung eines Salzes aus seinen beiden Komponenten durchaus nicht notwendig sie zu schmelzen, es genügt vielmehr sie auf eine hinreichend hohe Temperatur, die noch erheblich unter der Schmelztemperatur liegt, zu erhitzen und die pulverförmigen Gemenge gut umzurühren.

Wenn man sich vergegenwärtigt, wie sehr durch das Schmelzen häufig das Tigelmaterial angegriffen wird, und wie dadurch die Gefahr einer Verunreinigung der Stoffe entsteht, so erhellt ohne weiteres, daß durch diese Untersuchungen Tammanns für die präparative Chemie neue Methoden eröffnet werden.

Totenliste

In Lyon starb Anfang Februar, im Alter von 71 Jahren, der Professor der Physik *Louis Georges Gouy*, der durch zahlreiche Arbeiten auf dem Gebiet der Optik bekannt geworden ist.

In Leiden starb am 22. Februar der Professor der Physik an der Universität *Heike Kamerlingh Onnes* im Alter von 72 Jahren. Durch seine Arbeiten über die Eigenschaften der Körper bei sehr tiefen Temperaturen, zu deren Durchführung er ein besonderes Kältelaboratorium schuf, erlangte er Weltruf. Er stellte zuerst fest, daß bei Temperaturen, die dem absoluten Nullpunkt nahekommen, der elektrische Widerstand der Metalle so gut wie vollständig verschwindet, was für die Begründung der Elektronentheorie von Bedeutung ist. Ihm gelang es auch zuerst Helium zu verflüssigen. Im Jahr 1913 wurde ihm der Nobelpreis verliehen.

In München starb am 7. Mai der Professor für Agrikulturchemie an der Technischen Hochschule *Franz Soxhlet*, im Alter von 78 Jahren. Er hat sich besonders durch Milchuntersuchungen verdient gemacht und ist auch weiteren Kreisen durch den nach ihm benannten Milchkochapparat bekannt geworden.

In Wien starb im Juli der Ordinarius der Physik an der Universität *Ernst Lecher*, fast 70 Jahre alt. Er hat wertvolle Beiträge zur Theorie der elektrischen Wellen geliefert.

Kurze Chronik Von den 6 fälligen *Nobelpreisen* ist der für Physik für das Jahr 1924 an den 39jährigen Professor der Physik an der Universität Upsala Manne Siegbahn verliehen worden. Siegbahn hat sich namentlich mit der Röntgenspektroskopie beschäftigt. \diamond Als Nachfolger Eilhard Wiedemanns, der in den Ruhestand trat, ist *Bernhard Gudden* von der Universität Göttingen Ordinarius der Experimentalphysik an der Universität Erlangen geworden. Er hat besonders über Radioaktivität und lichtelektrische Erscheinungen gearbeitet. \diamond Der Marburger Physiker *Clemens Schaefer* folgt einem Ruf auf den Lehrstuhl der Physik an der Universität Breslau, als Nachfolger Otto Lummers. \diamond Der außerordentliche Professor der Physik an der Universität München *Karl Herzfeld* hat die Speyerprofessur an der John Hopkins-Universität in Baltimore angenommen.

Literatur Die 5. Auflage des Buchs *Felix Auerbachs* Die Grundbegriffe der modernen Naturlehre /Leipzig, B. G. Teubner/ ist im wesentlichen ein unveränderter Abdruck der früheren. Nur im einzelnen ist einiges kürzer gefaßt worden, um Raum für die Berücksichtigung der Anschauungen zu gewinnen, die die neueste Zeit gebracht respektive geklärt hat. Freilich sind die Quanten- und die Relativitätstheorie gar zu dürftig weggekommen. \diamond In seinem Buch Die Erreichbarkeit der Himmelskörper /München, R. Oldenbourg/ will *Walter Hohmann* »durch nüchterne rechnerische Verfolgung aller scheinbar im Weg stehenden naturgesetzlichen und Vorstellungsschwierigkeiten zu der Erkenntnis beitragen, daß das Raumfahrtproblem durchaus ernst zu nehmen ist, und daß bei zielbewußter Vervollkommnung der bereits vorhandenen technischen Möglichkeiten an seiner schließlichen erfolgreichen Lösung gar nicht mehr gezweifelt werden kann«. Er bringt denn auch in 5 Kapiteln: Loslösung von der Erde, Rückkehr zur Erde, Freie Fahrt im Raume, Umfahrung anderer Himmelskörper, Landung auf anderen Himmelskörpern, den, wie er glaubt, strengen Nachweis, daß ein von der Erde fortgeschleudertes Fahrzeug im Raum beliebig manövrieren, auf anderen Planeten landen und zurückkehren könne. Es fehlt jede Andeutung darüber, wie sich die Lebensbedingungen der Menschen, die in dem Raumschiff fahren, losgelöst von der Erdschwere gestalten würden.

Geschichte / Walther Koch

Französische Revolution Bisher fiel die Beurteilung der Großen Revolution in den französischen Darstellungen, wie bei Taine oder Tocqueville, meist recht ungünstig aus. Nun ist auch für den deutschen Leser das Werk des bedeutenden Pariser Historikers *Alphonse Aulard* Politische Geschichte der Französischen Revolution erschienen München, Duncker & Humblot', das Entstehung und Entwicklung der Demokratie und Republik von 1789 bis 1804 darstellen will und aus einem überzeugten Ja heraus geschrieben ist. Das Buch ist von Hedwig Hintze mit einer recht instruktiven Einleitung versehen worden, die uns Eigenart und Auffassung des Geschichtsschreibers und Politikers Aulard erläutert. Seit 1891 hatte der Gelehrte den Lehrstuhl für die Geschichte der Französischen Revolution an der Sorbonne inne. Er veröffentlichte sein Werk nach eindringendem 20jährigen Quellenstudium im Jahr 1901. Er beschränkt sich darin bewußt auf die politische, und zwar hauptsächlich die innenpolitische Seite der Revolution, schaltet die Wirtschafts-, Sozial- und zum großen Teil auch die auswärtige Politik mehr oder weniger aus. Politisch vertritt Aulard die demokratisch-republikanische Linie. Er verfißt die Vereinigten Staaten von Europa und wendet sich scharf gegen jeden Nationalismus. Er hat starke Sympathien für den französischen Sozialismus eines Jean Jaurès, in dessen Ideen sich für ihn die durch die Revolution für Frankreich aufgerichteten Menschenrechte weiter verkörpern. Als Vizepräsident der Französischen Liga für Menschen- und Bürgerrechte griff er oft in die internationale wie in die soziale und innere Politik ein. So harmonisiert die Auffassung des Historikers durchaus mit der Betätigung des Politikers, wie überhaupt das ganze Werk einen überaus konsequenten und einheitlichen Eindruck macht. Die Gliederung, der gesamte Gedankenaufbau zeugen von besonderer Klarheit. Bestimmte Grundgedanken sind folgerichtig herausgeschält, so die Frage, wie die Demokratie mit ihren Teilproblemen: der Erklärung der allgemeinen Menschenrechte, der Gleichheit der Rechte, der Volkssouveränität, entstand, wie sich die Republik in ihren verschiedenen Phasen entwickelte: Aulard zählt deren 4. Es werden auch die soziologischen Beziehungen zu den einzelnen Klassen gegeben, zum Bürgertum und dem noch sehr unentwickelten Proleta-

riat, soweit Aulard die Zeit schon für reif für solche sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Ausblicke hielt. Er will in seinem Werk nicht eine bestimmte These verfechten, sondern »ein Beispiel der Anwendung der historischen Methode auf die Erforschung einer Zeit geben, die durch Leidenschaft und Legenden entstellt worden ist«.

Erst sehr allmählich entwickelt sich nach Aulard dank besonderer Umstände eine konsequente Demokratie, die nur zum Teil und nur für kurze Zeit verwirklicht wird. Die politischen Schriftsteller des 18. Jahrhunderts einschließlich Rousseau treten keineswegs für das allgemeine Wahlrecht ein. Im Verlauf der Revolution trennten sich gerade nach der Frage des Zensuswahlrechts die demokratische und die bürgerlich-liberale Partei, eine Spaltung, die sich im 19. Jahrhundert noch oft innerhalb des Liberalismus wiederholt. Ebenso geht erst allmählich aus der zunächst rein französisch orientierten Demokratie in gewissem Sinn eine internationale Menschheitsdemokratie hervor, befördert durch das Bündnis der europäischen Fürsten gegen die französische Revolution. Eine Vereinigung der demokratischen Völker konnte man sich daher nur unter französischer Führung vorstellen. Die Verfassung vom 24. Juni 1793 führte die demokratischen Grundgedanken am schärfsten durch, die dann in der Verfassung des Jahres III durch ein Zensusystem zu einer spezifisch bürgerlich republikanischen umgebogen wurden. Aulard sieht in dieser Entwicklung die Auslieferung der Revolution an Bonaparte, den er als Despoten und Zerstörer der revolutionären Errungenschaften auffaßt und demgemäß ablehnt. Bekanntlich legte Napoléon die sozialen Umgestaltungen in einer muster-gültigen Gesetzgebung fest; für Aulard liegt darin der Grund zu der Entstehung der Legende, als sei Napoléon ein Mann der Revolution gewesen. Der welthistorischen Erscheinung Napoléons gegenüber zeigt sich die geistige Begrenzung des bürgerlichen Demokraten. An verschiedenen Stellen seines Werks geht Aulard auf die keimhaften Anfänge einer sozialistischen Politik ein, die allerdings mehr von einzelnen Ideologen als von proletarischen Massen (die ja noch gar nicht existierten) vertreten wurde. »Die offiziellen Führer der demokratischen Partei wollten von dem Sozialismus, ob rationalistisch oder mystisch, nichts wissen.« Das vergesse man auch heute nicht, da der sozialistische und der demokratische Gedanke irrträglichweise

oft völlig identifiziert werden. Auch Robespierre spielte nur, nach Aulard, mit sozialistischen Ideen, um sich in den Besitz der Macht zu setzen. Im Grunde handelte es sich um die Errichtung der Bürgerrepublik und die Bevorrechtung der bürgerlichen Klasse in der bürgerlichen Demokratie. Auch von der Frauenbewegung lagen erste Keime in der Großen Revolution. Von der Aufklärung herstammende Volksbildungsideen spielten dagegen eine gewisse Rolle. Dem in interessanter Weise wechselnden Verhältnis von Kirche und Staat widmet Aulard mehrere Kapitel. Versuche einer radikalen Entchristlichung wechseln mit toleranter Duldung bestehender Religionsgemeinschaften. Im ganzen ist für das gesamte kontinentale Europa die Verbindung antikirchlicher, meist antireligiöser Haltung mit demokratischer Politik typisch. Diese Verbindung von Reaktion und Kirchentum auf der einen, Fortschritt und Kirchenfeindschaft auf der andern Seite erschwert bis heute stark unsere praktischen Aufgaben. Es ist dies ein geschichtliches Erbe, das es zu erkennen gilt. Napoléon freilich versuchte aus politischen Gründen in dem Konkordat mit der katholischen Kirche einen Weg gegenseitiger Verständigung zu finden, der von Aulard natürlich entschieden abgelehnt wird. In Frankreich als einem ursprünglich ganz katholischen Land nimmt natürlich der Kampf der Linken gegen den Klerikalismus noch viel heftigere Formen an als in Deutschland. Alle Versuche eine künstliche Staatsreligion, etwa in Form des Vernunftkultus, einzuführen scheiterten; ihre Folge war die Verstärkung der konfessionellen Bestrebungen. Die Festigung der ganzen Verhältnisse, die zu Napoléons Zeit eintrat, führte auch zu einer kirchlichen Festigung der überlieferten Religionsgemeinschaften.

Napoléon »Die Zeit des Konsulats und des Kaiserreichs ist in mancher Hinsicht die Fortsetzung der Revolutionszeit; vielfach aber bedeutet sie einen sehr bezeichnenden Rückschlag.« So beginnt, klar den Standpunkt des Verfassers kennzeichnend, der von *Georges Bourgin* verfaßte Band *Napoléon und seine Zeit* in Ludo Moritz Hartmanns hier mehrfach besprochener Weltgeschichte, der auch gesondert erschienen ist (Gotha, Friedrich Andreas Perthes). Bourgin glaubt, als Anwalt der revolutionären Errungenschaften, kritisch an das Werk *Napoléons* herantreten zu sollen. Dennoch muß er

ihm den Ruhm lassen, daß er die wirtschaftlich sozialen Neuerungen kodifiziert hat. Die Ideen der allgemeinen Menschenrechte, die in den Revolutionsverfassungen eine so große Rolle spielten, wurden von dem klaren Wirklichkeitssinn Napoléons in konkrete Gesetzesparagrafen umgeprägt. Daß er an Stelle abstrakter Tugendideale in die Seele seiner Soldaten konkrete Bilder von Ruhm und Ehre pflanzte, verzeiht ihm Bourgin nicht. Ihm scheint dadurch der demokratische Geist Frankreichs verdorben. So sieht Bourgin in Napoléon einen abgefallenen Jakobiner, der aus persönlicher Herrschsucht Freiheit und Selbständigkeit der Völker, nicht zum wenigsten des eigenen Volkes, zertritt. Napoléons Werk eine chaotische Welt zu ordnen wird mit liberaler Fortschrittsgläubigkeit betrachtet und deshalb verworfen. Vom Standpunkt seiner politischen Anschauung aus kann Bourgin die über die Jahrhunderte gehende Bedeutung Napoléons (siehe auch diese Rundschau 1918 I Seite 53 und folgende und 1922 II Seite 692 und folgende) nicht erfassen. In Napoléons Verhalten zur Kirche, die er unter gewissen Bedingungen im Konkordat wieder anerkannte, sieht Bourgin nur die kalte Staatsraison eines völlig ungläubigen Herrschers. Und doch hat Napoléon gerade mit diesem Konkordat, das die Trennung von Kirche und Staat wieder aufhob, die Grundlagen geschaffen, auf denen sich im 19. und 20. Jahrhundert die neuen Kämpfe zwischen Staat und Kirche abspielen sollten.

Das entscheidende Verdienst Napoléons in der innern Politik ist ohne Zweifel die Schaffung des Code civil, der der rechtliche Ausdruck der neuen bürgerlichen Gesellschaft wurde, die durch die Revolution zum Durchbruch gekommen war; durch die Tradition des Rheinbunds hat der Code civil weithin auch unser deutsches Bürgerliches Gesetzbuch beeinflusst. Überall, wo es eingeführt wurde, wie in den Niederlanden, in Belgien, in den Rheinlanden, in Norditalien, wurde Napoléons französisches Recht als bedeutender Fortschritt empfunden. Freilich konnte das neue Zivilrecht der sinngemäße Ausdruck der bestehenden Sitten nur da sein, wo die feudale Wirtschafts- und Sozialordnung in die bürgerlich liberale Wirtschaftsweise umgewandelt worden war, wie denn immer wieder zu beobachten ist, daß das Recht nur ein Vorhandenes formulieren und anerkennen kann. Bourgin charakterisiert in diesem Sinn den allgemeinen Charakter

der Produktion in Frankreich mit folgenden Worten: »Die Verfassungsformen, das Recht, sogar die Art und die Formen der französischen Ausdehnungspolitik unter dem Ersten Kaiserreich zeigen schon hinreichend deutlich den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Charakter dieses Zeitraums: das Ende der revolutionären Erschütterungen und den Beginn der Blütezeit des Bürgertums. Wie jeder schöpferische Politiker, der die Wirklichkeit gestaltet, hielt Napoléon die Verwaltung für bedeutend wichtiger als die Verfassung. In Heer und Verwaltung schuf er sich auch bleibende Stützen seines Staatsgebildes.

Nachdem Bourgin im 1. Teil seines Buches Menschen und Einrichtungen der napoléonischen Zeit systematisch skizziert hat, geht er im 2. und 3. Teil auf die großen außenpolitischen Fragen und Ereignisse, und zwar chronologisch, ein. Zunächst charakterisiert er den englischen und den russischen Imperialismus als die beiden wesentlichen Gegner Napoléons. Die Verbindung beider Imperien sollte den Sturz Frankreichs und Napoléons herbeiführen. »Man kann gerade aus dem Studium der Politik gegen Napoléon die allgemeinen Richtlinien der britischen Diplomatie erkennen, die, wie zur Zeit Ludwigs XIV und Ludwigs XV, danach strebte die französische Vorherrschaft zu brechen, um nicht so sehr die britische Vorherrschaft sondern vielmehr jenen allgemeinen Frieden herbeizuführen, der vor 1793 das Ziel der Anstrengungen Pitts gewesen, und der eine wesentliche Bedingung für die Ausdehnung der englischen Wirtschaft und die Gestaltung des britischen Weltreiches war.«

Der eigentliche Kampf Napoléons galt, wie immer mehr erkannt wird, England, dem er den geeinigten Kontinent unter französischer Führung entgegenstellen wollte, und dessen Lebensadern in Indien und im Mittelmeer sein ägyptischer Feldzug galt. England seinerseits suchte die Verwickelungen auf dem Festland zu seinem Vorteil auszunutzen und bekämpfte Frankreich, um die britische Vorherrschaft aufrechtzuerhalten. Es ist die Balance of power-Politik, die Großbritannien bis auf den heutigen Tag innehält, und die erst einem geeinigten Kontinent gegenüber ihre Wirksamkeit verlieren wird. Italien und Deutschland, die beiden Länder, die durch die geschichtliche Entwicklung seit dem Mittelalter noch nicht zur staatlichen Konsolidation gekommen waren, standen am meisten unter der Einwirkung Napoléons.

und verdanken ihm ihre Zusammen-
schweißung zu einer wenigstens nunmehr
übersehbaren Anzahl von Klein- und
Mittelstaaten. Für das Rheinland bedeu-
tete die Zeit der Napoléonischen Herr-
schaft eine Periode wirtschaftlichen Auf-
schwungs, so daß die Mehrzahl der
Rheinländer noch lange eine Neigung für
Napoléon bewahrte, während nur eine
kleine Minderheit nationaler Patrioten
wie Görres und die Brüder Boisserée
eine Erneuerung Deutschlands durch
Preußen erhofften. Doch gerade die
französische Fremdherrschaft, die ihre
Impulse aus der Französischen Revolu-
tion zog, erweckte und stärkte schließlich
auch das Volksbewußtsein in Deutsch-
land wie in Spanien und anderswo. So
wurde in Deutschland Freiherr vom Stein
ein Gegenspieler Napoléons. An seinen
Namen knüpfen sich die sozialen Refor-
men, die auf deutschem Boden die
Wandlung zur neuen Gesellschaftsepoche
bringen sollten. In Frankreich fiel das
Bürgertum, das Napoléon so viel zu ver-
danken hatte, am ehesten von ihm ab,
während Bauern und Arbeiter an ihm
festhielten. Das letzte Jahr der Napoléonischen
Herrschaft wird von Bourgin
geradezu die Geburt des Arbeiterbona-
partismus genannt. Die moderne Zeit
brachte dann eine Verschmelzung der
Revolutions- und der Napoléonischen
Ära, die durchaus nicht nur eine Epi-
sode war, vielmehr das Gesicht der neue-
sten Zeit entscheidend bestimmt hat.
Während der Franzose Bourgin der Ge-
stalt Napoléons überwiegend kritisch ge-
genübersteht, haben 2 deutsche Schrift-
steller Napoléons Werke in verstehen-
der, ja bewundernder Verehrung be-
schrieben.

Durch lebendige Schilderung seines Le-
bens will *Emil Ludwig* in seinem Napoléon
/Berlin, Ernst Rowohlt/ Verständnis für den
Menschen Napoléon wecken. Das Buch
gleicht an journalistischer Flüssigkeit
Emil Ludwigs Goethe und versteht es
besonders in knappen Einzelsätzen,
man möchte fast sagen filmartig,
die Geschehnisse vor uns abzurollen.
So ist das Ganze ein großer, leicht ge-
schriebener Lebensroman, den auch Laien
gern und mit Spannung lesen werden.

Wer in das innere Wesen des Genius
Napoléon eindringen will, muß zu dem
andern, weit tiefern Werk, zu dem Napoléon
von *Berthold Vallentin* /Berlin,
Georg Bondi/ greifen. Vallentin gehört
zu den Geschichtsdarstellern, die, wie
Gundolf, von Stefan George ausgehen
und in aller Geschichtsforschung den
großen, genialen Geist suchen, ihn in

einer Wesensschau darstellen. Bei Val-
lentin steht Napoléon als der eine große
Heros vor uns, der aus antik römischen
Gründen in unsere Zeit hinein elemen-
tare Geistkräfte wirkt. In Napoléon
steht der große, leibhaft gewordene Pro-
test des Geistes und der kraftvollen
Menschenpersönlichkeit gegen die von
England her einströmende humane Zi-
vilisation auf. Napoléon wird uns hier
als der klassische Mensch in einer ab-
geleitet klassizistischen Welt geschildert.
Höchst bedeutend wird die Weiterent-
wicklung des heroisch klassischen Ty-
pus in sein Gegenteil, den heroisch ro-
mantischen, dargestellt, wie sie sich in
Napoléon vollzog und von Caesar und
Alexander zu Karl dem Großen und der
nationalfranzösischen und europäischen
Welt des Mittelalters führt: »Napoléon
setzt die französisch ritterlichen Kultur-
formen an die Stelle der übernational
klassizistischen.« Interessant ist ferner
der Hinweis, daß Napoléon in seiner
konkreten Sinnennatur ein inneres Ver-
hältnis zu Kultus und Zeremonie hatte,
so daß ihm die Wiederaufnahme kirch-
licher Tradition durchaus nicht nur ein
Akt der Staatsklugheit war. Das Buch ist
voller Geist und bringt ganz neue we-
sentliche Aufschlüsse nicht nur über Na-
poléon als Individuum sondern weit
mehr noch über den Genius und Heros,
der sich in Napoléons bestimmter ge-
schichtlicher Lage verkörperte.

Der ganze Gehalt des Vallentinschen
Werks läßt sich in einer kurzen Be-
sprechung nicht erschöpfen. Es nehme
aber vor, wer genug Muße und Ernst
zum Lesen aufbringt; es will verarbeitet
sein. Schnell und leicht geht dafür Lud-
wigs Buch ein. Besonders hervorgehoben
seien hier die Betrachtungen über die
Politik Napoléons, die auf die Schaf-
fung der Vereinigten Staaten von Europa
unter französischer Führung hinausging.
Napoléons Wort wird heute wieder bren-
nend: »Mögen die Könige verständigt
werden; in Europa gibt es keinen Stoff
mehr, um den Haß zwischen den Natio-
nen zu unterhalten.«

Beide Werke sind schön gedruckt, mit
gutem Bildmaterial ausgestattet.

Stein Schon mehrfach wurde hier
auf den Freiherrn vom
Stein als den Repräsentan-
ten volksorganischer Auffassung hinge-
wiesen, die im Gegensatz zum individua-
listischen Liberalismus von den Gruppen
und ihrer produktiven Kraft im Volks-
leben ausgeht (siehe auch diese Rund-
schau, 1922 II Seite 894 und folgende).

Um unserer Volkszukunft willen gilt es seine Bedeutung in das allgemeine Bewußtsein zu heben, um an die Stelle einer reinen Macht- und Massenidee die Selbstbetätigung des Volkes in allen Bezirken des Lebens zu setzen. Es ist ein Zeichen, daß die im Gedächtnis des Volkes versunkene Persönlichkeit des Mannes dort wiederauflebt, wenn die bedeutende Dichterin *Ricarda Huch*, die durch ihre Werke über die Romantik, den Dreißigjährigen Krieg, die italienische Freiheitsbewegung und Luther sich unter die führenden Geschichtsdarstellerinnen unserer Zeit eingereiht hat, nunmehr in der Sammlung *Menschen, Völker, Zeiten* (Wien, Karl König/ Stein behandelt. Steins Gestalt ersteht lebendig vor uns. Er wird uns als der große leidenschaftliche Hasser der Bureaukratie und des eigennützig am Alten hängenden Adels gezeichnet, als Schirmer bauerlicher Freiheit und germanischen Genossenschaftsgeistes, wie er sich in den Zünften, in den Städten und den Einungen der Bauern auf dem Land auswirkte. Gleich dem volkstümlichen schweizerischen Dichter Jeremias Gotthelf erblickte Stein im Landbesitz die Wurzeln der Kraft. Er wurde von den preußischen Machthabern, besonders von dem ihn instinktiv ablehnenden König Friedrich Wilhelm III bekämpft. Man verfeimte ihn noch in der Verbannung als Jakobiner, Demokraten, Tugendbundisten. Nicht in den Fürsten, deren Egoismus er genügend kennengelernt hatte, sondern im Volk sah Stein die Hoffnung auf künftige Einheit und Freiheit. Dennoch gelang es ihm eine Zeitlang Einfluß auf den russischen Zaren Alexander zu gewinnen. Sein eigentlicher Gefährte war Ernst Moritz Arndt, der gleich ihm von der Reaktion angefeindet wurde. Arndt sah in dem aufgeklärten Despotismus Friedrichs II, der einen nur noch mechanisch funktionierenden seelenlosen Apparat hinterlassen hatte, die Ursache von Preußens Niedergang. *Ricarda Huch* sieht in Stein den heimlichen Volkskaiser Deutschlands, wie ihn die deutsche Jugend nach 1813 eigentlich ersehnte. Es sollte aber ganz anders kommen. Die Fürsten wurden die Nutznießer des Kriegs von 1813, sie knüttelten alle Träume eines neuen bessern Deutschlands nieder. Stein erhob in den Tagen des unglückseligen Wiener Kongresses, der ein neues Europa hätte heraufführen sollen, warnend seine Stimme: »Europa ist daran gelegen, daß ein Zustand der Gereiztheit der Völker, eigenmächtiger Plackereien der Fürsten aufhöre; er be-

einträchtigt die innere und allgemeine Ruhe... daß Deutschland aufhöre ein weiter Sammelplatz von Unterdrückern und Unterdrückten zu sein.« In Görres' Rheinischem Merkur wurden solche revolutionären freiheits- und vaterlandsfreundlichen Parolen weiterverbreitet. Es war Steins schweres Schicksal sich bald enttäuscht, vereinsamt zu sehen. Während die Reaktion siegte, mündete die Opposition in die Bahnen eines fortschrittlichen aufklärerischen bürgerlichen Liberalismus, der Steins volkorganische Ideen nicht begriff. Die Romantik, ursprünglich eine durchaus geistige zukunftsstarke Bewegung, verband sich mit der reaktionären Monarchie. Der Geist des Zentralismus trug überall den Sieg über den organischen Föderalismus Steins davon, der die Einheit des Reichs gerade in seiner Mannigfaltigkeit erstrebte. In diesen trüben Tagen wandte sich Stein der Welt des Mittelalters zu, um in ihr vor den Blicken des Volkes das Bild einer Volksvergangenheit hinzustellen, die vor dem Absolutismus lag. Er gründete 1819 die Gesellschaft zur Geschichte des deutschen Mittelalters, die die berühmten *Monumenta Germaniae historica* herausgab. Weder Herrscher noch Volk achteten auf dieses Werk sonderlich. Erst unsere Zeit sieht das Mittelalter wieder in seiner symbolischen Bedeutung für unsere Geschichte. Noch sah Stein in Westfalen die neue Industrie sich entwickeln, deren Befreiung von allen bürokratischen Fesseln er vertrat. Nur wollte er im Gegensatz zu seinem Schüler, dem liberalen Staatsrat von Kunth, die Zünfte wiederherstellen, drang damit aber gegenüber der liberalen Zeitströmung nicht durch. Erst die spätere Bedeutung der Gewerkschaften und ähnlicher Verbände ließ eine neue sozialorganische Wertung der Zünfte aufkommen. Auch darin wich Stein mit Entschiedenheit von dem individualistischen manchesterlichen Liberalismus ab, daß er sich gegen die hemmungslose Teilbarkeit der Bauerngüter erklärte. Gegenüber der reinen Machtstaatsidee Bismarcks erscheint bei Huch in Stein die sittliche Volksidee, die uns heute neu aufleuchtet.

**Deutschland
1815 bis 1848**

Die Zeit von 1815 bis 1848 gehört zu den unerquicklichsten Jahren deutscher Geschichte. Doch regten sich in dieser Periode der Reaktion und der Philisterruhe Keime neuen Lebens, die Beachtung verdienen.

In einem Buch *Deutschland in den weltgeschichtlichen Wandlungen des letzten*

Jahrhunderts von *Franz Schnabel* /Leipzig, B. G. Teubner/ wird diese Zeit die Vorbereitung der nationalen Einigung genannt. Außenpolitisch wurde der Bund der siegreichen Monarchien, denen sich bald das bourbonische Frankreich anschloß, in der Heiligen Allianz bestimmend. England hielt sich fern, weil es Interesse an einem zwar geordneten, aber vor allem schwachen Kontinent hatte. Wirtschaftlich sind jene Jahrzehnte Zeiten starken Aufschwungs. Das von der Politik abgelenkte Bürgertum gab sich um so mehr der sich neu entwickelnden Industrie hin. Freilich war es schwer genug nach Aufhebung der Kontinentalperre sich gegen die Überflutung mit englischen Fabrikwaren zu schützen. Die norddeutsche, besonders die ostelbische Landwirtschaft war damals auf Getreideexport angewiesen und daher freihändlerisch. Die Gewerbefreiheit setzte sich immer mehr durch. Die Bauernbefreiung führte zu Massenauswanderungen nach Amerika. Es bildete sich ein ländliches Proletariat, der unerschöpfliche Reservefonds für das Stadtproletariat des 19. Jahrhunderts. Unter der Decke garte es. Doch waren die Forderungen des Bürgertums zunächst mehr politisch ideologischer Art. Der Ruf nach der Verfassung wurde laut. Die Pariser Juli-revolution von 1830 brachte den Zündstoff in Deutschland noch nicht zur Explosion. Schwer lastete der Absolutismus der Fürsten auf allen freieren Regungen. Doch mitten in der politischen Reaktion wuchs ein Werk von größter Bedeutung, der Zollverein, heran, die so notwendige wirtschaftliche Annäherung der vielen deutschen Klein- und Mittelstaaten an Preußen. Der Zollverein bildete ein weit festeres Einheitsband der deutschen Nation als der künstlich vegetierende Deutsche Bund. Die Eisenbahnen trugen das ihre dazu bei die Grenzen der Kleinstaaterie zu durchbrechen. Seit den dreißiger Jahren wuchs Deutschland nun in das industrielle Zeitalter hinein, das in England schon mindestens ein halbes Jahrhundert früher angebrochen war. Marx und Engels konnten ja zunächst ihre Studien über den Kapitalismus in seiner Wirkung auf das Industrieproletariat nur in England anstellen. Erst langsam entwickelte sich die Welt der Handwerker und Gesellen zu der der Trennung zwischen Unternehmern und Arbeitern heran. Bei der Februarrevolution von 1848 sprang der zündende Funke von Frankreich nach Deutschland über. Aber während die französische Februarrevolution

einen schon fast proletarischen, gegen das Bürgertum gerichteten Charakter annahm, war die Revolution in Deutschland vorwiegend bürgerlicher, nicht so sehr sozialer als vielmehr ideologischer Art. Die Stärke der proletarischen Bewegung in dieser Zeit auch in Deutschland ist allerdings meist unterschätzt worden. Es ist ein besonderes Verdienst Max Quarcks die Kraft der Beteiligung der Arbeiterklasse an den revolutionären Ereignissen nachgewiesen zu haben (siehe den folgenden Abschnitt). Freilich darf man, um den sozialen und wirtschaftlichen Grundzug der Zeit zu begreifen, nicht allein auf die oft sehr theoretischen Reden in der Paulskirche sehen, in denen mehr das gelehrte, gemäßigte und radikale Bürgertum zu Wort kam. Die Arbeiten der Paulskirche wurden naturgemäß in letzter Zeit wieder stärker beachtet, weil die Weimarer Verfassung an die Tradition von 1848 wieder anknüpfte. Außer der guten, durch Wolfgang Petzet und Otto Ernst Sutter besorgten Auswahl aus den Reden der Nationalversammlung von 1848-1849 (*Der Geist der Paulskirche* /Frankfurt, Frankfurter Sozietätsdruckerei/) ist da vor allen Dingen die auch von der Frankfurter Sozietätsdruckerei herausgegebene Schriftenfolge *Die Paulskirche* zu nennen, die zur Wiederbelebung demokratischer Staatsgesinnung die verschiedenen Fragen von Fachleuten bearbeiten und behandeln ließ. So schreibt in dieser Sammlung der alte schwäbische Demokrat Friedrich Payer ein von Erinnerungen durchzogenes Heft Anno 48, Wilhelm Bloß stellt den Untergang des Frankfurter Parlaments als Rumpfparlament in Stuttgart dar, Walter Schneider behandelt Wirtschafts- und Sozialpolitik im Frankfurter Parlament, Kurt Schauer sucht in dem Geschäftsverfahren dieses Parlaments das ewige soziologische Problem Der Einzelne und die Gemeinschaft zu verfolgen. Einige Schriften greifen über 1848 bis in unsere Gegenwart hinüber. Hugo Preuß, der Schöpfer der Weimarer Verfassung, schreibt über die Frage des deutschen Nationalstaats, wie er sich in den verschiedenen deutschen Verfassungen zeigt, L. Rosenbaum untersucht statistisch Beruf und Herkunft der Abgeordneten von 1847 bis 1919. Die Flaggenfrage hat ein kleines, instruktives Büchlein, das wesentlich dem Vormärz und 1848 gewidmet ist, entstehen lassen; Ernst Jägers Schwarz-Rot-Gold in der deutschen Geschichte. Während die meisten Fragen, um die es 1848 ging, für uns heute gelöst sind, ist

die eigentliche Schwierigkeit, das Auseinanderklaffen von Groß- und Kleindeutschland, Preußen und Österreich, noch immer nicht behoben, obwohl erst die Auflösung der habsburgischen Monarchie und die Beseitigung der Monarchien sowohl in Deutschland wie in Deutsch Österreich dazu die Voraussetzungen geschaffen haben. Der Konflikt zwischen den beiden deutschen Großstaaten Österreich und Preußen, der aus dem 18. Jahrhundert stammt, erfüllt die Jahrzehnte nach 1848 als Problem der nationalen Einigung Deutschlands. Das Scheitern der Einheitsträume der Paulskirche, besonders die Ablehnung der Kaiserkrone aus der Hand des Volks durch Friedrich Wilhelm IV, ließ nur mehr den Waffengang, den Weg von Blut und Eisen, offen; und dieser Weg barg in sich so viele Schwierigkeiten, daß er trotz bedeutender staatsmännischer Leistung nicht zum dauernden Bestand eines Reiches führte.

Deutsche Arbeiterbewegung Leicht tritt hinter den parlamentarischen Verfassungskämpfen der vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts der soziale Beginn der deutschen Arbeiterbewegung zu sehr in den Hintergrund. Erich Marcks ist einer der wenigen Historiker, die die proletarischen Strömungen dieser Zeit genügend beobachtet haben (Männer und Zeiten I /Leipzig, Quelle & Meyer/). Um so wichtiger ist das Erscheinen des Die erste deutsche Arbeiterbewegung 1848-1849 betitelten Buchs *Max Quarcks* /Leipzig, C. L. Hirschfeld/. Es ist unter Benutzung umfassenden Quellenmaterials und zugleich wissenschaftlich objektiv wie mit warmer innerer Anteilnahme geschrieben und jedem, der ein konkretes Bild vom Übergang der Handwerkerbewegung in die moderne Arbeiterbewegung gewinnen will, sehr zu empfehlen. Quarck legt Wert darauf, daß seine ins einzelne gehenden Untersuchungen vollkommen die kürzeren Betrachtungen über die deutsche Revolution bestätigen, die Karl Marx zuerst 1851-1852 in seinen Aufsätzen für die New Yorker Daily Tribune angestellt hat. Grundlegend ist in dem Buch die vorzügliche Charakterisierung des Kleinbürgertums in seiner sozialpsychischen Eigenart. Als Ausdruck und Führer eines kleinbürgerlichen Handwerkersozialismus gilt ja weithin Wilhelm Weitling. Welch eine prophetische Kraft und Tiefe aber in diesem Weitling steckt, erfährt man jetzt aus dem eigenartigen, von geistiger Perspektive ausgehenden Buch Hermann Buddensiegs Die Kultur des deutschen

Proletariates im Zeitalter des Frühkapitalismus /Lauenburg, Adolf Saal/. Nicht mit Schlagworten sollte man diese sozialistischen Sturmgeister und Initiatoren, wie auch Stephan Born, der Führer der deutschen Arbeiterbewegung von 1848-1849 einer war, abtun, sondern man sollte sich in die konkrete Lebenswelt dieser Zeit und dieser Menschen versenken und daraus sich den Blick für die Wirklichkeit des sozialen Lebens schärfen lassen. Quarck gibt dazu gute Grundlagen, da er im einzelnen die Lage und die Versuche die Not zu überwinden, in den verschiedenen Arbeitergruppen, wie der der Buchdrucker, der Schneider usw. schildert. Besonders klärend ist auch die Untersuchung des Verhältnisses dieser ersten deutschen Arbeiterbewegung zur Demokratie. Sie hingen zuerst taktisch zusammen, sehr bald aber ergaben sich die ganz verschiedenen Ziele beider Bewegungen, und dementsprechend die Trennung. Berlin, Leipzig, Breslau und Köln waren damals in der deutschen Arbeiterbewegung führend. Born stand in engster Fühlung mit Marx und Engels. Es handelte sich ihm und seinen Mitarbeitern darum zunächst einmal die Arbeiter zu einer organisierten Vertretung ihrer Interessen zu bringen, was ihnen in der sozialistischen Arbeiterverbrüderung gelang. Sie mußten sich dabei vor allen Versuchen bewahren von vornherein die Arbeiterklasse nicht zur Selbständigkeit kommen sondern sie in einer Verbrüderung mit der Unternehmerschaft untergehen zu lassen, wie es besonders der wohlmeinende, aber ideologische Kasseler Professor Winkelblech wollte. Diese ersten großartigen Versuche die Arbeiterbewegung zu organisieren müssen heute beachtet und erlebt werden

Bismarck Die Revolution von 1848 hinterließ den preußisch-österreichischen Dualismus ungelöst der Zukunft. Bismarck löste ihn auf seine Weise. Davon handelt mit allen innen- und außenpolitischen Voraussetzungen und Folgerungen der Abschnitt Das Zeitalter Bismarcks in dem bereits erwähnten Buch *Franz Schnabels* Deutschland in den weltgeschichtlichen Wandlungen des letzten Jahrhunderts. Die politischen Fragen, um die es ging, sind übersichtlich und knapp herausgearbeitet. Auf die Persönlichkeit Bismarcks, der das Entscheidende gegen Widerstand von allen Seiten durchsetzte, wird näher eingegangen. Bismarck haßte im Adel und geistig im protestantischen Kirchenglauben. Sein politisches

Ziel war die Machtentfaltung des preußischen Staats bis zum erweiterten Preußen in der kleindeutschen Reichsgründung. Das führte ihn in schärfsten Gegensatz zu den liberalen Ideenpolitikern, die allerdings nach dem Erfolg von Königgrätz 1866 zum Teil in die neugegründete Nationalliberale Partei einschwenkten. Bei dem Heeresreformkonflikt ging es um die Frage, ob Vorherrschaft der Krone oder Parlamentarismus nach englischem Muster. Der Konstitutionalismus mit monarchischer Spitze, das Werk Bismarcks, hat die Stürme des Weltkriegs aber nicht überdauern können. Bestimmt wurde Bismarck in der innern Politik durch die auswärtige Politik, er stimmte also mit Rankes Auffassung der Suprematie der äußern Politik überein. Das nationale Problem war auch für Bismarck eng verknüpft mit der gesamten europäischen Lage und ohne Rücksicht auf die Nachbarn nicht zu lösen. So wuchs aus dem preußisch-österreichischen Bruderkrieg der deutsch-französische Krieg, aus dem durch die Annexion des Elsaß und Lothringens ein Stachel zurückblieb. Die Reichsverfassung von 1871 versuchte das Problem der Eingliederung der süddeutschen Mittelstaaten auf föderalistische Weise zu lösen. Noch heute krankt wir an der nicht überwundenen Spannung zwischen Unitarismus und Partikularismus. Interessant ist, daß Bismarck schon 1871 an die Einrichtung eines Reichswirtschaftsrats gedacht hatte.

Während Schnabel im großen und ganzen die traditionelle Geschichtsbetrachtung beibehält, die in Bismarcks Reichsgründung den eigentlichen Höhepunkt der deutschen Geschichte sieht, kann man aus dem bisher erschienenen 1., Die Reichsgründung genannten Band der Politischen Geschichte des Neuen Deutschen Kaiserreiches von *Johannes Ziehkursch* /Frankfurt, Frankfurter Sozietätsdruckerei/ die tragische Spannung im Werk Bismarcks schärfer erkennen. Der Autor hebt den unausgeglichenen Widerspruch zwischen dem alten Preußen, verkörpert in dem Junker Bismarck, und dem neuen Deutschland, das aus der Aufklärung stammt und demokratisch bestimmt ist, hervor. Besonders wichtig sind die Einblicke in das innenpolitische Getriebe der Parteien. So versteht vor uns die Fortschrittspartei als Vertreterin einer bürgerlichen Oberschicht, ohne wirkliche Massenwirkung, am Manchesterium festhaltend und daher unfähig die soziale Entwicklung der Industriezeit zu gestalten. Die Kämpfe Bismarcks mit

dem Abgeordnetenhaus hängen nach Ziehkursch eng mit dem Klassengegensatz zwischen Adel und Bürgertum zusammen. Eingehend stellt der Verfasser auch dar, wie die entstehende Arbeiterbewegung in die Bismarcksche Politik hineinspielt. Ferner schildert er die Annäherung Lassalles an Bismarck, Lassalles Staatsbegriff und Bismarcks Feindschaft gegen den Liberalismus, Schweitzers Agitation zugunsten des von Bismarck in die politischen Kämpfe hineingeschleuderten allgemeinen Wahlrechts und den Gegensatz der Lassalleaner und der Eisenacher. Er berührt endlich das Scheitern der klerikalen Partei 1866. So werden auch die Gegenspieler Bismarcks, wie sie in den heutigen republikanischen Parteien vereinigt sind, durch ihn mehr gewürdigt als dies sonst zu geschehen pflegt. Das Buch bedeutet jedenfalls eine wichtige Ergänzung der bisher vorhandenen Darstellungen der Reichsgründung. Erwähnt sei noch eine kurz vor dem Krieg veröffentlichte Arbeit *Fritz Löwenthals* Der preußische Verfassungsstreit 1862 bis 1866 /München, Duncker & Humblot/, die den Konflikt mit dem Abgeordnetenhaus eingehender untersucht. Siegte Bismarck in diesem Verfassungsstreit, so werden andererseits heute sein Kulturkampf gegen die katholische Kirche wie sein Kampf gegen die Sozialdemokratie, den er durch das Sozialistengesetz zu führen suchte, wohl allgemein als Fehlschläge seiner Politik erkannt. Wirtschaftlich ist die mit der steigenden Industrialisierung Deutschlands zusammenhängende Wendung zur Schutzzollpolitik 1878 von größter Bedeutung gewesen. Außenpolitisch war Bismarcks System nach 1871 bekanntlich das einer bloß erhaltenden Friedenspolitik, die sich auf den Kontinent beschränkte und den werdenden englisch-deutschen Gegensatz nicht berücksichtigte. Er ging mit Rußland und Österreich zusammen und hielt sich in der damals schon zum Weltkrieg drängenden orientalischen und Balkanfrage möglichst zurück. Nähern Einblick in die Balkanpolitik speziell des kleinen Bulgariens, das aber im Brennpunkt der europäischen Rivalitätenkämpfe lag, gibt eine Spezialstudie *Egon Cäsar Cortis* Alexander von Battenberg, sein Kampf mit dem Zaren und Bismarck /Wien, L. W. Seidel & Sohn/. Bismarcks auswärtige Politik wurde immer schwieriger, immer mehr wurde er in die Weltpolitik hineingerissen, die ihm nicht lag, und die von seinen Nachfolgern erst recht nicht gemeistert werden konnte. So zerbrach Bismarcks Werk im Weltkrieg.

Kurze Chronik In dem Palazzo Origo in Rom, in der Nähe des Pantheons, wurde ein Bruchstück des alten römischen Staatskalenders aufgefunden. Dieser Kalender enthielt auf einer Marmorplatte die Namen der Könige, Konsuln, Zensoren und Diktatoren, die seit der Gründung Roms bis zum Jahr 13 nach Christus auf einander folgten. Das jetzt entdeckte Bruchstück führt in doppelter Reihe hohe römische Staatsbeamte auf, die von 278 bis 267 und 215 bis 208 vor Christus im Amt waren. ◊ In Rom wird ein *Italienisches Archäologisches und Kunsthistorisches Institut*, ähnlich dem Deutschen Kunsthistorischen Institut in Florenz, begründet. ◊ Eine *Akademie für das Studium des Mittelalters* wurde in Boston errichtet. Sie will »eine Art clearing house« für Auskünfte über Kunst, Wissenschaft und Leben des Mittelalters sein. ◊ Das *Columbusarchiv* des Herzogs von Veragua, eines Nachkommen des Entdeckers Amerikas, das aus 90 Dokumenten besteht, geht in den Besitz des spanischen Staates über.

Literatur

In der oben erwähnten, sehr bemerkenswerten, von Max Kemmerich herausgegebenen Sammlung *Menschen, Völker, Zeiten* /Wien, Karl König/ erschienen, neben Ricarda Huchs wertvoller Schrift über den Freiherrn vom Stein, Thassilo von Scheffer Homer und seine Zeit, Graf Albrecht Montgelas Abraham Lincoln, Carry Brachvogel Robespierre. Sämtliche Bändchen sind mit guten Abbildungen versehen. ◊ Neben den prachtvollen Sammlungen aus dem Werk vom Steins und Arndts ist in der vortrefflichen Sammlung *Der deutsche Staatsgedanke* /München, Dreimaskenverlag/ ein von Rudolf Vaupel ausgewählter und eingeleiteter Band Stimmen aus der Zeit der Erniedrigung erschienen, der Stein, Clausewitz, Gneisenau, Hardenberg, Humboldt, Jahn, Kleist, Scharnhorst, Schleiermacher berücksichtigt. ◊ In die *Napoleonische Zeit* führen die hinterlassenen anonymen Papiere eines französisch-preußischen Offiziers 40 Jahre aus dem Leben eines Toten /Berlin, Egon Fleischel/. ◊ In die Jahre 1848 bis 1856 versetzen uns *Ferdinand Kürnbergers* Briefe eines politischen Flüchtlings /Wien, E. P. Tal & Co./, aus dem Nachlaß herausgegeben von Otto Erich Deutsch. Kürnberger, der Wiener, hing sehr an Deutschland. Auf abenteuerlichen Irrfahrten erlebte er vieles, was uns auch heute noch angeht und fesselt.

KUNST

Dichtkunst / Max Hochdorf

Volksdokumente

Ein Erbe der großen epischen Tradition der Russen, die vor der Revolution schrieben, ist *Alexander Kuprin*. Liebe zum Volk, Kenntnis der Volksseele: das war sein Element. Er verzagte nicht, wenn er in schmutzige Tiefen hineinstieg. Irgendwo erblickte er Zusammenhänge, die zwischen dem Ewigen und dem Dürftigen bestehen. Als Arzt wußte er mit Schäden Bescheid, die den Menschen zerstören. Und dazu die große Schwermut, die sich ohne Hemmung manifestiert und mit Wehmut Welt und Nebenmenschen durchtränkt. Kuprin versuchte nun in einem großen Roman *Jama* die Lastergrube, der deutsch im Internationalen Verlag Renaissance in Wien herauskam, ein Zeitbild zu malen, von dessen Anblick eine ungeheure Erschütterung ausgehen soll. *Jama* ist der Schlund oder der Sumpf, und es handelt sich um eine kleine russische Stadt und deren Lasterleben. Die Insassen eines öffentlichen Hauses und alle ihre Gäste und die Verwalterin dieses falschen Paradieses werden geschildert. Die Einleitung zu dem Buch will den Stoff rechtfertigen. Es bedarf dieser Rechtfertigung nicht. Unter den Büchern, die solches Dasein schildern, ragt der Kuprinsche Roman durch Unerschrockenheit und Vermeidung falscher Sentimentalität hervor. Dieser Schriftsteller strebt nicht auf das Sublime des Stils hin. Zusammenhänge werden gezeigt. Die Materie wird nicht zusammengedrängt. Zu einer ethnographischen Monographie fügen sich auch die Geschichten aus Odessa zusammen, die *J. Babel* erzählt /Berlin, Malikverlag/. Der Mann, der im Proletarischen drinsteckte und nun die Spitzbübereien und Spitzfindigkeiten der Halunken erzählt. Es stehen da in dem Geschichtenband lauter Schelmenstücke. Ist es die Zeit, die die Bewohner von Odessa veranlaßt von hinten herum sich in das Glück einzudrängen? Soll man da moralisieren und vom gesicherten mitteleuropäischen Port aus Zensuren austeilen? Wenn man die lebensvolle Anschaulichkeit dieser Geschichten auf sich wirken läßt, wird man aufgeregt und zuweilen traurig; aber der moralische Maßstab entgleitet einem unvermerkt. Neue Ufer werden in dem Band der russischen Novellen gesichtet, durch die Gregor Bienstock einige der jüngsten Russen vorstellt /Berlin, E. Laub/. Diese jüngsten Russen, neben dem Erzähler der Odessageschichten Ba-

bel (der in diesem Band eine nur 3 kurze Seiten umfassende besonders erschütternde Novelle hat), *Wsewolod Iwanow* und *Panteleimon Romanow* und *Sergej Semenow* und *Sergejew Zenskij* gehen den Dingen der russischen Gegenwart zu Leibe. Sie scheuen vor nichts zurück. Sie scheuern sich an Rotgardisten und Dirnen und Kirgisen. Man spürt überall, daß sie mitten in den Dingen gewesen sind. All ihre Schriftstellerei ist darum eigentlich autobiographisch. Sie ist nicht sehr erlesen. Sie führt in ein armseliges Dasein ein. Von Vergewaltigungen, von Hunger, von Überfällen und Mordtaten ist die Rede. Stets irgendetwas Ungewöhnliches, das berichtet wird. Und dann noch ein Letztes: Die Geschichten dieser jungen Russen werden immer östlicher. Wir lernen Landschaften und Landschaftsbewohner kennen, die bisher bloß Ethnologen sahen und schilderten. Es kommt dem Schriftsteller nicht auf die Pointe oder auf die stilistische Rundung an. Er gibt sich Mühe ein Naturbursche zu sein. Ist nun dieser Stil, der kein Stil zu sein scheint, auch schon nichts anderes als eine Literatenmarotte der jungen Russen geworden? Es heißt im ästhetischen Kodex dieser Schriftsteller, daß die Literatur in ihrer traditionellen Form ihr Lebensrecht eingebüßt habe. Der Schriftsteller habe nicht mehr das Recht feinfühlig oder, besser gesagt, feinfedrig die Dinge und Menschen der Erde anzugreifen und zu zergliedern. Alles darf und soll nur Faktum sein. Die Optik sei das wichtigste, nicht die Übersinnlichkeit. Auch nicht die Besinnlichkeit. Keine Furcht, daß irgendein Entsetzen zu entsetzlich sein könnte. Sicher ist, daß hier neue Prosaballaden von nüchternen Beobachtern aufgezeichnet werden. Sie gefallen sich in einem asthmatischen Stil. Uad das ist charakteristisch für die Grenzenlosigkeit unserer heutigen Welt, daß dieser Stil, der scheinbar so autochthon im weiten Rußland entstand, gar nicht mehr national eingeschätzt werden kann. Er ist schon international.

Eine andere, man möchte sagen: eine proletarische Gattung der englischen short story entwickelt sich. In Deutschland ist diese Gattung auch schon allenthalben wahrnehmbar. Es arbeiten hier allerdings mehr die Routiniers und journalistischen Talente als die Schriftsteller, die mit innigerer Kraft begabt sind. Erinnern wir nur an den einen Leonhard Frank, der irgendeine Daseinsbegebenheit zu einem kurzen Novellenblock zusammenhämmern möchte. In England

hat Rudyard Kipling schon vor Jahren diesen Stil angebaut. Da er sehr viel gesehen und vor allen Dingen mit seinen empfindsamen Pupillen sehr viel merkwürdige Bilder gespiegelt hatte, wurde er außerordentlich geschätzt, in der Neuen und in der Alten Welt. Die jüngste Generation der *Franzosen*, etwa Francis Carco oder Paul Morand oder Pierre Mac Orlan sind solche Skizzenschreiber. Selbst da, wo sie scheinbar Romane umfangreich zusammenschweißen, löst sich das weitgeschichtete Epos in lauter kurze Skizzen auf. 2 Bücher *Francis Carcos* wurden von Fred Angermayer verdeutscht (Berlin, Verlag Die Schmiede). Das Buch *An Straßenecken vereinigt solche kurzen Skizzen, Bilder aus dem Pariser Leben, keine großartigen Boulevardbilder sondern Kaschemmen- und Gassenskizzen, Skizzen von Dieben und Dirnen, Skizzen von Hungerleidern und armseligen Hochstaplern. Ein tugendhafter Mensch liebt diese Laster. Ein Anwalt der Gekreuzigten und Gequälten nimmt das Wort. Der Gehetzte heißt der aus lauter psychologischen Skizzen zusammengesetzte Roman Carcos. Der Gehetzte ist ein Mann, auf dem die Mordtat lastet. Der urweltliche und überweltliche Dostojewskij hat hier Pate gestanden.*

In einen *Rumänen* verliebte sich Romain Rolland. Dieser *Panait Istrati*, in dessen Blut Wallachentum und Griechentum zusammenströmte, war ursprünglich ein Vagabund, der den Balkan durchwanderte, nie ein weiches Kissen unter dem Kopf, nie einen heißen Bissen im Magen und nie eine bergende Wohnung hatte. Er übte sich in allen Berufen, die kein Beruf sind: ein Kirmesfahrer, ein Bettler, ein Zaungast vor der Behaglichkeit wohlhabenderer Leute. Gefängnis und Spital, das waren die Lebensstationen dieses Vagabunden, der eines Tages im Krankenhaus die Feder nahm, um zu fabulieren. Er fabulierte, was er gesehen hatte, ziemlich formlos, ganz aus der Laune heraus, von Anekdoten und Zoten überschäumend. Er war wie der orientalische Märchenerzähler, der sich auf dem Marktplatz ansiedelt und die Phantasie der Männer, Frauen und Kinder kitzelt, die ihm zuhören und aus Dankbarkeit vielleicht ein Laib Brot oder ein paar Kupferstücke spenden. Rolland erhielt diese Aufzeichnungen und dazu einen Brief, in dem sich Istrati enthüllte. Rolland, der Gelehrte, der gern in der Abgeschlossenheit seines Studios die Erde umtrümt, wurde gefesselt. Er wollte Vorsehung spielen und führte Istrati in die Literatur ein. Der Quell der Aben-

teuer sprudelt aus dem rumänischen Griechen. Er ist wirklich ein bunt erzählender Balkanzigeuner. Wer ein wenig die Literatur dieser Länder kennt, der weiß, daß sich aus solcher folkloristischen Novellistik ein großer Teil der Balkandichtung zusammensetzt. Man hat vor kurzer Zeit den neugriechischen Dichter Karkawitzas begraben, der ein Militärarzt und ein Erzähler solcher volkstümlichen Geschichten war. Der Arzt, der in die Hütten der armen Leute hingelangte, pflegte solche volkstümlichen Novellen zu erzählen, und sein heute noch lebender Kamerad Costas Palamas tat das gleiche. Doch Karkawitzas und Palamas hatten sich an großen europäischen Vorbildern geschult, in sich Dickens und Maupassant gemischt und auch an Huysmans und an Rodenbach, den größten Weltkünstlern dieser kurzen Geschichten, geschult. Die Anekdotenursprünglichkeit Istratis ist groß. Man stellt fest, daß er, wenn er auch nicht eine literarische Erziehung genoß, trotzdem sich autodidaktisch zu belehren wußte. Er fällt auf, weil er Stoffe behandelt, deren Exotik aufreizend wirkt. Die folkloristische Novelle pflegt er. Er ist ein Spezialist aus dem Volk. Es lohnt sich seine Bekanntheit zu machen. Die wallachischen Menschen, die niemals reinblütig, die mit Bulgaren und Türken und Juden und Zigeunern gemischt sind, leben in sehr hitziger Sexualität. Barbarische Brautbräuche werden gepflegt. Das Messer, ja sogar die Gifflasche sitzt lose im Sack. Irgendwelcher Urquell der Menschheit wird aufgeschlossen. Dekadentes Naturburschen- und Naturweibertum oder, wenn der nicht beherzte Moralist sich mit seinem Urteil einmischen möchte, entartete Natur: das ist, was Istrati in seinem Buch *Kyra Kyralina*, aus den Geschichten des *Adrian Zograffi* /Frankfurt, Rütten & Loening/ schildert. In die gleiche Klasse gehört der *Amerikaner*, von dem in dieser Rundschau (1924 Seite 797 und folgende) schon berichtet wurde: *Jack London*. Auch er ein schreibender Vagabund, der sich bis zur Müdigkeit durchkämpfte, der früh starb, da so viel Ermattung des Körpers und des Geistes auch die robusteste Natur zerschlagen mußte. Seine kurzen Geschichten aus Amerika, seine Geschichten der Steppe und des Meeres waren bewundernswürdig. Das soziale Gewissen pochte überall, und dabei dieses klare helllichtige Auge, das Lichter und Schatten und Meeresströmungen genial wahrnahm. Und dann Hunger und Durst und Krankheit und Elend, die ihn

nicht beugten. Ein Reporter, der sich zum Dichter emporhob aus eingeborener Energie. *Jack London* ist nach seinem Tod eine internationale Berühmtheit geworden. Auch Deutschland verschlingt sein Werk. Seine Romane *Der Seewolf* /Berlin, Verlag Universitäts/ und *Lockruf des Goldes* /Leipzig, Grethlein & Co./ führen auf den Ozean hinaus und hinein in die arktischen Goldfelder. Die Erde speit aus allen Himmelsrichtungen die Verlorenen herbei, die aus der Einsamkeit auftauchen, um sich zu einer neuen Gesellschaft zusammenzuschließen. Es scheint, daß der Schöpferplan erweitert wird, und daß wirklich eine neue Menschheit zusammenwächst. Die Phantasie wird gereizt. Die Urstimme redet. Und doch auch hier schon, als Moment der Schwäche, die Zivilisation der Vereinigten Staaten, die ja nach dem Marxschen Wort »immer noch Kolonialland Europas« sind: Aus der ganzen Wahrheit der ungeborenen Natur und starken Männlichkeit wird die Halbwahrheit und schließlich die konventionelle Unwahrscheinlichkeit einer unproduktiven, nur nachgesprochenen, nie erlebten Fraueneinbildung. Nichts ist dafür charakteristischer als die Zerteilung im *Lockruf des Goldes*. Welch eine Abkühlung des Lesers in der lauen Scheinmoralluft, die vom Eintritt der Frau ab im 2. Teil weht, nach der schäumenden Hitze, die im Land der arktischen Kälte im 1. Teil einen fortreibt.

Der *deutschböhmische* Schriftsteller *Felix Lange* versucht in seiner *Erotischen Passion* /Berlin, Eigenbrödlerverslag/ ein großes Gesellschaftsbild seiner Heimat zu geben; er nimmt sozial teil an seiner Umgebung, dann verliert er sich ins Individualistische, und man fühlt nur noch, daß die Grenzen um den Schriftsteller immer enger werden.

Die *friesische Heimat* schildert *Margarete Boie* in ihren Büchern *Der Sylter Hahn*, *Schwestern* und *Moiken Peter Ohm*, die sämtlich bei J. F. Steinkopff in Stuttgart erschienen. Chroniken werden ausgegraben, wohl persönliche Erinnerungen werden durcheinandergemischt. Wem Sylt etwas Besonderes sagt (und wem, der diese Insel von einzigartiger Gestalt kennt, sagt sie solches nicht?), wird *Margarete Boie* gern in frühere Jahrhunderte folgen und die weite Heide und den gelbweißen breiten Strand und, ohne Weltbad und Badegäste, die zähen Bewohner im Kleinen sich abmühen sehen: stets dem gewaltigen Meer gegenüber, das unaufhörlich an die Insel schlägt und mit ihr kämpft.

Endlich muß man noch, und dies ganz besonders, auf einen *Engländer* hinweisen: auf den höchst phantasievollen und unterhaltenden Romancier *William J. Locke*, der einer neuen werdenden Generation des Engländerturns angehört. Die innere Kritik gegenüber allem Englischen ist das Charakteristische dieses Neuen, hierin sich mit Byron berührend: freilich nicht mit dessen Abneigung gegen das englische Volk ausgestattet, wohl aber mit einer distanzierenden Skepsis, die sich auch zu einer ganz tüchtigen Ironie ausweitete. Schon die Wahl der Helden ist das Bezeichnende. Sonst in den englischen Romanen spielte der foreigner nur die Rolle eines sonderbaren Lebewesens, das den Engländer durch seine Kuriosität unterhielt. Bei Locke ist dieser Ausländer der wirkliche, der lebendige, sprühende, menschliche Mensch; und neben ihm sind die Engländer, nun ja, eben Engländer. Prachtvoll die Art, wie Locke, wenn er den Provençalischen Pujol als einen »anständigen Kerl« bezeichnet (er ist ein ganz hervorragender Mensch, ein vagabondierender chevalier sans peur et sans reproche im 20. Jahrhundert), hinzufügt: »wenn er vielleicht auch nicht unsere von Gott eingesetzte und deshalb einzig dastehende englische Stufe der Moralität erreichte«. Die beiden Bücher Lockes, die kürzlich in deutscher Sprache erschienen: Die lustigen Abenteuer des Aristide Pujol /Berlin, Volksverband der Bücherfreunde/ und Der große Pandolfo /Wien, Saturnverlag/ sind eigentlich spannende Abenteuerromane, von einem wirklichen Erzähler verfaßt, die man, einmal angefangen, ganz bestimmt vor dem Ende nicht mehr weglagt, und sie sind mit jener Herzenshöflichkeit und mit so französisch anmutendem und anmutigem Geist geschrieben, daß man in dem Verfasser wirklich nicht einen Engländer vermutete, wenn man nicht auch aus anderen Anzeichen schloße, daß die Welt und damit die Stellung des Angelsachsentums in ihr sich zu ändern begonnen hat. (Und so kann ein neues England einmal eben jenem Kontinentaleuropa Verständnis entgegenbringen, das seine Staatsmänner nicht entstehen lassen wollen.)

Erzählungen Nach der rauhen Welt des russischen Ostens, des amerikanischen Westens und des neuen Frankreichs die spinnfein gegliederte der Vorkriegszeit, das, was wir Dekadenz nennen oder, wenn es noch sehnsüchtiger, wenn es noch mehr zermartert ist und irgendeinem Ideal nach-

hetzt, die Boheme. *Franziska von Reventlow*, die nun seit 8 Jahren unter der Erde liegt, war eine Große unter diesen Frauen der Boheme, eine Abenteurerin des Herzens, die nicht eingegliedert in jene wohlumfriedete Gesellschaft werden konnte, die sich an festen Sitten, Bräuchen und gut fundierten Scheckbüchern erfreut. Schwabing und die Welt: das war der Seeleninhalt Franziska von Reventlows, deren Lebensgeschichte abschreckt und doch wieder anzieht, weil ein in sich geschlossenes Menschenwesen sich mit Klarheit aus der Banalität aus-schloß. Sicher sind die Novellen und kurzen Romane, in denen sie immer nur sich selber enthüllt, heute nur noch für einen winzigen Kreis der Neugierigen erträglich. Diese Klassikerin der Boheme wird nun einer gewissen Unsterblichkeit zugeleitet durch den stattlichen Band ihrer Gesammelten Werke, den der Verlag Albert Langen in München herausbrachte.

Der Nachlaß *Peter Altenbergs*, der bei S. Fischer in Berlin erschien, bringt lyrische Stücke und auch jene kurzen Geschichten der beneideten Verdauung, deren besonderer und beredtsamer Prophet Peter Altenberg sein Lebelang war. Die Welt des sanftmütigen und beinahe ästhetisch verklärten Dalles, in der Peter Altenberg noch lebte und die ihn zum Philosophen werden ließ, ist nun heute auch schon verschwunden. Aber die Art, wie Peter Altenberg sie sah, berührt uns noch heute.

Der Dichter *André Gide*, der von Flaubert die Behutsamkeit und den Fleiß gelernt hat, wenn es gilt das Wort herzugeben, könnte gegen das oben besprochene Buch Kuprins den Vorwurf der stilistischen Banalität erheben. Aber hier scheiden sich die Welten. Die Geschichte Isabelle, die für den Verlag J. M. Spaeth in Berlin von Fritz Donath verdeutscht wurde, enthält auch ein erschütterndes Element. Aber es geht hier nicht, wie bei Kuprin, ganz um das Dokumentarische sondern vor allem um die Gestaltung der Sprache als des Materials des Dichters.

In *Heinrich Manns* Liliane und Paul /Wien, Paul Zsolnay/ spürt man wieder das in Farben prangende Können. Heinrich Mann will nicht mehr ein Weltbild freskenartig ausmalen sondern nur die bis zum Parodistischen gesteigerte Liebesgeschichte zweier ganz junger, doch ganz morbider Menschenkinder erzählen. Ein famoser Stil, wenn es sich darum handelt die Üppigkeit des Sinnenerlebnisses zu erzählen.

In seinem Buch *Die Brüder Schellenberg /Berlin, S. Fischer/* will *Bernhard Kellermann* in großen Zügen, fast majestätisch die Großstadt schildern und alle ihre sozialen Verheißungen und Verzückungen durch Scheinwerfer aufhellen. Aber diesem Dichter ging schon manches an Aufrichtigkeit und Kunstfleiß verloren. Man liebt ihn immer noch gern, aber man bleibt doch bei ihm im selben Kreis wie schon lange.

Ein höheres Ziel steckt sich *Paul Zech* (*Das törchte Herz /Berlin, J. H. W. Dietz Nachfolger/*). Mit dem Gefühl wendet er sich den stillen Leuten zu. Das Beste, was diesem Dichter verdankt wird, sind seine festgeschichteten Gedichte. In seiner Prosa hat er noch nicht ganz ausgerottet, was die literarische Erziehung ihm gab. Doch wird man ihm stets mit Sympathie folgen, und von dem einen und dem andern Satz wird man ergriffen. Schilderungen ländlicher Stille und heiterer Behaglichkeit gibt *André Baillon* (*In Holzsnitten /Wien, Herzverlag/*). Das Nachdenken wird angeregt. Das ist wohl die Absicht dieses Schriftstellers. Zu den Romanen, die durch das Stoffliche interessieren, gehört auch *Gabriel Scotts* Quelle des Glücks */Trier, Friedrich Linz/*. Scott ist ein Idylliker, feierlich gestimmt.

In seiner *Atlantis /Berlin, August Scherl/* fabuliert *Hans Dominik*, der Mann der Naturwissenschaft, vielleicht etwas abstrakt, zu deutlich nach dem kindlichen Neugiertrieb des Lesers schielend, aber diesen doch schließlich erregend. Man kann die Tendenz des Buchs nicht in allem billigen; manches wäre besser fortgeblieben. Aber man kann nicht sagen, daß man sich nicht unterhalten kann.

Eine Sammlung von Büchern *Humor der Nationen* stellte Walther Petry für den Wertbuchhandel in Berlin zusammen. Deutsche, Franzosen, Engländer, Amerikaner werden vereinigt. Petry schrieb die Einleitung über den Humor als Element der Weltliteratur und dazu noch kurze Charakteristiken der einzelnen von ihm ausgewählten Humoristen. Er äußert sich über die geistigen und psychischen Grundlagen des Humors sachlich anständig. Doch in einem etwas geschwollenen Stil. Wollte er den modernen Snobismus durch die Form seiner Einleitung parodieren? Auf die Sammlung sei nachdrücklich hingewiesen. Sie ist nicht nur eine sehr gute und höchst amüsante Lektüre; sie bringt auch in dem Beieinander manche Überraschungen und ist geeignet generationenalte Vorurteile zu korrigieren.

Kurze Chronik Der Goethebund in Bremen hat in Verbindung mit dem Bremer Schauspielhaus einen Preis von 5000 Mark für das beste bühnenreife Stück von dichterischem Wert ausgesetzt. Die zum Wettbewerb bestimmten Stücke dürfen noch nicht aufgeführt und müssen bis zum 1. Oktober dieses Jahres eingereicht sein. Das preisgekrönte Stück soll noch während der Spielzeit 1926-1927 im Bremer Schauspielhaus aufgeführt werden. Von den Jahresliteraturpreisen der Académie Française entfiel diesmal der Große Preis von 15 000 Francs auf Georges Courteline, der Große Preis für Literatur von 10 000 Francs auf Gilbert de Vossia und der Große Romanpreis von 5000 Francs auf Mauriac für seinen Roman *Désert de l'amour*. ◊ Am 20. März wurde in Berlin eine Ortsgruppe der im vorigen Jahr in Bayreuth gegründeten *Jean Paul-Gesellschaft* gebildet, die durch Vorträge, Vorlesungen und wissenschaftliche Veranstaltung das Interesse für den Dichter beleben will. ◊ Die tschechoslowakische Regierung beschloß das Andenken an den Aufenthalt *Goethes in Marienbad* besonders zu ehren. Der alte Ambrosiustempel, in dem Goethe täglich seinen Brunnen trank, der aber inzwischen entfernt wurde, um einem modernen Bau Platz zu machen, soll jetzt in dem Park, den Goethe als Erholungsort liebte, aufgestellt und mit einer Altersbüste Goethes geschmückt werden. ◊ Als Privatdozent für neuere deutsche Literaturgeschichte habilitierte sich an der Universität Königsberg Erich Jenisch mit einer Antrittsvorlesung Hölderlin und das Christentum.

Literatur Die Geschichte der französischen Literatur schreibt *Victor Klemperer /Leipzig, B. G. Teubner/*. Der Band, der die Romantik des 19. Jahrhunderts umfaßt, ist sehr geschickt disponiert. Klemperer schreibt sehr gern Einzelbiographien, weil er annimmt, daß die großen Zusammenhänge sich klar herauschälen, wenn die isolierte Persönlichkeit in all ihren Verzweigungen nachgezeichnet wird. Denn die große Persönlichkeit überschattet, wenn der Historiker sondiert, das ganze Heer der Satelliten und Epigonen. Epos, Drama und Lyrik werden darum nicht Gebiete besonderer Betrachtung, die Grenzen der Kunstformen verschwinden, damit die Grenzen der Persönlichkeit desto klarer werden. Es scheint, daß es wichtiger ist den Gesamtcharakter eines großen Dichters zu erfassen als die Splitterchen seines Tem-

peraments aufzulösen. ◊ Ein dänischer Ästhetiker, *Julius Lange*, grübelt über den Kunstwert /Wien, Amaltheaverlag/. Das Buch ist mehr repräsentativ als aufklärend. Die Systematisierung, in die alle von den 9 Muses geübte Kunst hineingepreßt wird, kann an Hochschulen nützlich wirken. ◊ Heinrich Hubert Houben sammelte, wie er angibt, zum erstenmal Gespräche mit *Heine* /Frankfurt, Rütten & Loening/. Die vielen Freunde, die in das Krankenzimmer eingelassen wurden, um einen Sterbenden zu hören und zu zerstreuen, fühlten sich als Nutznießer eines übergroßen Ruhms. Sie schrieben, wenn sie entlassen waren, mehr oder weniger gewissenhaft auf, was sie hörten und erlebten. Houben, der Archivar, druckt alles mit gleicher Liebe und mit jener Dankbarkeit, die wir alle dem leidenden Dichter und dem stets aktiven Kämpfer schulden. Und zu gleicher Zeit erschien noch ein anderer, sehr schön gedruckter Band Heinescher Gespräche, nach Briefen, Tagebüchern, Berichten der Zeitgenossen herausgegeben von Hugo Bieber /Berlin, Weltverlag/. Man braucht sich über die Duplizität der Ausgaben in diesem Fall nicht zu betrüben. Es ist nicht so, daß das eine Buch das andere verdrängt. Von und über Heine kann man recht viel lesen und manches gut auch 2mal. Wo man den Band Biebers aufschlägt, findet man meist etwas, was uns auch in unseren Tagen trifft. Dieser Dichter, der vor genau 70 Jahren starb, scheint immer lebendiger zu werden. ◊ Einer der Glücklichen, die *Anatole France* anhören durften, wenn er, gut gelaunt, zu allen Dingen der Welt Stellung nahm, war Marcel Legoff. Das Buch, das seine Erinnerungen wiedergibt, erschien deutsch im Musarionverlag in München. Anatole France war im intimen Kreis ein sehr aufgeknöpfter Plauderer, ein Ironiker, der vor keiner Tradition haltmachte. Und auch ein Gesellschafter, der junge und alte Freunde gern ans Herz nahm. Einige seiner Freundinnen und Freunde haben nach dem Tod des Dichters bereitwillig alles Gehörte erzählt. Wir lesen auch diesmal mit Freude. ◊ Richard Specht unternimmt es das Dichterwerk *Franz Werfels* nach allen Seiten hin biographisch und geistig auszudeuten. Er unternimmt den »Versuch einer Zeit Spiegelung« /Wien, Paul Zsolnay/. Specht ist ein getreuer Eckehart und Eckermann. Vor Superlativen hütet er sich nicht. Aber es ist doch gut, daß ein Dichter vom Grad Franz Werfels so liebevoll behandelt wird.

Bühnenkunst / Ernst Kranz

Deutschland
1925-1926

In der Bühnenkunst, wie überall, wo man sich heute um geistigen Ausdruck bemüht, herrscht der Wille zur Synthese. Um so 'uneinheitlicher, härter erscheint das Gesamtbild in einer geistig zerrissenen Zeit. Erst in den letzten, dünnsten Ausstrahlungen, da, wo nicht viel mehr als Modeerscheinungen übrigbleiben, die irgendwelchen Schlagworten, wie Vereinfachung, Stilisierung usw., entstammen, herrschen breit und anerkannt Ruhe und Friede. Es ist daher schwer sich ein klares Bild von dem Geleisteten zu machen, da sich das wertvoll Neue, so zerspalten und so versteckt unter einem Wust von Belanglosigkeit, kaum sichtbar dokumentiert. Keine Richtung, nach der nicht Sackgassen von dem vom besten Willen der Zeit ersehnten Wunschbild ausgehen.

Doch läßt sich im Rückblick über die letzte Spielzeit, mindestens der deutschen Zentrale, feststellen: Das Suchen nach neuen Wegen ist allenthalben spürbar geblieben und ergab in den besten Darbietungen Zeugnisse lebendiger Schöpferkraft. Nur einige bemerkenswerte Beispiele mögen hier hervorgehoben werden. Leopold Jessner hat, nachdem er uns im *Wallenstein*, dem Meisterwerk von Regiekunst und Werner Krauß, den blinden Kampf zwischen Mensch und Schicksal bis zu atemberaubender Spannung erleben ließ, nun der Tragik unserer Zeit in 2 Werken Arnolt Bronnens Ausdruck verliehen. Eindringlich sprach sie aus den *Rheinischen Rebellen*, durch Bühnenwirkung spukhaft materialisiert. Und auch dem *Ostpolzug* konnte man die Teilnahme nicht versagen, wenn der Versuch an diesem Monodrama auch zu keinem völlig befriedigenden Resultat führen konnte. Sehnsucht der Einsamen nach Eroberung der unnahbaren, unbekanntten Welt. Im Zuschauer bleibt ein bitter beklommenes Gefühl zurück. Selbst Fritz Kortner, ein Zyklop an Kraft, dessen sprachtechnische und schauspielerische Leistung bewundernswert war, konnte an der Tatsache nichts ändern, daß die Vorlage ihrer Idee allzu fern blieb. (Wie befreiend dagegen war es einen Abend bei Yvette Guilbert, der lange Ferngebliebenen, zuzubringen, die Drama und Erfüllung gab, da sie Dinge sprach, die selber voll Leben waren.) Aus dem Wirken Max Reinhardts sei der Aufführung von Franz Werfels *Juarez* und *Maximilian* gedacht. In diesen 12 historischen Szenen gab er eine sprü-

hend lebendige Abenteuerwelt, in der Ernst Deutsch als Porfirio Diaz zur Flamme entbrannte, einen wogenden Hintergrund für das Schicksal des hochstrebenden, aber schwachen Helden, dessen gutmütige Menschlichkeit Paul Hartmann ergreifend charakterisierte.

Knut Hamsuns *Spiel des Lebens*, das mittelste Stück der Trilogie, die an den Pforten des Reichs beginnt, wurde durch Gustav Hartung im Schillertheater aufgeführt. Dunkelste Tiefen der menschlichen Seele. Zermalmend legt sich eine Last unerbittlicher Sachlichkeit auf uns. Die Darsteller waren Agnes Straub, Carl Ebert, Erwin Faber und insbesondere Fritz Valk.

Eine szenische Ballade Paul Zechs, *Das trunkenen Schiff*, die das Schicksal Arthur Rimbauds behandelt, wurde in der Volksbühne aufgeführt und durch die Inszenierung von Erwin Piscator im höchsten Grad bemerkenswert. Kinematographisch projizierte Hintergründe sind zwar nicht mehr neu. Doch ist es selten geglückt sie zu einer künstlerischen Form zu gestalten. Bei Piscator spielten sich die Szenen vor einer 3geteilten, schirmartig gestellten Projektionsfläche ab, auf der Zeichnungen George Grosz' erschienen. Es wurde dadurch im Bühnenbild ein sehr lebendiges Spannungsverhältnis erreicht. Das Plus, das unmittelbare Darstellung dem Film gegenüber besitzt, wurde zu einer notwendigen Steigerung ausgenutzt. Die glutvoll gespielten Szenen wirkten. Wie plump und protzenhaft herkömmlich mit dem edelsten Material, dem Menschen, umgegangen wird, der als statistisches Füllsel häufig nichts anderes als gemalter Hintergrund ist und als solcher die Haupthandlung erschlägt, wissen wir aus manchen "Ausstattungsstücken". Das ist hier vermieden, ohne daß die durch das zeichnerische Mittel untergeordneten Dinge weniger unmittelbar wirkten als die gespielten Vorgänge.

Zu ethisch bedeutungsvollem Faktor wird die Bühnenkunst, wo sie aus weisem Erkennen der Zeit das zu geben versteht, was aufgenommen werden soll und aufgenommen werden kann. Das Lebendige bejaht sich selbst, aber Formen bilden kein Leben, wie Kleider keine Leute machen. Nur aus dem innersten Sinn der gestellten Aufgabe ergibt sich für den Bühnenleiter und den Darsteller, wann ein Beschränken auf einfachste Mittel, wann ein Zusammenfassen aller optischen und akustischen Möglichkeiten zu eindeutigem Ausdruck und erschöpfender Wirkung nötig ist.

Oper

Die Berliner Staatsoper zeigte durch die Uraufführung von Alban Bergs *Wozzek*, daß sie nun auch gewillt sei den gefährvollen Boden des neuen Geschehens mutig zu betreten (siehe die Rundschau Musik, in diesem Band Seite 58 und folgende). Das heraufbeschworene Für und Wider der Meinungen betraf fast ausschließlich die rein musikalische Seite. Die im Aufbau raffiniert durchdachte Komposition ließ selbst die Gegner neuer Klangkombinationen stutzig werden. Doch ist ein Verstehen der Eigenart dieser Vortragsmittel nur durch gleichzeitiges Erfassen von Musik und szenischer Darstellung möglich. Es ergaben sich dank der bemerkenswert guten Durchführung Zuspitzungen und Steigerungen des seelischen Vorgangs, die erschütterten. Franz Ludwig Hörth leitete diese Aufführung. Erich Kleiber dirigierte mit technischer Meisterschaft; sein Einfühlen in diese metaphysische Realistik war ganz erstaunlich. Diese Aufführung war die große Tat dieses Winters. Vorangegangen waren ihr in früherer Spielzeit 2 noch größere: Ernst Kreneks *Zwingburg*, ein Werk bedeutender Art und Gesinnung in einer, dank der Regie und Friedrich Schorr, nahezu das Letzte ausdeutenden Darstellung, und Leos Janaceks *Jenufa*, in der Margarete Ober, erschütternd, die Höhe ihres Könnens erreichte, und alle anderen von dem Werk emporgehoben wurden.

Nicht hoch genug können die Verdienste der Berliner Städtischen Oper eingeschätzt werden. Ihrem Beginn (siehe diese Rundschau, 1925 Seite 656 und folgende) entsprach in den wichtigsten Neuaufführungen (freilich nicht in den vom Deutschen Opernhaus übernommenen Aufführungen) die Fortsetzung. Bruno Walter und das Ensemble, das durch hervorragende Gäste gelegentlich noch erhöht wurde, leisteten in einer Reihe neu einstudierter Werke Mustergültiges, so daß man nur wünschen kann, daß diese Höhe auch weiter gehalten werden möchte. Was aber nicht immer gelang, war die Überwindung der besonders bei klassischen Werken vorhandenen Schwierigkeiten die Vorgänge auf der Bühne mit der Musik zu der notwendigen Einheit zu verschmelzen. Mit den besten Absichten wurde gelegentlich mehr geschadet als genützt. So verlieren Mozartaufführungen, wie *Così fan tutte*, wenn sie zu Riesenmarionettenspielen gemacht werden, für das Auge allen zarten Schimmer und lassen uns fast mit Sehnsucht an den zerknitterten Soffitten-

kram früherer Zeiten zurückdenken. Bedauerlich aber und störend war es, daß die Aufführung von Glucks *Iphigenia in Aulis*, die durch den Dirigenten, die Solisten und das Orchester musikalisch zu einer unvergeßlichen Feier wurde, nicht die Forderung in sich schloß die Effekte einer (heute doch schon überwundenen) ausgeklügelten "Einfachheit" sowie die unleidliche Anwendung der Scheinwerfer, der einander die Kreise schneidenden, immerzu nervös suchenden "Sucher", zu verlassen und dem unserm Empfinden nahen Komponisten ein erträgliches Gewand zu geben. Es war Wasser auf die Mühle derer, die an ein Zusammenwirken von Klang und Bild nicht glauben können. Wie fruchtbar aber ein solches Zusammenwirken sein kann, zeigte die selbe Bühne in der glänzenden, mitreißenden Interpretation von Tschairowskij's *Pikdame*. Hier gelang es der Leitung Heinz Tietjens die Szenen in russisch bunter Lebendigkeit hinfließen zu lassen, und dabei so, daß der feine Geist des 18. Jahrhunderts vor uns auferstand und uns gefangen nahm: in den Gesellschaftsszenen ebenso wie in dem entzückend hingehauchten Zwischenspiel. Eine Meisterleistung der Regie schlechthin war aber das Gewitter im Park: dieses Stürzen und Flüchten, ebenso wirklich wie symbolhaft. Von den Solisten, die unter Walter ihr Bestes gaben, ergriff vor allem Carl Martin Ohman, ein Tenor, von dem offenbar noch viel zu erwarten ist, und neben ihm Marie Schulz-Dornburg, die das gespenstische Wachwerden der Jugend vor dem Ende des Lebens zu einem unheimlichen Glanzstück machten. Eine junge Kraft, Ruth Berglund, überraschte in der Gesangsszene wie im Schäferspiel durch ungewöhnliche, rührende Grazie und tief verhaltene Empfindung. Hier hätte die Städtische Oper die Vertreterin der Djamilah, deren sie bedarf. (Wann wird das Versprechen dieses wundervolle kleine Werk zu geben endlich eingelöst?)

Klassiker in modernem Kostüm Erich Ziegel in Hamburg hat es vor einigen Jahren gewagt die Räuber in der Kleidung unserer, nicht ihrer, Zeit aufzuführen. In London und in Wien wurde der Hamlet im Gesellschaftsanzug, Cut, Lackschuhen gegeben. Stimmen der Entrüstung ließen nicht auf sich warten. Und doch. Man weiß wohl, die Kirche hatte bis tief in die Neuzeit hinein keine Bedenken in ihren Aufführungen die Heiligen im Gegenwartsgewand erscheinen zu lassen. Gewiß war man damals sehr

ungebildet und naiv. Soll aber heute unser armes Wissen um Äußerlichkeiten, die uns so fremd sind, uns im Erleben des geistigen Gehalts stören? Was der Schauspieler geben kann, ist die Erfüllung einer Menschidee mit dem eigenen Pulsschlag, der den Beschauern sich mitteilt. Alexander Moissi war dieser Hamlet des Wiener Deutschen Volkstheaters, der uns den modernen Anzug vergessen ließ, vielleicht, weil auch er ihn noch besser vergessen konnte als das historische Kostüm. Und Margarete Koepcke war eine Ophelia von ergreifender Zartheit. Äußerst glaubwürdig wirkte insbesondere auch der Polonius des Kurt Lassen. Daß mit dem Kostüm auch manches andere geändert werden muß, liegt auf der Hand. Mancher Klassiker müßte sich eine recht weitgehende Umarbeitung gefallen lassen. Nicht jedes Werk gibt die Möglichkeit es in eine zeitlose Sphäre allgemeinen Geschehens, und eine solche drückt die jeweilig moderne, uns selbstverständliche Kleidung aus, zu setzen. Es muß da eine Unterscheidung aus dem innern Sinn des gestellten dichterischen Vorwandes gemacht werden. Ein Werk wie der Julius Caesar zum Beispiel, wo die Historie selbst der Stoff ist, an dem das Wirken zeitloser Kräfte sichtbar gemacht werden soll, kann nur in einem Gewand zu uns sprechen, in dem wir uns Römer denken können. Welche Wandlungen ein solcher Begriff durch die Zeitanschauung durchmachen kann, wie im Zeitalter Louis XV die Römerdarsteller Allongeperücken trugen, und wie dann der "Tituskopf" sich durchsetzte, ist hinlänglich bekannt. Auch hier gibt ein Verstehen der eigenen Zeit mehr als historische Kenntnisse dem Bühnenleiter an, wie weit er zu gehen hat, um weder durch fremde Realien den Beschauer vom Dargestellten zu trennen und das Unwirkliche zum Unechten zu verderben, noch durch auffallende Veränderungen ihm den Kontakt mit den Vorgängen zu erschweren. Das moderne Kostüm hat den Zweck uns das Kostüm überhaupt übersehen zu machen. Ganz verkehrt ist es daher es mit irgendwelchen Phantasie- oder historisch andeutenden Zutaten zu versehen, wie dies die Faustaufführung der Berliner Volksbühne tat. Dadurch wird der Zuschauer zu einer besondern Betrachtung der Kleider herausgefordert: das Gegenteil dessen, was sein soll. Prinzipiell seien die mutigen und ernsthaften Versuche klassische Werte unbeschwert uns zu vermitteln als Prüfstein für diese und für uns begrüßt.

Potemkinfilm Das glänzendste Beispiel, wie ein Stoff in lapidarer Deutlichkeit mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln gestaltet wurde, hatte die Filmkunst aufzuweisen. Es wird schwer sein eine Aufführung der Sprechbühne aus letzter Zeit zu finden, die einen so gewaltigen Eindruck hinterließ wie der Panzerkreuzer Potemkin (siehe auch die Rundschau Bewegungskunst, in diesem Band Seite 504). In der Einfachheit der Idee dieses Films lag schon der Schlüssel zum Gelingen: Meuterei einer Schiffsbesatzung als Antwort auf menschenunwürdige Behandlung durch die Vertreter des Zarismus, Teilnahme der Bevölkerung von Odessa, grausam durch Militär unterdrückt, endlich der ideelle Sieg der Revolution, Rettung der Meuterer in einen neutralen Hafen. Die Durchführung, wie aus sichtbarem Anlaß Kräfte sich zusammenballen und bis zum kaum noch Erträglichen anschwellen und sich überstürzen, wie der elektrische Funke plötzlich auf Hunderttausende überspringt, so daß sie wie ein von einer einzigen Seele belebtes Wesen der Idee der Brüderlichkeit folgend herbeiströmen wie Lavastrom eines Vulkans, wie dann die Gegenkraft in gedrängtestem Ausdruck gezeigt wird, Stiefel treppabmarschierender Kosakenreihen, vorgehaltene Bajonette, das ist genial. Nirgends matte Stellen, keine mitgeschleppten toten Dinge, keine künstlich herbeigeführten Bildmomente. Alles ergab sich. Die Dinge waren lebendig und spielten mit. Bewegte Maschinenteile, Stiegen, Wellen, die Trompete, das Kreuz, die Buchstaben der Texte, alles spielte sich selbst und war etwas, war etwas Notwendiges im Ganzen, genau wie jeder Klang, jedes malende Geräusch der mitgehenden Musik. Und, was das Erstaunlichste war, genau wie jeder der Darsteller. Es gab keine Prominenten. Die Menge war der Prominente. Niemand kokettierte mit dem Beschauer. In selbstloser Hingabe waren sie, wie der Regisseur Eisenstein (der so mit einem Schlag in die vorderste Reihe, vielleicht an die Spitze der Filmregisseure rückte), eins mit dem Werk. Diese Revolution heißt: souveräne Beherrschung der Mittel und Disziplin.

Totenliste Tiefste Teilnahme erregte allenthalben das Ende der Sängerin *Sinaida Jurjewskaja*, die Anfang Dezember 1925 in der Schweiz durch den Sturz von einer Brücke bei Andermatt freiwillig aus dem Leben schied. Die Beweggründe zu ihrem

Entschluß bleiben dunkel; sie gehören vielleicht auch nicht ganz diesem Leben an. Als etwas für uns gänzlich Neues war diese russische Sängerin vor 3 Jahren in Deutschland erschienen. Sie trat zuerst am 12. Februar 1923 in Berlin im Deutschen Opernhaus, als Tatjana in Tschaikowskijs Eugen Onegin auf, und wir erhielten durch sie zum erstenmal die wahre Verkörperung der jedem russischen Herzen nahen Puschkinschen Gestalt (siehe diese Rundschau, 1923 Seite 324). Dann sang sie in der Großen Volksoper Rimskij-Korssakows Zarenbraut, und sie ließ uns das durch die Jahrhunderte gleichbleibende Russische dieser Figur aus der Zeit Iwans des Schrecklichen erkennen. Daraufhin wurde sie an die Berliner Staatsoper engagiert, wo sie zuerst, und nun schon in deutscher Sprache, in Rimskijs-Korssakows Goldenem Hahn auftrat. Nun sang sie eine große Reihe von lyrischen Sopranpartieen, namentlich die Pamina und die Fiordiligi. Auch der Puccinischen Mimi, die sie in der unvergeßlichen Aufführung mit Gigli italienisch sang, war sie eine in ihrer Schönheit und Anmut außerordentlich wirkende Vertreterin (wenngleich ihre Leistung mit der einzigartigen, sinnhaft-übersinnlichen Gestaltung dieser Figur durch Elfriede Marherr nicht verglichen werden kann). Der letzte große Eindruck, den sie uns gab, war ihre Jenufa, die neben der überragenden Margarete Ober an jenem Abend noch besonders rührte. Die Tatjana und die Jenufa werden die Erinnerung an die tote junge Sinaida Jurjewskaja lebendig erhalten.

Am 4. März 1926 erlag der Opernsänger *Theodor Lattermann*, im Alter von 46 Jahren, einem schweren Magenleiden. Wer seinen mächtigen Bariton, die vitale Leidenschaft seiner, vom Landläufigen vielfach abweichenden Gestaltung des Pizarro, des Kaspar miterlebt hat, konnte nicht glauben, daß der Tod so früh seine Hand an ihn legen würde. Er wirkte als Sänger in Hamburg und zuletzt in Berlin in der Großen Volksoper (deren Eingehen wir nicht verschmerzen können). Eine kraftvolle Persönlichkeit ist von unserer, jetzt nicht sehr reichen Opernbühne gegangen.

Am 3. Juni starb in Wien die Kammer-sängerin *Elise Elizza*, 57 Jahre alt, an einer Darmoperation. Sie war vor allem in Berlin bekannt, wo sie am Opernhaus in vielen Rollen aufgetreten war. In Wien hatte sie sich einen besonders Ruf nicht nur als Sängerin sondern auch als Gesangslehrerin geschaffen.

Engagementslosigkeit soll die Schauspielerin *Ellen Neustädter* am 13. Juni in Berlin in den freiwilligen Tod getrieben haben. Oder waren es doch wohl tiefere Gründe, die ihr das Weiterleben zwecklose erscheinen ließen? Wer diese eigenartige Frau gesehen hatte, wird das als wahrscheinlicher ansehen. Die ehemals in Wien beliebte Darstellerin hat in Berlin unter der Direktion Robert lange Zeit am Kurfürstendammtheater und an der Tribüne, zuletzt im Theater in der Klosterstraße gewirkt. Sie hat vor allem in kleineren Charakterrollen große Gaben gezeigt. Nach kurzem Krankenlager starb Ende Juni in Bad Tölz der Schauspieler *Ludwig Brahm*, der Bruder Otto Brahms, im Alter von 63 Jahren. Seit 1890 wirkte er an den Bühnen seiner Vaterstadt Hamburg, zuletzt am Schauspielhaus, dessen Ehrenmitglied er war. Er war als geistvoller Komiker schwer zu übertreffen, der Liebling des Publikums, und manches schlagende Witzwort von ihm bleibt in Hamburg unvergessen.

Kurze Chronik 18 Nationen beteiligten sich an einer Zusammenkunft der Bühnenkünstler, die im Juni in Berlin stattfand, gefeiert durch Festvorstellungen, Ansprachen, offizielle Empfänge durch die Vertreter der Behörden. Das positive Ergebnis der Konferenz war die Gründung der *Internationalen Union der Schauspieler* mit dem Sitz in Wien. Nur Rußland, Japan, Italien und Spanien schlossen sich aus. Erfreulich war der Geist gegenseitigen Verständnisses, der ehrliche Wille über die politischen und sprachlichen Grenzen hinaus zusammenzustehen, wie er am wärmsten aus den Worten des Franzosen Harry Baur in seinem Trinkspruch auf das Blühen Deutschlands und Berlins herausklang. ◊ Anfang Juli fand in Hamburg der aus allen Teilen des Reiches stark besuchte Kongreß des *Verbandes der deutschen Volksbühnenvereine* statt. Reden und Aussprachen gab es in reicher Fülle. Die Stadt Hamburg will nach Berliner Muster der Volksbühne von übernächster Saison an ein ständiges Theater zur Verfügung stellen. Siegfried Nestripke behandelte die Stellung der Volksbühne zum Reichsbühnengesetz. August Ziegler sprach über Besucherorganisationen und Theater und wies die aus Theaterkreisen gegen die Volksbühne erhobenen Vorwürfe zurück. Zu lebhaften Debatten führte ein Aufruf Arthur Holitschers, der mehr Aktivität in geistig revolutionärem Sinn verlangte.

Ein Antrag Heinrich Dehmels in der Volksbühne auch den Volksfilm zu pflegen wurde einmütig angenommen. ◊ Aus Anlaß des internationalen Schauspielerkongresses hatte die Neue Kunsthandlung in Berlin eine *Ausstellung von Bühnenbildern* arrangiert. Sowenig diese Veranstaltung auf Vollständigkeit und instruktive Veranschaulichung der modernen Mittel Anspruch machen konnte, war sie doch als Sammlung charakteristischer Beispiele dankenswert und unterhaltend. Das Lebendigste waren die *Figurinen George Grosz*. ◊ Das im Herbst 1924 gegründete *Mecklenburgische Städtebundtheater* ist durch Kauf an den bisherigen Leiter der Landeskulturbehörde für Schleswig-Holstein, den Intendanten Heinz Schwannborn, übergegangen, der das Unternehmen zu verbessern und erweitern gedenkt. ◊ Am 6. Mai feierte das *Magdeburger Stadttheater* sein 50jähriges Bestehen. Als Festvorstellung wurde, wie bei der Eröffnung am 6. Mai 1876, Goethes *Egmont* gegeben. ◊ Vor 125 Jahren wurde Mitte Juni das *Theater an der Wien* eröffnet, damals der größte Theaterbau Deutschlands. Zur Feier wurden durch Künstler des Burgtheaters Grillparzers *Ahnfrau* und Anzengrubers *Pfarrer von Kirchfeld*, die beide hier prämiert worden waren, aufgeführt. ◊ Am 10. Dezember 1925 wurde *Max Fohl* 70 Jahre alt. Er wurde in Nikolsburg in Mähren geboren. Er wandte sich zuerst dem juristischen Studium zu, erkannte bald seine eigentliche Bestimmung und wurde als Schauspieler einer der Vorkämpfer der naturalistischen Richtung. Seit 1884 wirkte er in Berlin am Deutschen Theater, dann am Berliner Theater, und nun schon gegen 30 Jahre am Staatlichen Schauspielhaus. *Lear*, *Nathan*, *Shylock*, *Meister Anton* sind seine Hauptrollen; aus starkem Einfühlen in die Vision des Dichters geschaffen, von schärfster Selbstkritik begleitet, noch heute wirksam. ◊ Am 27. Juni 1926 konnte man in Deutschland den 60. Geburtstag *Else Lehmanns* feiern. Unzertrennlich ist ihr Name mit dem Werk Otto Brahms seit der Gründung der Freien Bühne in Berlin 1889 verknüpft gewesen. Unvergleichlich und unerreicht in lebensvoller Darstellung der Frauengestalten *Isbens* und *Hauptmanns* gab Else Lehmann, von tiefstem sozialen Gefühl durchströmt, den auf innere Wahrheit gerichteten Bestrebungen reinsten Verkörperung. Ein wahrhaftes Menschentum, selten und kostbar. Es wäre ein großer Gewinn für unsere Generation Else Lehmann wieder häufiger zu sehen.

Literatur

Die Direktion des *Wiener Burgtheaters* hat zur Hundertfünfzigjahrfeier dieser berühmtesten deutschen Bühne unter Mitarbeit berufener Autoren und vervollständigt durch zahlreiche Illustrationen eine Festschrift herausgegeben, die allen Freunden des Theaters als eine kurzgefaßte inhaltreiche Charakteristik dieser alten (und hoffentlich nicht veraltenden) Kunststätte und ihrer Entwicklung lieb sein wird (150 Jahre Burgtheater 1776 bis 1926 /Wien, Krystallverlag/). \diamond Das Buch Helene Richters über *Josef Lewinsky* /Wien, Deutscher Verlag für Jugend und Volk/ umschließt, wie ein Schrein eines Museums, Erinnerungen an vergangene Zeit und Zeugnisse unvergänglicher Schönheit. Helene Richter hat es, dem Burgtheater als Jubiläumsgabe, mit Liebe und wägendem Takt geschrieben und mit vielen Abbildungen geschmückt. Der große Schauspieler, dessen ganzes Streben der geistigen Schöpferkraft im Wort galt, hat in seinen Heften, losen Blättern und Briefen eine Fülle von Gedanken über die Kunst und ihre Kämpfe und rastlosen Mühen hinterlassen, auch über die schweren Kämpfe mit den niemals leicht bezwungenen äußeren Hemmnissen, die den höhern Kampf um künstlerische Vervollkommnung begleiten. Die Zeiten Laubes, Halms, Dingelstedts und Wilbrandts werden vor uns lebendig. Das Werk gibt das edle Bild eines Menschen, der »ein freier Geist und ein frommes Gemüt, ein Urwiener und ein Weltengewandener« war. In ihm spiegelt sich ein halbes Jahrhundert Burgtheater, ein halbes Jahrhundert Wiener Kunst und Kultur.

KULTUR**Kolonisation / Herman Kranold****Palästina**

Der Stand des jüdischen Kolonisationswerks ist nach wie vor für die systematische Erörterung der Kolonisationsprobleme besonders wichtig, weil heute wohl sonst nirgends in der Welt eine solche von weltpolitischen Erwägungen freie Kolonisationsarbeit betrieben wird wie in Palästina. Von dem Stand der Dinge gibt das zionistische Memorandum ein sehr gutes Bild, das der Mandatskommission des Völkerbundes am 3. Mai 1926 zugestellt wurde. Danach betrug die jüdische Nettoeinwanderung in Palästina im Jahr 1924 31 650 Personen, das heißt 50 % mehr als die in den 3 Jahren 1922 bis 1924 zusammen: »Der Hauptstrom der jüdischen Wanderung, der früher

nach Nord- und Südamerika ging, wird jetzt sichtlich nach Palästina abgelenkt.« Diese Feststellung zeigt, daß das palästinensische Werk heute nicht mehr bloß ein schüchterner Versuch ist sondern bereits die Weltzusammenhänge spürbar zu beeinflussen beginnt. Im ganzen sind seit der Besetzung Palästinas durch die britischen Truppen bis zum 31. März 1926 5000 jüdische Einwohner in ihre früheren Wohnsitze in Palästina zurückgekehrt und 83 000 zugewandert, während 12 000 abwanderten, so daß die jüdische Bevölkerung Palästinas, die zur Zeit des Waffenstillstands auf 55 000 geschätzt wurde, heute 138 000 zählt. »Palästina hat heute einen größeren Anteil jüdischer Einwohner als irgendein anderes Land.« Wer will da noch behaupten, daß die nächsten 20 Jahre nicht eine jüdische Mehrheit in Palästina bringen könnten?

Im Jahr 1925 bestand die jüdische Einwanderung zu 90 % aus Aschkenasim und zu 10 % aus Sephardim. Den Hauptanteil mit 17 000 Personen lieferte Polen, dann kamen Rußland und die Ukraine mit 6700, Rumänien mit 2200, Litauen mit 1700 und Deutschland mit 1000 Personen. 58 % aller Ankömmlinge waren Mitglieder der 1918 Familien, die in diesem Jahr einwanderten. Das Übergewicht der Männer und der Erwachsenen in der Einwanderung ist nicht mehr so stark wie früher. 13 900 Männern standen 11 650 Frauen und 25 600 Erwachsenen 8200 Kinder unter den Einwanderern gegenüber. Von den Einwanderern waren, unter Einrechnung ihrer Angehörigen, 35 % Personen mit unabhängigen Mitteln, 17 % unabhängige Verwandte von Einwohnern Palästinas und 48 % Personen mit bestimmten Zusagen wegen Arbeitsgelegenheit. Wirtschaftlich ohne jede Unterlage wanderte kaum jemand ein. In der ersten dieser Gruppen war jeder im Besitz des Mindestkapitals von 500 ägyptischen Pfund oder mehr. Diese Schicht brachte also erhebliche eigene Mittel ins Land. Für das Jahr 1925 schätzt das Memorandum das auf diese Weise eingeführte private Vermögen auf rund 40 Millionen Mark. Übrigens bringen auch die 48 % Personen »mit bestimmten Zusagen wegen Arbeitsgelegenheit« in bescheidenem Maß Kapitalien ins Land; eine Schätzung dieser Beträge ist aber nicht möglich. An sich stellt für die Entwicklung Palästinas diese Gruppe natürlich den größten Wert dar, weil mit ihr die höchste Arbeitsfähigkeit, der stärkste Unternehmungsgeist und in nicht wenigen Fällen ein beträcht-

liches Maß von Erfahrung in Industrie oder Handel ins Land kommen; auch gehören zu dieser Gruppe die landwirtschaftlich und gärtnerisch vorgebildeten Einwanderer. Die Gruppe »mit unabhängigen Mitteln« ging in der 2. Hälfte des Jahres 1925 (namentlich infolge der polnischen Wirtschaftskrise mit ihren großen Vermögensverlusten) zurück; dazu trug aber auch die Tatsache bei, daß die Verwaltung des Mandatsgebiets ihr die Einwanderung seit jenem Zeitpunkt technisch wesentlich erschwert hat.

Dieses langsamere Tempo im Zustrom privater Mittel hat gegen Schluß des Jahres 1925 auch auf die Wirtschaftslage in Palästina selbst zurückgewirkt; außerdem erzwangen die ungewöhnlich starken Winterregen eine zeitweilige Unterbrechung der Bautätigkeit. Infolgedessen stieg die Anzahl der jüdischen Arbeitslosen im Januar 1926 auf 4600, sie war aber im April bereits wieder bis auf 3000 gesunken und zeigte bis zur Zeit des Memorandums eine Tendenz zu weiterer Abnahme. Am Stichtag des Memorandums war die Arbeitslosigkeit nicht höher als Ende November 1925, obwohl inzwischen 8000 neue Einwanderer ins Land gekommen waren. Übrigens ist bei der statistischen Erfassung der Arbeitslosigkeit zu berücksichtigen, daß sie die Einwanderer mitzählen muß, für die zwischen dem ersten Betreten des Landes und der Aufnahme der Arbeit notwendig eine gewisse Zeit verstreicht. Im ganzen zeigt der Verlauf der Arbeitslosigkeit, daß das jüdische Wirtschaftsleben Palästinas bereits kräftig genug ist, um ernste Krisen zu überwinden.

Das Hauptinteresse gebührt natürlich der landwirtschaftlichen Kolonisation. Zu Anfang des Jahres 1925 gehörte von dem palästinensischen Boden den Juden eine Fläche von rund 90 000 Hektar; 1925 stieg dieser Besitz um 20 000 Hektar. Von dem Gesamtbetrag von nunmehr 110 000 Hektar gehören 18 500 Hektar dem Jüdischen Nationalfonds als unveräußerliches Eigentum des jüdischen Volkes. Der Zuwachs wurde durch Kauf auf dem offenen Markt erworben. Die palästinensische Regierung hat noch immer keinen Schritt getan, um der Vorschritt des palästinensischen Mandats (Titel 4) praktische Geltung zu verschaffen, nach der die geschlossene Ansiedlung von Juden auf dem Land durch Hergabe von Staats- und Brachland gefördert werden soll, das für öffentliche Zwecke nicht erforderlich ist. Die Bodenpreise zeigen, gemäß dem wachsenden Bedarf und dem Sinken des An-

gebots, die Tendenz zu ständigem Steigen. In der Nachbarschaft jüdischer Niederlassungen steigt der Marktwert der arabischen Besitzungen. Dadurch wird dauernd ein Strom nicht durch Arbeit erworbenen Vermögenszuwachses in die Taschen der Araber gelenkt. Das bedeutet natürlich eine Gefahr für weiteren jüdischen Bodenerwerb und ist sozial sehr unerfreulich. Die palästinensische Regierung könnte dem durch Angebot von Staatsländereien entgegenwirken; sie hat aber bisher in dieser Richtung nichts getan sondern das Staatsland lieber ungenutzt liegen lassen.

Ende 1925 lebten auf dem Land etwa 24 000 Juden in 100 Siedelungen, von denen 44 mit Hilfe zionistischer Organisationen errichtet sind. 20 respektive 9 sind im letzten Jahr hinzugekommen. Die Fläche der Pflanzungen betrug 9700 Hektar, sie waren in der Hauptsache mit Orangen, Zitronen, Mandelbäumen, Weinstöcken und Ölbäumen bestellt. 26 Einwanderergruppen mit etwa 1200 Mitgliedern werden mit zionistischer Hilfe in Palästina selbst landwirtschaftlich ausgebildet, außerdem erhalten 6 Mädchengruppen eine Ausbildung, wie sie für das Leben der Frau in Palästina geeignet ist. In Nahalal im Tal Jesreel wurde im April 1926 eine Landwirtschaftliche Frauenschule mit 40 Plätzen eröffnet. Für die Ebene Esdraleon und das Tal Jesreel wurden Bewässerungspläne fertiggestellt. Die Versuchsanstalt Daganiah im Jordantal wurde nach 4jähriger Arbeit durch die Station Djebata in der Esdraleonebene ersetzt, die 120 Hektar Fläche hat; sie wurde dem zionistischen Landwirtschaftlichen Institut in Tel Awiw unterstellt. Vom Oktober 1924 bis zum Dezember 1925 sind von zionistischer Seite 4,6, vom Nationalfonds 6, im ganzen also von jüdischer Seite 10,6 Millionen Mark für landwirtschaftliche Kolonisation aufgewendet worden; die privaten Kapitalien sind hierbei nicht berücksichtigt.

7 Städte mit nennenswerter jüdischer Bevölkerung gibt es in Palästina: Jaffa nebst Tel Awiw mit 48 000, Jerusalem mit 42 000, Haifa mit 14 000, Tiberias mit 5000, Safed mit 3000, Afuleh mit 1000 und Hebron mit 800 Juden. In den Städten wohnten rund 20 000 jüdische Handarbeiter mit weiteren 30 000 Familienangehörigen; darunter waren 7000 im Baugewerbe, 5000 in Fabriken und Werkstätten, 1500 beim Transportwesen und an den Eisenbahnen beschäftigt und 6000 selbständige Handwerker. In der Gesamtzahl sind auch diejenigen enthalten,

die nur fürs erste in der Stadt geblieben sind und später aufs Land gehen wollen. In der Nachbarschaft Haifas wurden 6500 Hektar sumpfigen Talbodens angekauft, um ausgetrocknet und zur Gartenstadt ausgebaut zu werden. Der Bauplan ist ausgearbeitet, der Kostenaufwand wird auf 20 Millionen Mark geschätzt. 500 Hektar sollen eine Vorstadt mit Raum für 1200 Arbeiterfamilien abgeben. Man will dadurch der einseitigen Konzentration von Industrie und Handel in Jaffa rechtzeitig entgegenreten. Der gute Hafen Haifas wäre auch eine Stütze dafür. In der Nähe dieser Stadt hat bereits eine jüdische Gesellschaft mit einem Kapital von 1,5 Millionen Mark 430 Hektar erworben, um eine Textilfabrik und 300 Arbeiterwohnhäuser zu errichten. Jede Familie bekommt 1,2 Hektar Boden für Obst- und Gemüsebau.

In den von zionistischer Seite finanzierten Schulen (168, gegen 132 im Vorjahr) waren im Jahr 1925-1926 622 Lehrer und 16 132 Schüler. Hier sind 3 Lehrerbildungsanstalten mit 293 Schülern und 4 Technische Schulen mit 532 Schülern mitgezählt. Daneben gibt es noch eine Reihe anderer Schulen, die von Juden unterhalten werden, so daß im ganzen zu Ende des Jahres 1925 25 500 Schulkinder jüdische Schulen besuchten. In andere Schulen gingen 469 jüdische Kinder, während 128 nichtjüdische Kinder in den jüdischen Schulen waren. Das jüdische Schulwesen in Palästina kostete im laufenden Jahr 2,7 Millionen Mark, wovon nur 2¼ % durch Regierungsunterstützung aufgebracht wurden. Das Technikum in Haifa entwickelte sich günstig weiter, ebenso die werdende Universität in Jerusalem.

Haupteinnahmequelle für die jüdische Kolonisationsarbeit ist der Palästina-gründungsfonds (Keren Hajessod), der in den ersten 5 Jahren seines Bestehens, bis Ende März 1926, rund 45 Millionen Mark aufgebracht hat; daneben erbrachte der Nationalfonds (Keren Kajemeth) in der selben Zeit rund 17 Millionen Mark. Der Gründungsfonds gab bisher von seinen Einnahmen 43 Millionen Mark aus, und zwar 31 % für landwirtschaftliche Kolonisation und Versuchsstätten, 20 % für Erziehung einschließlich der Universität Jerusalem und der Technischen Schule, 12 % für Kosten der Einwanderung, 8 % für öffentliche Gesundheitspflege, 8 % für öffentliche Arbeiten, 7 % für Kapitalanlagen, 3 % für religiöse Zwecke, 1,4 % für Förderung von Handel und Industrie und 9,8 % für Verwaltung. Seit der Besetzung Palästinas durch die

britischen Truppen wurden im ganzen von jüdischen Organisationen 195 Millionen Mark ins Land gebracht, davon entfielen auf den Wiederaufbaufonds 17, den Gründungsfonds 44, den Nationalfonds 25, die Kolonisationsgesellschaft 30 und andere Quellen 80 Millionen Mark. Wenn man diese Leistungen mit dem vergleicht, was etwa in 30jähriger Koloniarbeit in den deutschen Kolonien aufgebracht wurde, so wird man sagen müssen, daß sich die jüdische Kolonisation, obwohl sie über keine politische Macht verfügt, bewährt hat. Nicht zum wenigsten hat dazu sicherlich der Umstand beigetragen, daß die jüdische Kolonisation im Gegensatz zu anderen Kolonisationsunternehmungen einen ausgesprochen gemeinwirtschaftlichen Charakter trägt, und daß in erster Linie der Teilnahme an der Arbeit und der Förderung dieses Werks den einzelnen tief ergreifende und vollständig bestimmende Ideen zugrunde liegen.

Auch von englischer Seite wird die Entwicklung Palästinas neuerdings stärker gefördert. Im Juli wurden wiederum 90 Millionen Mark für das Land bewilligt. Die Staatseinkünfte der palästinensischen Verwaltung betrugen 1924-1925 42 Millionen Mark (Überschuß 6 Millionen), 1925-1926 55 (Überschuß 14) Millionen Mark. Der neu bewilligte Betrag soll durch eine Palästinaanleihe aufgebracht und in der Hauptsache für Eisenbahnbauten und für den Ausbau der Häfen, namentlich Haifas, verwendet werden.

Portugiesisch Afrika Der Anteil Portugals am afrikanischen Land besteht heute in der Hauptsache aus dem an der Ostküste gelegenen Gebiet von Mozambique und aus den Stücken Angola mit Benguela, Portugiesisch Guinea an der Westküste sowie aus den im Golf von Guinea gelegenen Inseln São Thomé und Principe. Die Gebiete sind recht umfangreich. Mozambique reicht von der Südgrenze des früheren Deutsch Ostafrikas am Rowuma (11° südlicher Breite) über den Sambesi und Limpopo bis an die Grenze von Sululand bei der Bai von Delagoa und wird nach dem Innern zu von Transvaal, Rhodesien und dem Nyassalandprotektorat begrenzt. Angola reicht nur von 2° bis 17° südlicher Breite, ist aber außerordentlich viel breiter als Mozambique und greift tiefer in das afrikanische Festland hinein. Im Norden stößt es mit der Provinz Loanda an das südliche Mündungswasser des Kongostroms, im Süden grenzt es an das frühere Deutsch Süd-

westafrika. Die am weitesten ins Innere vorspringenden Zipfel reichen etwa bis zur Mitte zwischen dem Atlantischen und dem Indischen Ozean. Im Vergleich dazu ist das Gebiet Portugiesisch Guineas (beiderseits des Rio Grande und umfaßt von dem französischen Gebiet von Fouta Djallon) mit den vorgelagerten Bissagosinseln sehr klein, und geradezu verschwindend klein sind die beiden Inseln im Guineagolf, die aber als Stätten hochwertiger Kakaokultur erhebliche wirtschaftliche Bedeutung haben.

Angola ist dauernd in Geldnöten. Das Land ist an sich groß (485 000 englische Quadratmeilen) und mit manchen Schätzen von der Natur ausgestattet. Es ist aber so wenig entwickelt, daß es keinen Kredit hat, und das Mutterland hat bekanntlich auch keinen. 1921 versuchte die Regierung dieser Kolonie 270 Millionen Mark unter Garantie des Mutterlands zu leihen, um die Erschließung des Landes schneller durchführen zu können. Es gingen aber nur etwa 45 Millionen ein, und diese waren 1923 verbraucht, so daß die Regierung wichtige öffentliche Arbeiten einstellen mußte. Anfang 1926 sind sie dadurch wieder etwas flottgemacht worden, daß die Lisaboner Regierung etwa 40 Millionen Mark zur Fortführung der dringendsten Aufgaben zur Verfügung stellte. In der Hauptsache handelt es sich um den Bau von Eisenbahnen und Straßen und um Verbesserung der Hafenanlagen, ferner um Einfuhr von landwirtschaftlichen Maschinen. Das Ganze ist aber sehr ins Stocken gekommen. Für ein Land von der Kleinheit und wirtschaftlichen Schwäche Portugals ist es eben eine viel zu große Aufgabe solch riesige Gebiete kolonisieren zu wollen. Entweder bleiben sie unerschlossen liegen, oder sie gleiten in die Hände stärkerer und kolonisationsaktiverer Länder.

Das zeigt sich sehr deutlich bei Mozambique. In der südlichen Hälfte dieser Kolonie besteht eine Kolonisationsgesellschaft, die mit Hoheitsrechten ausgestattet ist, die Companhia de Moçambique. Das Gebiet, für das sie konzessioniert ist, reicht vom Sambesistrom bis 22° südlicher Breite, das heißt bis südlich von der Hauptstadt der ganzen Kolonie, Sofala am Moromonefluß. Die Fläche dieses Gebiets beträgt 65 000 Quadratmeilen. Hindurch geht die Eisenbahn von der Hafenstadt Beira nach Britisch Mashonaland, die Anschluß an das südafrikanische Bahnnetz in Salisbury hat. Ferner führt von Beira in allgemein nördlicher Richtung nach Caia am Sam-

besfluß eine andere, im Jahr 1923 in Betrieb genommene Eisenbahn. Sie hat mit Hilfe einer Dampfähre über den Sambesi Anschluß an die Nyassalandsbahn und damit an das ostafrikanische Eisenbahnnetz. Infolge dieser guten Eisenbahnverbindungen hat sich Beira zu einem Hafen mit erheblichem Güterumschlag entwickelt, zumal vorläufig die Bodenschätze des belgischen Katangagebiets hauptsächlich über diesen Hafen in den Weltverkehr gehen. Das dürfte aufführen, wenn die im Bau befindliche Mittlangolabahn, die von der Lobitobai ausgeht, fertig sein wird.

Die Mozambiquegesellschaft ist eine gemischt englisch-portugiesische Gesellschaft, die entschieden englisches Übergewicht erkennen läßt. Sie hat sich um die Entwicklung des Zuckerrohrbaus in den letzten Jahren erhebliche Verdienste erworben. Eine große Anzahl Farmen von 1000 bis 2000 Hektar in der Nähe der Bahnlinie ist vermessen und an Europäer verkauft worden. Bis Ende 1924 waren es 1122, die von ihrer Fläche einen Teil von immerhin 442 000 Hektar bereits unter Kultur hatten. Das Hauptprodukt ist Mais (Ausfuhr 1924 500 000 Sack zu 40 Kilogramm). Der Acker wird kaum gedüngt und Jahr für Jahr mit der selben Frucht bestellt, so daß allmählich mit einer erheblichen Maismüdigkeit zu rechnen sein wird. Tabak, Kaffee, Baumwolle, Südfrüchte und Kartoffeln werden in geringem Umfang angebaut. Die Bodenbearbeitung erfolgt nicht mehr vorwiegend in der dem vorkolonialen Afrika eigentümlichen primitiven Hackkultur sondern mit Scheibenpflügen, die von Ochsen gezogen werden, bei Großbetrieben auch mit Motorpflügen oder Traktoren. Die Viehhaltung ist mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden, so daß auf die Dauer der Motorpflug oder Traktor überwiegen wird. Schweinehaltung lohnt sich nicht. Die Versorgung mit Arbeitskräften ist reichlich, die Löhne sind sehr niedrig, nur gelernte Arbeiter (Ochsenwagenreiber, Köche usw.) bekommen einen etwas höhern Lohn. Die Bevölkerung des Landes der Gesellschaft bestand 1922 aus 273 000 Eingeborenen, 2500 Europäern, 1300 Asiaten und 1700 Mischlingen. Den Hauptteil der Europäer bilden Portugiesen und Engländer, die aus Südafrika eingewandert sind.

Seitdem sich das englische Kapital des Gebiets der Mozambiquegesellschaft energisch angenommen hat, ist seine ökonomische Entwicklung beträchtlich beschleunigt worden. Immerhin umfaßt es

nur einen kleinern Teil der Fläche der Kolonie, im übrigen Gebiet aber stockt alles, wie in Angola-Benguella, und wartet sehnsüchtig auf den befruchtenden Regen ausländischen, namentlich englischen Kapitals. Es ist fraglich, ob dieser Regen so bald niedergehen wird. Vermutlich wird es davon abhängen, ob auch die übrigen portugiesischen Gebiete in Afrika künftig schneller als bisher entwickelt werden, oder ob sie in ihrer Stagnation verharren müssen.

Kurze Chronik Anfang Juni fand in Bouchum die diesjährige *Deutsche Kolonialwoche* statt, eine Tagung verschiedener, am deutschen Kolonialbesitz interessierter Vereinigungen: der Deutschen Kolonialgesellschaft, des Deutschen Kolonialkriegerdanks, des Frauenbundes der Kolonialgesellschaft und anderer mehr. Von den dort angenommenen Resolutionen sind einige nur rhetorisch protestierender Natur. Bedauerlich ist es, daß eine so richtige und gerechte Forderung, wie die nach der Rückgabe der deutschen Kolonien, mit einer nur Deutschland selbst schädigenden Drohung (Nichteintritt in den Völkerbund) verquickt und dadurch entwertet wurde. \diamond Der Weltverbrauch an Gummi betrug 1925 rund 475 000 Tonnen. \diamond Im Januar eröffnete der High Commissioner Lord Lloyd feierlich das große *Nilstauwerk* von Sennar im Sudan. Es hat für die Baumwollkultur wiederum 300 000 Morgen neu erschlossen. \diamond In *Neuseeland* soll bei Smith's Sound eine Wasserkraft ausgebaut werden, die 300 000 Pferdekräfte liefert. Mit ihrer Hilfe soll Stickstoffdünger aus der Luft im großen gewonnen werden.

Verkehr / Otto Schmidt

Deutsche Reichsbahn Die Deutsche Reichsbahngesellschaft legt nunmehr nach etwa 1½jährigem Bestehen als von der Reichsverwaltung losgelöstes Unternehmen den Bericht über ihr 1. Geschäftsjahr (1. Oktober 1924 bis zum 31. Dezember 1925) vor. Das deutsche Reichsbahnnetz hat demnach eine Länge von 53 227 Kilometer gegenüber 58 639 Kilometer Staatseisenbahnen des alten Reichsgebiets im Jahr 1913. Ferner betreibt die Reichsbahn jetzt noch 793 Kilometer Schiffsstrecken. Auf je 100 Quadratkilometer Grundfläche kommen in Deutschland gegenwärtig 11,38 Kilometer Bahnstrecke und auf je 10 000 Einwohner 8,53 Kilometer. Der Lokomotiv- und Wagenpark setzte

sich im Jahresdurchschnitt 1925 aus 28 889 Lokomotiven (davon 197 elektrische), 66 803 Personenwagen, 22 426 Gepäckwagen und 723 490 Güterwagen zusammen. Von den Güterwagen waren 34,3% gedeckt.

Während sich der Lokomotiv- und Wagenpark etwa auf der Höhe der Vorkriegszeit hält oder diese nicht wesentlich überschreitet, konnte der Güterverkehr den von 1913 (auf die gegenwärtigen Reichsgrenzen bezogen) noch nicht wieder erreichen. Es wurden nämlich insgesamt nur 408 694 336 Tonnen gegen 467 000 000 im Jahr 1913 befördert. Die mittlere Transportweite ist von 123 Kilometer im Jahr 1913 auf 146 Kilometer gestiegen. Der Einfluß der verschlechterten Wirtschaftslage auf den Güterverkehr geht deutlich aus der Tatsache hervor, daß gegen Ende 1925 ein Drittel aller Güterwagen außer Betrieb war, und daß während des ganzen Geschäftsjahrs wegen des Verkehrsrückgangs im Durchschnitt etwa 5300 Lokomotiven abgestellt waren. Demgegenüber hat sich der Personenverkehr im Verhältnis zur Vorkriegszeit beträchtlich erhöht. Es wurden 2106,3 Millionen Personen befördert, gegen 1577 Millionen im Jahr 1913. Die Gesamtzahl des Reichsbahnpersonals ist von 771 193 auf 711 381 Köpfe gesenkt worden, gegenüber nur 692 714 Köpfen im Jahr 1913; davon waren 45,3% Beamte und 54,7% Arbeiter. Auf 1 Kilometer Betriebslänge entfielen 13,77 Mann Personal. Wie überall im Eisenbahnbetrieb waren die Einnahmen aus dem Güterverkehr die größten und machten mit 2 868 713 000 Mark 61,44% der Gesamteinnahmen aus. Daß die Reichsbahn, allerdings auf Grund einer sehr sparsamen Wirtschaftsgebarung, in ihrem 1. Geschäftsjahr einen Überschuß von 694 287 000 Mark erzielen konnte, kann als ein günstiges Zeichen bewertet werden, besonders wenn man berücksichtigt, daß die Reichsbahn noch lange bis in das Jahr 1925 hinein die Inflationsnachwirkungen zu überwinden und den durch den Ruhrkrieg hervorgerufenen Regiebetrieb zu liquidieren hatte. Verschiedene Bahnhofsanlagen sollen verbessert und dem neuzeitlichen Verkehrsbedürfnis angepaßt werden. Des weitern sollen stillgelegte Bauausführungen wieder in Gang gebracht und hierbei vor allem die in Bau befindlichen Umgehungs- und Ergänzungsbahnen sowie der 2- und mehrgleisige Ausbau wichtiger Strecken gefördert werden. Wohlwollend verkündet der Geschäftsbericht eine Einrichtung, die schon längst wie-

der vorhanden hätte sein sollen, nämlich die Wiederausrüstung der D-Zug-Wagen mit Handtüchern und Seife. Die Einführung der elektrischen Beleuchtung in D-Zug-Wagen soll weiter betrieben werden, die Abteile 1. und 2. Klasse sollen Fußbodenteppiche erhalten. Manches wird man indessen vergeblich in dem Geschäftsbericht suchen. So wird festgestellt, daß die Fahrgäste im Vergleich zur Vorkriegszeit erheblich von der 2. in die 3. und von der 3. in die 4. Klasse abgewandert sind. Auf die 3. Klasse entfallen gegenwärtig 32,81 %, auf die 4. Klasse 61,84 % des Personenverkehrs, gegenüber 42,23 % respektive 50,29 % vor dem Krieg. Sollte die Reichsbahn hiernach nicht zu der Erkenntnis kommen, daß das Vierklassensystem, das durch die getrennten Nichtraucher- und Raucherabteile zu einem Achtklassensystem wird, überlebt ist? Die Einführung einer Polsterklasse sowie einer Holzklasse böte nicht nur verkehrlich sondern auch betrieblich die größten Vorteile, da die verschiedenen Wagenarten erheblich vermindert, und die Zugzusammenstellung vereinfacht würden.

Wohl sagt der Geschäftsbericht etwas von der Erhöhung der Geschwindigkeit der Güterzüge, jedoch nichts von der Verbesserung des Personenzugfahrplans. Hier ist gegenüber der Vorkriegszeit fast allgemein eine bedeutende Verschlechterung eingetreten. Wichtige Zuganschlüsse sind ausgefallen oder vielfach verschoben worden, die Geschwindigkeit der D-Züge ist keineswegs so groß wie vor dem Krieg. Dabei sollte die Reichsbahn gerade mit Rücksicht auf den wachsenden Wettbewerb des Flugzeugs der guten Ausbildung der großen Schnellzuglinien ihre besondere Aufmerksamkeit widmen. Auch das Zusammenarbeiten der Reichsbahn mit den Kraftpostverbindungen bedarf einer grundsätzlichen Regelung. Sollte nicht die Einführung von Übergangsfahrkarten von der Bahn zum Postauto und damit die Vermeidung einer doppelten Abfertigung möglich sein? Endlich gibt die Reichsbahn bekannt, daß sie beabsichtige am 15. Mai 1927 die 24 Stunden-Zeit einzuführen. Auch die Reichspost will zur selben Zeit die 2mal 12 Uhr-Zeit verlassen.

Wasserstraßen Für 1926 hat das Deutsche Reich erhebliche Mittel zum Ausbau des Wasserstraßennetzes zur Verfügung gestellt. 25,22 Millionen Mark sind für den Ausbau des Rhein-Weser-Kanals, 12,1 für die Vollendung des Mittellandkanals

und 5,96 für den Ausbau des Oder-Spree-Kanals ausgesetzt. Daneben wird sich das Reich mit 40 Millionen Mark an der Neckaraktiengesellschaft und mit 5,7 Millionen an der Rhein-Main-Donau-Aktiengesellschaft durch Übernahme von Aktien beteiligen. Die preußische Regierung hat für die Fortführung der Hafengebauten in Stettin, Wesermünde und Emden insgesamt rund 23 Millionen Mark bewilligt. Darüber hinaus sind bedeutende Summen aus dem Fonds der produktiven Erwerbslosenfürsorge für Wasserstraßenverbesserungen und Kanalbauten vorgesehen (siehe auch den Artikel Kaliskis Wirtschaftliche Nothilfe, in diesem Band Seite 523 und folgende). Die dringlichste Aufgabe ist die Fertigstellung des vielumstrittenen Mittellandkanals: »Gebaut wird er doch.«

Die italienische Regierung plant einen großzügigen Ausbau des oberitalienischen Wasserstraßennetzes, der durch eine Privatgesellschaft in Angriff genommen werden soll. Es handelt sich zunächst unter anderem um die Fertigstellung der Wasserstraßen um Ferrara, die Vollendung der Flußhäfen von Mantua und Cremona und den Weiterbau der Strecke Oriago-Padua der Wasserstraße Venedig-Padua. Die Baukosten sind auf 60 Millionen Lire veranschlagt.

Eisenbahnen Am 28. Mai wurde die *Schwebbahn auf das Kreuzeck* bei Garmisch eröffnet. Sie ist 2315 Meter lang und überwindet eine Höhe von 877 Meter. Die Bergstation liegt 1650 Meter hoch. Die Fahrtdauer beträgt etwa 10 Minuten. Zu Pfingsten wurde die Seilschwebbahn auf die Rax bei Wien dem Betrieb übergeben. Sie überwindet auf einer Strecke von 2100 Meter über 1000 Meter Höhenunterschied.

Die Kleinbahnen auf der Insel Rügen haben seit einiger Zeit auf der Strecke Altfähr-Puttbus-Göhrn Personenzüge mit Speisewagenbetrieb eingestellt. Es wäre nur zu wünschen, daß recht viele Kleinbahnen, deren Betrieb und Zustand den modernen Verkehrsanforderungen nur selten entsprechen, einer derartigen Modernisierung ihrer Betriebsanlagen folgen würden. Diese Methode, nicht Notschreie und Schmähchriften, ist das beste Mittel dem Wettbewerb des Kraftomnibus zu begegnen.

Am 3. Juli wurde die *Furka-Oberalpbahn*, die die Rhein- und die Rhonequellen verbindet, feierlich eröffnet. Sie stellt eine Alpenbahn in ostwestlicher Richtung dar und ist die nächste in-

ternationale Verbindung zwischen Süddeutschland, dem Bodensee, Andermatt, Brig und dem Genfer See.

Die *Zugspitzenbahn*, deren Projektierung in dieser Rundschau (1925 Seite 63) angezeigt wurde, ist mittlerweile gebaut und am 6. Juli dem Verkehr übergeben worden. Sie erreicht die Zugspitze von der österreichischen Seite her. Die Strecke von der 1228 Meter hohen Talstation bis zu der 2802 Meter hohen Bergstation wird in 16 Minuten durchfahren. Dieser Bahnbau kostete 1,8 Millionen Mark.

Die *älteste deutsche Eisenbahn*, die Ludwigseisenbahn von Nürnberg nach Fürth, die am 7. Dezember 1835 eröffnet wurde und 6 Kilometer lang ist, deren Betrieb aber seit 1922 eingestellt war, wird jetzt in eine Schnellstraßenbahn umgewandelt.

Kurze Chronik Am 11. April wurden 3 weitere Bahnhöfe der *Berliner Nord-südbahn* dem Betrieb übergeben. Die Nord-südbahn ist nunmehr insgesamt 12,4 Kilometer lang. Die Gesamtlänge des Berliner Schnellbahnnetzes hat sich auf 48 Kilometer erhöht. \diamond Die *Londoner Straßenbahnen*, die bisher stets erhebliche Überschüsse hatten, weisen 1924-1925 zum erstenmal einen Fehlbetrag von über $\frac{1}{4}$ Million Pfund Sterling auf. Sie schreiben ihn dem Wettbewerb des Omnibus zu. Die Behörden wollen daher den Omnibusbetrieb einschränken und die leistungsfähigeren Straßenbahnen entsprechend ausbauen. \diamond In *New York* ist der Ersatz einer Reihe von Straßenbahnlinien auf Manhattan durch den Kraftomnibus geplant. Der Magistrat hat den Omnibus von jeher, zum Teil, nicht ausschließlich, aus verkehrstechnischen Gründen, begünstigt und will seine Einführung in größerem Ausmaß jetzt vornehmen. Allerdings wird in New York stark bezweifelt, ob die Kraftomnibusse auf die Dauer zum 5 Cents-Tarif, dem Einheitsfahrpreis sämtlicher Straßenbahnen, werden fahren können. \diamond Eine wesentliche Umgestaltung der inneren Stadt, um dem modernen Verkehr Rechnung zu tragen, plant *Florenz*. Straßendurchbrüche sollen den Platz um die Taufkirche mit dem Palast der Medici und mit der Lorenzkirche verbinden. Das moderne Italien bewertet die Anforderungen der Gegenwart mit Recht höher als die Romantik alter Stadtbilder. \diamond In Deutschland sind 1925 insgesamt 45 000 Quadratmeter *Betonstraßen* gebaut worden, davon der größte Teil in Bayern und im Rheinland. \diamond Nach einer Schätzung der *Transradioaktiengesellschaft* sind

1925 im deutschen Überseeverkehr 11,2 Millionen Worte gegen 9,4 Millionen im Jahr 1924 übermittelt worden. \diamond Dem Vorstandsmitglied der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt in Adlershof *Georg Madelung* ist eine außerordentliche Professur für Luftfahrtwesen an der Berliner Technischen Hochschule übertragen worden. Madelung hat mit einem Beitrag zur Theorie der Luftschrauben promoviert. Er war zunächst Assistent in der Flugzeugabteilung der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt in Adlershof, dann, 1915 bis 1918, bei der Fliegertruppe im Weltkrieg Flugzeugführer, Konstrukteur und technischer Referent, 1919 bis 1921 Konstrukteur und Versuchsingenieur in Junkers' Forschungsanstalt in Dessau, später in gleicher Eigenschaft in Cleveland, Ohio. Seit 1925 war er in Adlershof.

Literatur In seiner Schrift *Der Internationale Eisenbahnverband* (11. Heft der Völkerrechtsfragen /Berlin, Ferdinand Dümmler/) gibt das Verwaltungsratsmitglied der Deutschen Reichsbahn *Karl Stieler* einen Überblick über die Entwicklung älterer internationaler Eisenbahnorganisationen seit Kriegsende. Der Internationale Eisenbahnverband (Union internationale des chemins de fer), 1922 auf Grund der auf der Konferenz in Genua getroffenen Abmachungen in Paris gegründet, stellt den ersten Versuch dar nach dem Krieg den internationalen Eisenbahnverkehr wieder nach einheitlichen Gesichtspunkten zu regeln und im Eisenbahnwesen der Politik auf dem Weg der internationalen Verständigung voranzugehen. Dem Verband gehören die hauptsächlichsten Bahnen Europas einschließlich Deutschlands, sowie die Rußlands, Chinas und Japans an, die Japans nur, soweit sie auf dem asiatischen Festland liegen. \diamond Wie das vom Flugzeug aus aufgenommene Luftbild die geographische und städtebauliche Betrachtungsweise erweitert und zu ihrem wichtigsten Hilfsmittel wird, zeigt *Emil Ewald* in seiner Schrift *Im Flugzeug über Berlin* /Marburg, G. N. Elwert/. In 48 Luftbildern stellt sich Berlin dar. Sein teils planmäßiges teils mechanisches Wachstum wird durch die verlebendigten Karten anschaulich klargelegt und durch diese Art modernster städtebaulicher Darstellung verständlicher als durch allerhand Pläne und Schemata. \diamond Das von Franz Ott und Richard Zeitler herausgegebene *Wasserstraßen-jahrbuch* für 1925-1926 /München, Richard Pflaum/ behandelt in umfassender

Darstellung hervorragender Fachleute, auch solcher des Auslands, nicht nur sämtliche deutschen Wasserstraßen sondern auch die ausländische Binnenschifffahrt, ein erfreuliches Zeichen dafür, daß man auch in der Binnenschifffahrt allmählich wieder kontinentaleuropäisch zu denken beginnt. Aufsätze über Verwaltungs-, Organisations- und Rechtsfragen ergänzen die verkehrstechnischen Beiträge. ◊ Einen interessanten Überblick über die Probleme, die zurzeit die deutschen Verkehrsunternehmungen vornehmlich beschäftigen, gibt das Protokoll der 22. Generalversammlung des *Vereins deutscher Straßenbahnen, Kleinbahnen und Privatbahnen*, die Ende September 1925 in München abgehalten wurde (Berlin, Selbstverlag des Vereins). Der Verein umfaßt sämtliche deutschen Straßen- und Kleinbahnen mit einem Gesamtbetriebsnetz von rund 20 000 Kilometer und stellt damit neben der Deutschen Reichsbahngesellschaft den wichtigsten Faktor im deutschen Verkehrswesen, soweit es den Schienenverkehr betrifft, dar. Das Protokoll enthält neben den Verhandlungsberichten zahlreiche Vorträge, von denen besonders auf die über die Schnellverkehrsverhältnisse in den Vereinigten Staaten von Amerika, den deutschen Kraftfahrzeuglinienverkehr, das Verhältnis der Deutschen Reichsbahn zu den Kleinbahnen und über die künftige Entwicklung der deutschen Straßenbahnen hingewiesen sei.

EINZELNES

Miszellen

Musikalische Kultur Zwei musikalische Erlebnisse während eines kurzen Aufenthalts in Paris

seien hier mitgeteilt. Beim Sonntagsgottesdienst in Notre Dame hörte ich die große Orgel mit 5 Manualen. Wer auf ihr gespielt hat, weiß ich nicht; aber dieser Künstler ist unseren besten Organisten mindestens ebenbürtig. Für den wunderbaren Klang der Orgel ist der Organist nicht verantwortlich, wohl aber für die herrliche Registrierung, die bar jedes äußern Effekts war und von einer überaus feinen musikalischen Kultur Zeugnis ablegte, ebenso wie der großangelegte Vortrag eines Bachschen Orgelwerks, der eine Durchdringung und Neubelebung des Bachschen Geistes zeigte, wie sie der Deutsche, auf Grund hergebrachter, nicht geprüfter Vorstellung, in Frankreich nicht vermutet. Zartheit, Kraft, religiöse Inbrunst vereinigten sich zu einem wahrhaft wehevollen Gesamt-

eindruck. Es folgte auf Bach ein atonales, mir unbekanntes Werk, bei dem ich zum erstenmal das Gefühl hatte, daß auch die Wiedergabe religiöser Empfindungen in diesem Stil nicht nur möglich ist sondern ihm durchaus adäquat sein kann, und daß sich hier etwas wirklich Neues in der Musik offenbart.

Das andere Erlebnis war eine Aufführung von Puccinis *Bohème* in der *Opéra Comique*. Ohne irgendwie besonders hervorragende Einzelleistungen war hier eine Gesamtwirkung von Regie, gesanglicher und instrumentaler Darstellung, die ein Niveau hatte, das, soweit ich deutsche Operaufführungen kenne, bei uns selten erreicht wird. Man kann zur Vergleichung nur an manche frühere Aufführungen unter Gregors Leitung in der weiland Komischen Oper in Berlin und etwa an den *Don Pasquale* unter Bruno Walter denken. Es war eine prachtvolle Vereinigung von Lebendigkeit, Laune und musikalischer Feinfühligkeit im Orchester und auf der Bühne, die besonders den musikalischen Konversationsstil dieser Oper ganz vollendet herausbrachte. Von dieser Bühne her müßte man Verdis *Falstaff* hören.

Es ist vielleicht voreilig aus zwei musikalischen Aufführungen, bei denen ich, ohne auf sie von irgendeiner Seite aufmerksam gemacht zu sein, zufällig zugegen war, allgemeine Schlüsse auf das musikalische Leben Frankreichs zu ziehen. Jedenfalls stimmte das, was ich da hörte, gar nicht mit der bei uns vielfach gehegten Meinung von der französischen musikalischen Kultur überein, auf die man in Deutschland meist ein wenig herabzusehen pflegt.

Noch eine Tatsache sei mitgeteilt, die von der Lebendigkeit zeugt, mit der in Paris Musik aufgenommen wird. Man findet in den Straßen von Paris häufig eine kleine primitive Musikbande, aus Violine, Ziehharmonika, Trommel und vielleicht noch einem Blasinstrument bestehend; ein ebenso primitiver Sänger trägt irgendeinen neuen Schlager vor, und im Kreis herum steht ein ansehnliches Häufchen von Publikum, das nicht etwa nur zum Zuhören da ist, sondern das mitsingen und dabei den Schlager lernen soll. Der Vorsänger übt ganz systematisch den Leuten das Liedchen mit Text und Melodie ein, und es geht ein wenig dort zu wie in der Singschule, nur lustiger. Natürlich werden die Noten gleich an Ort und Stelle verkauft, aber durchaus nicht aufdringlich; die Hauptsache ist, daß das Liedchen ordentlich eingepaukt wird.

Georg Stern